



BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Dr. Gerd Müller zu Gast bei KPV-Sondersitzung:

Partnerschaftsideen und Hilfsprojekte

Über die „Nachhaltige Bekämpfung der Fluchtsachen durch kommunale Entwicklungszusammenarbeit“ berichtete in einer Sondersitzung des KPV-Landesvorstandes und Hauptausschusses mit CSU-Landräten und Oberbürgermeistern Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller, MdB. KPV-Vorsitzender Landrat Stefan Rößle konnte hierzu zahlreiche Mandatsträger willkommen heißen.

Die Kommunen stemmten nach Müllers Darstellung nun schon seit langem die tägliche Aufgabe, Flüchtlinge unterzubringen und zu integrieren. Sie leisteten Großartiges und gelangten häufig an die Grenzen ihrer Kapazität. Auch die Kommunalpolitische Vereinigung der CSU mit ihren zahlreichen Mandatsträgern spielte in der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit eine wichtige Rolle.

Binnenvertriebene im eigenen Land

„Dabei sind fast 90 Prozent der weltweit 65 Millionen Flüchtlinge gar nicht zu uns gekommen“, bemerkte der Minister. Der größte Teil lebe als Binnenvertriebene im eigenen Land oder in angrenzenden, meist nicht weniger armen Ländern. Das bedeute enormen zusätzlichen Druck auf Müllentsorgung, Energieversorgung oder Wassermanagement. Viele Aufnahmekommunen seien überfordert.

Allein acht Millionen Flücht-

linge aus Syrien und dem Irak befänden sich noch in der Region. Jordanien und der Libanon leisteten hier ganze Arbeit, jedoch bräuchten diese Länder dringend Unterstützung. Die Abfallberatung des AWV aus dem Kreis Donau-Ries für eine jordanische Stadt steht exemplarisch für das stetig wachsende kommunale Engagement.

Die Menschen wollen in ihrer Heimat bleiben

Zwar sei es richtig, sich auf die eine Million Flüchtlinge in Deutschland zu fokussieren, betonte Müller; darüber dürfe aber nicht vergessen werden, noch mehr als bisher die Herkunftsländer in den Blick zu nehmen. Da die meisten Menschen in der Nähe ihrer Heimat bleiben wollen, sei die Hilfe vor Ort am wirksamsten. „Ein Euro, den wir in den Herkunftsländern der Flüchtlinge einsetzen, bringt das 50-fache gegenüber dem Einsatz hier-



Landrat Stefan Rößle und Bundesminister Dr. Gerd Müller. □

zulande“, betonte der Minister. Deutschland investiert 30 Mrd. Euro in die Integrationsarbeit. Mit viel weniger Geld könne man jedoch den Menschen eine Bleibeperspektive in ihrer Heimat ermöglichen. Müller zufolge „brauchen wir Entwicklungspolitik in neuen Dimensionen. Und dafür benötigen wir auch die Kommunen und ihre Unternehmen!“

Unterstützung beim Aufbau von Infrastruktur

Die Mehrzahl der Flüchtlinge im Libanon und in Jordanien lebt nicht in Camps, sondern in Dör-

fern und Kleinstädten. Die Bundesregierung unterstützt die aufnehmenden Gemeinden deshalb vor allem beim Aufbau der Infrastruktur, bei der Wasser- und Abwasserentsorgung sowie im Bereich Schule und Ausbildung. Wie Müller berichtete, werden beispielsweise Gemeinden aus seinem Wahlkreis Lindau mit einer Partnergemeinde im Libanon im Bereich Infrastrukturaustausch kooperieren. Mit Blick auf das Projekt Klinikpartnerschaften riet der Minister: „Jede deutsche Klinik sollte eine Partnerschaft mit einer Kri-

(Fortsetzung auf Seite 4)

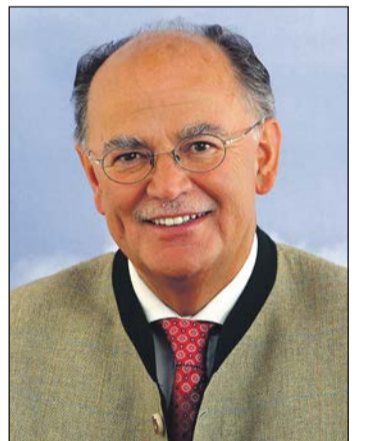
Vollversammlung des Bayerischen Bezirkstags:

Starke Bezirke – starkes Bayern

„Der Kampf für Verbesserungen geht weiter“, machte Bezirkstags-Präsident Josef Mederer bei der zweitägigen Vollversammlung des Verbandes in Würzburg deutlich. Mit Blick auf das neue Bundesteilhabegesetz (BTHG) betonte Oberbayerns Bezirkstagspräsident, dass die Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes im Berichtszeitraum, aus dem erste Neuerungen bereits zum 30. Dezember des vergangenen Jahres in Kraft getreten sind, auch ein Erfolg der bayerischen Bezirke gewesen sei. Lange habe man auf das neue Gesetz gewartet und darum mit aller Entschlossenheit auch gekämpft.

In seinem Tätigkeitsbericht verwies der Präsident darauf, dass man vor allem mit einem 15-Eckpunkte-Papier, das die Bezirke bereits auf ihrer Vollversammlung im Jahre 2015 verabschiedet hatten, wichtige Akzente habe setzen können. Ziel des neuen BTHG war es, ein modernes Teilhaberecht zu entwickeln und die Eingliederungshilfe aus der Sozialhilfe herauszuführen. Dies, so Mederer, sei im Großen und Ganzen auch gelungen, wobei einige Bereiche besonders hervorzuheben seien. So nannte er beispielsweise die Anhebung der Vermögensfreigrenze der vom neuen Bundesteilhabegesetz betroffenen Personen auf 25.000 Euro. Dies gelte auch für die Hilfe zur Pflege. Ab dem Jahr 2020 steige diese sogar noch auf 50.000 Euro an.

lerdings nicht berücksichtigt. Als nicht akzeptabel nannte Mederer, dass Menschen mit Behinderung, die in Behindertenheimen wohn-



Josef Mederer. □

ten, von den Regelleistungen der Pflegeversicherung ausgeschlossen seien und dadurch schlechter (Fortsetzung auf Seite 4)

Budget für Arbeit

Eine weitere wesentliche Verbesserung für die Betroffenen sei es, dass das Vermögen und das Einkommen von Lebenspartnern hier künftig keine Rolle mehr spiele. Auch der Aspekt Arbeit sei in diesem Zusammenhang eine wichtige Basis, das moderne Teilhaberecht fortzuschreiben.

Um Menschen mit Behinderung Beschäftigungsmöglichkeiten außerhalb der Werkstätten anbieten zu können, wurde das Budget für Arbeit eingeführt. Dies ermöglicht laut Mederer Lohnkostenzuschüsse bei einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis von bis zu 75 Prozent. So sei dieses Budget ein in der Tat großer Fortschritt, für den sich die bayerischen Bezirke und der Bayerische Bezirkstag stets mit Nachdruck eingesetzt hätten.

Noch seien einige Punkte im neuen Bundesteilhabegesetz al-



Über die Gründe für das Pendeln zwischen Lebensmittelpunkt und Arbeitsplatz rät die Vorzimmerperle. Wie gut, dass der Bürgermeister ihres Städtchens dafür sorgte, dass in seiner Kommune die Wirtschaft floriert und so viele Menschen Arbeit finden. S. 15



Dr. Ulrich Maly. □

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Bayerischer Städtetag:

Schritte in die richtige Richtung

Bayerische Staatsregierung und bayerische Automobilunternehmen haben sich auf Maßnahmen zur Luftreinhaltung verständigt. Dazu hat der Bayerische Städtetag nunmehr ebenso Stellung bezogen wie zum aktuellen Stand des Landesentwicklungsprogramms.

Nach den Worten des Vorsitzenden des Bayerischen Städtetags, Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, „hätten die Städte weniger Probleme mit der Luftreinhaltung, wenn die Automobilindustrie die niedrigen Abgaswerte einhalten würde, die in ihren Prospekten für die Automobile angegeben sind“. Eine bessere Luftqualität in den Städten lasse sich am effektivsten erzielen, „wenn an der Quelle angesetzt wird, damit Pkws, Lkws und Busse weniger Schadstoffe ausstoßen“. Daher begrüßten die Städte die Ansätze, die sich aus der Verständigung der Staatsregierung mit bayerischen Automobilunternehmen ergeben.

Städte benötigen freie Zufahrt

Maly zufolge sind Kommunalpolitiker keine Anhänger von Fahrverboten, denn Städte benötigten freien Zugang und freie Zufahrt. Städte lebten von und mit der Mobilität. „Fahrverbote wären nur ein letztes Mittel, um gefährliche Emissionen von Schadstoffen zu reduzieren.“

Der Ansatz von Staatsregierung und Automobilindustrie, für eine zügige Verbesserung der

Flottenwerte zu sorgen, ist laut Maly vernünftig – „ein Schritt in die richtige Richtung, der Chancen eröffnet“. Vor allem müsse der Öffentliche Personennahverkehr gestärkt werden, ist er doch „das bewährte Rückgrat der Mobilität in den Städten und Landkreisen“.

Interesse an Sonderprogrammen

Zusätzliche staatliche Fördermittel, etwa zur Erneuerung von städtischen Busflotten mit umweltfreundlichen Antrieben, sorgten mittelfristig für verbesserte Emissionswerte in den Städten. „Den Details für ein Sonderprogramm zum Ausbau von Park-and-Ride, Ride-and-Bike und zum erleichterten Umstieg auf öffentlichen Nahverkehr sehen die Kommunen mit Interesse entgegen. Wir freuen uns vorsichtig über die in Aussicht gestellten Verbesserungen, die wir seit Jahren unverdrossen anmahnen“, betonte der Städtetagspräsident.

Wie Maly hervorhob, sei die Automobilindustrie gefordert, auch bei Nutzfahrzeugen emissionsarme Antriebe anzubieten. Die Städte könnten ihre Fahrzeugflotten mit Bussen, Müllau-

tos und Feuerwehrfahrzeugen nur elektrifizieren, wenn funktionierende und bezahlbare Technologie angeboten wird und Bund und Länder die erhöhten Anschaffungskosten deutlich fördern.

Fehlende Handlungsinstrumente

Die Lage der Städte bezeichnete Maly als vertrackt: „Die Europäische Union setzt ehrgeizige Richtlinien zur Luftqualität, etwa mit Grenzwerten für Stickstoffdioxid oder Feinstaub. Allerdings fehlen die Handlungsinstrumente zur Umsetzung der Richtlinien. Somit wird letztlich das Problem den Städten wie eine heiße Kartoffel zugeworfen: Sie sollen die Luft rein halten, haben aber keine praktikable Möglichkeit, den Schadstoffausstoß von Fahrzeugen zu reduzieren. Das ist eigentlich die Aufgabe der Automobilhersteller. Die Versäumnisse der Automobilindustrie dürfen nicht auf dem Rücken der Kommunen und ihrer Bürger abgeladen werden.“

Nach Auffassung des Verbandchefs ist die Verständigung der Bayerischen Staatsregierung mit den Automobilunternehmen „ein viel versprechender Ansatz, der jedoch im Detail konkretisiert werden muss, um praxismäßig zu wirken“. Ob dieses Agreement ausreicht, um den Vorgaben der Rechtsprechung zur Einhaltung (Fortsetzung auf Seite 4)

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Infrastruktur für die Gigabit-Gesellschaft	2
Investitionskraft der Kommunen stärken	2
GZ-Kolumne Georg Huber: Pädagogische Qualitätsbegleitung	3
Ideenschmiede für den ländlichen Raum	3
Buchtipps: UNfair! Für eine gerechte Globalisierung	4
GZ-Fachthemen: Kommunale Finanzthemen	6 - 9
Luftreinhaltung · Recycling	10
Umwelt- und Abfalltechnik	11 - 12
Aus den bayerischen Kommunen	13 - 16

Regierungserklärung im Landtag:

Infrastruktur für die Gigabit-Gesellschaft

Weitere drei Milliarden Euro für die digitale Zukunft Bayerns
Ministerpräsident Seehofer will Freistaat an die Weltspitze führen

Mit der zweiten Phase des 2015 begonnenen Digitalisierungsprogramms will Ministerpräsident Horst Seehofer Bayern in die technologische Zukunft führen. Dafür will der Freistaat in den nächsten fünf Jahren drei Milliarden Euro investieren und rund 2.000 neue Arbeitsplätze schaffen. Mit der Digitalisierung seien immense Chancen für Bayern und seine Bürger verbunden. Daher solle der digitale Aufbruch im ganzen Land gefördert werden. Einen eigenen Digitalisierungsminister werde es jedoch nicht geben. Dies sagte der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung zum Thema „Bayern Digital II“, die er in der vergangenen Woche im Landtag hielt.

Seit 2015 habe die Staatsregierung 2,5 Milliarden Euro in die Digitalisierung investiert, davon 1,5 Milliarden Euro in den Ausbau des Breitbandnetzes. Nachdem im nächsten Jahr das Ziel erreicht werde, jede bayerische Kommune ans schnelle Internet anzuschließen, soll bis 2025 die Infrastruktur für die „Gigabit-Gesellschaft“ geschaffen werden. Hierfür investiere der Freistaat eine Milliarde Euro für Glasfaser, Mobilfunk, WLAN und 5G-Netze. Dabei könne der Glasfaserausbau nur von Bund, Ländern und Kommunen gemeinsam bewältigt werden. Auch die Mitwirkung der Wirtschaft sei ein wesentlicher Faktor zur Erreichung der Ziele, erklärte der Ministerpräsident.

Informatik als Pflichtfach

Zur Verankerung der digitalen Kompetenz plant die Staatsregierung, Informatik zum Pflichtfach an allen weiterführenden Schulen zu machen. Das „digitale Klassenzimmer“ werde in Bayern Realität, versprach Seehofer. Gemeinsam mit den Kommunen schaffe man beste Voraussetzungen für Schüler und Lehrer im Unterricht.

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Wolfgang Borsst
97461 Hofheim i. UFr.
am 16.7.

Landrat Hubert Hafner
89312 Günzburg
am 18.7.

Bürgermeister Hans Jäger
94554 Moos
am 20.7.

Bürgermeister Josef Schmidkonz
95695 Mähring
am 22.7.

Bürgermeister Josef Schäfer
97256 Geroldshausen
am 26.7.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Erich Püttner
86916 Kaufering
am 25.7.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Hans Schmid
93164 Laaber
am 15.7.

Bürgermeisterin
Simone Vogt-Keller
89287 Bellenberg
am 17.7.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Helmut Schnotz
91572 Bechhofen
am 19.7.

Bürgermeister Benedikt Bisping
91207 Lauf a. d. Pegnitz
am 24.7.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Alexander Dorr
92342 Freystadt
am 14.7.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Oberbürgermeister
Dr. Christian Moser
94469 Deggendorf
am 18.7.

Hinweis in eigener Sache
Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

zimmern“ werde in Bayern Realität, versprach Seehofer. Gemeinsam mit den Kommunen schaffe man beste Voraussetzungen für Schüler und Lehrer im Unterricht.

Mit mehreren Programmen und Initiativen will der Freistaat auch Wirtschaft und Wissenschaft auf Digitalkurs bringen. Dafür sollen u.a. der „Digitalbonus“ für kleine und mittlere Unternehmen ausgeweitet und digitale Existenzgründer verstärkt gefördert werden. Darüber hinaus wolle man in einem Pakt mit der Wirtschaft die betriebliche Aus- und Weiterbildung stärken. Außerdem würden Ärzte, Pfleger und Angehörige durch modernste Technik entlastet. Und schließlich dienten digitale Hilfsmittel älteren Menschen und Behinderten zur Erleichterung der täglichen Herausforderungen.

Als weiteren wichtigen Punkt nannte Seehofer die IT-Sicherheit im Land. Hierfür werde u.a. ein neues Landesamt mit Standpunkten in Nürnberg Würzburg und Bad Neustadt errichtet. Bayern solle zur „IT-Hochburg“ werden. Des Weiteren werde das E-Government mit dem Ziel ausge-

baut, den Bürgern alle Verwaltungsleistungen online anzubieten. Hierbei seien die Kommunen dem Bürger am nächsten und erledigten 90% der Leistungen.

Abschließend betonte der Ministerpräsident, auch im digitalen Zeitalter müsse der Mensch im Mittelpunkt stehen. Die Politik habe die Aufgabe, für Sicherheit zu sorgen und Vertrauen zu schaffen. Außerdem gebe es einen klaren Verfassungsauftrag, gleiche Lebenschancen im ganzen Land zu schaffen. Dazu diene auch das Programm „Bayern Digital“, mit dem Bayern an die Weltspitze geführt werde.

Neue Technologien benötigen neues Denken

Mit seiner Regierungserklärung erntete der Ministerpräsident Kritik von allen drei Oppositionsparteien. Die neue SPD-Landeschefin Natascha Kohnen warf Seehofer vor, nur einen „verengten Blick“ auf die Digitalisierung zu werfen. Er setze zu sehr auf die Steigerung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit und erkenne dabei nicht, dass die Bürger für die digitale Welt mündig gemacht werden müssen. Neue Technologien benötigen neues Denken und neues Verhalten. Für die Arbeitnehmer forderte Kohnen ein Weiterbildungsgesetz sowie den „digitalen Bildungsurlaub“. Glasfaser gehöre in jedes Haus und es sei ein flächendeckend verfügbares Mobilfunknetz notwendig. FW-Fraktionschef Hubert Aiwanger kritisierte vor allem die

mangelhafte Chancennutzung Seehofers bei der Digitalisierung. Sein Programm sei nicht ambitioniert genug, um zu nordeuropäischen oder asiatischen Staaten aufzuschließen. Es bedarf eines schnellen Internets zur Grundversorgung wie Strom und Wasser. Außerdem müsse das digitale Netz in kommunaler Hand bleiben. Abschließend forderte Aiwanger ein bayerisches Digitalisierungsministerium.

Gesellschaftspolitischer Nachholbedarf

Die Fraktionssprecherin der Grünen, Katharina Schulze, hielt Seehofers Visionen, angesichts der revolutionären Umwälzungen, die die Digitalisierung für die Lebens- und Arbeitswelt mit sich bringe, für merkwürdig oberflächlich und kleinkariert. Es bestehe ein großer technologischer und gesellschaftspolitischer Nachholbedarf. Auch fehle der politische Wille, die Chancen der digitalen Gesellschaft für einen besseren Umweltschutz zu nutzen. Die Grünen-Politikerin forderte ebenfalls ein Digitalisierungsministerium.

Der CSU-Fraktionsvorsitzende, Thomas Kreuzer, hingegen sieht im Masterplan der Staatsregierung zur Digitalisierung große Chancen. Damit wolle man auch den ländlichen Raum stärken. Am Breitbandausbau seien bereits 97% der bayerischen Gemeinden beteiligt. Der digitale Wandel beinhalte Chancen für alle Menschen. Auch spiele die IT-Sicherheit für die CSU eine wichtige Rolle. Außerdem hänge der Erfolg der Digitalisierung von der Bildung ab. „Bayern Digital“ sei ein Zukunftsprogramm fürs ganze Land. Damit werde der Freistaat dem Anspruch, an der Weltspitze zu bleiben, gerecht. In der Kritik der Opposition konnte Kreuzer „kein Feuerwerk neuer Ideen“ erkennen. **rm**

Merkel und Seehofer unterstützen Forderungen des Bayerischen Landkreistags:

Ländlicher Raum im Fokus

Als Fachmann für die Anliegen der Kommunen nahm an den Bundestagswahl 2017 der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Christian Bernreiter, teil. Mit den Ergebnissen zeigte sich der Deggendorfer Landrat sehr zufrieden.

Sowohl die Bundeskanzlerin als auch der bayerische Ministerpräsident haben im Gespräch mit Bernreiter versprochen, dass die flüchtlingsbedingten Mehrkosten bei den KdU (Kosten für Unterkunft und Heizung) über 2018 hinaus bezahlt werden. Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel hierzu: „Selbstverständlichkeiten schreiben wir nicht ins Wahlprogramm“. Bisher hat der Bund den Kommunen lediglich zugesagt, die flüchtlingsbedingten Mehrkosten der Unterkunft für die Jahre 2016, 2017 und 2018 zu übernehmen. Weil es noch einige Zeit dauert bis die Flüchtlinge für sich selbst sorgen können, wird die Kostenbelastung der Landkreise und kreisfreien Städte aber weiter steigen und das auch über das Jahr 2018 hinaus.

Gesamtgesellschaftliches Problem

Flüchtlinge, die anerkannt werden, aber nicht sofort eine Arbeit finden, kommen in die sogenannte Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II). Im Rahmen der hier bestehenden gesetzlichen Regelungen müssen die Landkreise für die Kosten für Unterkunft und Heizung aufkommen. Geld, das dann an anderer Stelle fehlen würde. „Die Kanzlerin und der bayerische Ministerpräsident erkennen mit ihrer Zusage, die KdU auch über 2018 hinaus zu tragen, die Flüchtlingskrise als gesamtgesellschaftliches Problem an. Dafür sind wir dankbar“, so Bernreiter.

Auch im Bereich des Krankenhauswesens, einem Dauerbrenner für die bayerischen Landkreise, ist Bernreiter zufrieden. Die Forderungen des Bayerischen Landkreistags zum Thema Krankenhäuser und Gesundheitsversorgung stehen 1:1 im Wahlprogramm von CDU und CSU. Der Bayerische Landkreistag kämpft seit Jahren für den Erhalt der Krankenhäuser im ländlichen Raum – eine Kernaufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge für welche die bayerischen Landkreise verantwortlich sind. Trotzdem haben 42 % aller 363 Krankenhäuser in Bayern das Jahr 2016 mit einem negativen Betriebsergebnis abgeschlossen.

Tarifsteigerungen werden künftig berücksichtigt

Diese Zahlen wären noch drastischer, wenn die Landkreise nicht über ihre Kreishaushalte als

Nothelfer einspringen würden. Ein Kernproblem liegt darin, dass die Tarifsteigerungen im Personalbereich durch die Krankenkassen bisher nicht vollständig ausgeglichen werden und so die Schere zwischen Kosten- und Erlössteigerungen immer größer wird. In Berlin wurde Bernreiter nun versprochen, dass die Tarifsteigerungen zukünftig im Budget abgebildet würden. Auch die Notfallversorgung soll zukünftig auskömmlich finanziert werden.

„Auch in den Notfallambulanz der Krankenhäuser sind die Erlöse bei weitem nicht kostendeckend. Dies führt zu einer wei-

teren Verschlechterung der Finanzierung der Grundversorgerhäuser“, so der Präsident des Bayerischen Landkreistags.

CDU und CSU teilen darüber hinaus auch die Forderungen der bayerischen Landkreise nach einem flächendeckenden Erhalt der Geburtshilfe und der ausreichenden Versorgung mit Landärzten im ländlichen Raum.

Auch die Forderungen nach Ausbau von Breitband und Mobilfunk für eine flächendeckende Versorgung des ländlichen Raums finden sich im Wahlprogramm von CDU und CSU wieder. „Die Förderung eines flächendeckenden Breitbandausbaus – vorrangig auf Glasfaserbasis – und der Ausbau des Mobilfunks auf 5-G-Niveau ist unerlässlich für die Zukunft- und Entwicklungschancen des ländlichen Raums. Auch die angekündigte Stärkung der digitalen Infrastruktur in unseren Bildungseinrichtungen und die erweiterten Möglichkeiten in Zusammenhang mit der digitalen Verwaltung sind Forderungen, die wir schon lange erheben“, so Christian Bernreiter.

„Das Wahlprogramm von CDU und CSU ist ein gutes Signal für unseren ländlichen Raum. Aber auch die Ballungsräume werden entlastet, indem beispielsweise Landwirte zukünftig den Erlös für Grundstücksverkauf steuerbegünstigt in Wohnungen reinvestieren könnten. Das erleichtert die Ausweisung von Baugebieten und die Schaffung dringend benötigten Wohnraums“, so der Präsident.

„Wenn die erwähnten Punkte in die Tat umgesetzt werden, werden wir Landkreise einen entscheidenden Schritt weiter sein“, so Bernreiter. **□**

DStGB-Positionspapier zur Infrastrukturoffensive:

Investitionskraft der Kommunen stärken

„Deutschland lebt immer mehr von seiner Substanz. Besonders dramatisch ist der rapide Verfall der kommunalen Infrastruktur“, beklagt der Deutsche Städte- und Gemeindebund in einem aktuellen Statement zur Wirtschafts- und Finanzpolitik. „Besonders dramatisch ist der rapide Verfall der kommunalen Infrastruktur. Auch wenn die kommunalen Investitionen zuletzt anstiegen, bleiben sie deutlich hinter der Entwicklung der Ausgaben für soziale Leistungen zurück, die sich in den letzten 15 Jahren mehr als verdoppelt haben und sich auf nunmehr 59 Milliarden Euro belaufen“, heißt es darin.

Gleichzeitig schieben die Kommunen laut DStGB einen immensen Investitionsstau vor sich her, der sich nach Berechnungen der KfW-Bankengruppe mittlerweile auf insgesamt rund 126 Milliarden Euro beläuft. Vor allem in den Bereichen Straßen- und Verkehrsinfrastruktur besteht weiterhin ein hoher Investitionsrückstand in Höhe von 34,4 Milliarden Euro. Die in diesem Bereich getätigten Investitionen reichen wegen fehlender Finanzmittel weder für Erhaltungsmaßnahmen noch für Zukunftsprojekte.

Rück- und Umbaubedarf

Bei den Schulen und Bildungseinrichtungen sei der wahrgenommene investive Rückstand mit 32,8 Milliarden Euro ebenfalls dramatisch. Im Bereich Sportstätten und Bäder habe der Investitionsstau zwar abgenommen, ist mit 9,7 Milliarden Euro aber weiter enorm. Hinzu kommt, dass der demografische Wandel zusätzlichen Rück- und Umbaubedarf in der kommunalen Infrastruktur erfordere. Längst würden die Defizite in der Infrastruktur nicht nur als Belastung für die Wirtschaft wahrgenommen, sondern auch von den Bürgern als Beeinträchtigung der Lebensqualität empfunden.

Die Kommunen benötigen zusätzliche Mittel, um die notwendige Infrastrukturoffensive vor Ort einzuleiten. Das Sondervorm für Investitionen in strukturschwachen Gemeinden sei ein erster Schritt, aber keine dauerhafte Lösung. „Das werden auch die Länder, die ab 2020 aufgrund der Schuldenbremse so gut wie keine neuen Schulden mehr aufnehmen dürfen, aus eigener Kraft kaum organisieren können. Notwendig ist eine grundlegende Reform der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden.“

Ein Baustein dabei sollte nach Auffassung des Verbands die Weiterentwicklung des Solidaritätszuschlages zu einem Investitionsfonds für alle benachteiligten Städte und Gemeinden in ganz Deutschland sein. Die Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag lagen im Jahr 2016 bei nahezu 17 Milliarden Euro und werden sich bis 2019 voraussichtlich auf 19 Milliarden Euro steigern. Der Solidaritätszuschlag könnte somit eine wichtige Grundlage zur Finanzierung eines kommunalen Investitionsfonds sein.

Wie der DStGB weiter erläutert, „ist die Überwindung des Investitionsstaus ein Prozess, der Jahrzehnte dauern wird. Der Staat allein wird dies nicht leisten können. Notwendig sind deshalb auch neue Finanzierungsmodelle. Dazu gehört z. B. eine Weiterentwicklung und Förderung des Genossenschaftsmodells, insbesondere bei Investitionen in Wohngebäude, aber auch bei der Schaffung von neuen Wohnstrukturen wie zum Beispiel Mehrgenerationen-Häuser.“ Zudem seien auch bei der Energiewende die Bürger bereit, privates Kapital z. B. in Energiegenossenschaften bereitzustellen.

Auch sei das Potenzial von Modellen Öffentlich-Privater Partnerschaften (ÖPP) bei Weitem noch nicht ausgeschöpft.

Beim Bau und der Sanierung wichtiger Infrastruktureinrichtungen wie z. B. Schulen könnten sich die jeweiligen Aufgabenträger und Betreiber verstärkt die Kosten teilen. Wichtig sei eine flexible und mittelstandsfreundliche Ausgestaltung der Modelle. Auch die Sanierung wichtiger Autobahnteilstrecken könnte in größerem Umfang über öffentlich-private Partnerschaften erfolgen. Denkbar wäre, den beteiligten Privaten im Gegenzug einen entsprechenden Teil der bereits eingeführten Lkw-Maut zuzubilligen. „In Frankreich sind solche Modelle bereits Alltag. Das setzt allerdings voraus, dass die Politik die Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur neu aufsetzt.“

Vor dem Hintergrund der Klimaschutzziele und des drohenden Verkehrsinfarktes wäre nach Auffassung des Deutschen Städte- und Gemeindebunds als erster Schritt eine flächendeckende Lkw-Maut richtig.

In der Abwasserentsorgung hätten sich zudem sog. Betreibermodelle bewährt, die auch dazu geführt haben, dass privates Vermögen in die Infrastruktur der Daseinsvorsorge fließt. Diese Ansätze ließen sich weiter ausbauen. Die Gesetzgeber auf Bundes- und Landesebene sollten hier die Voraussetzungen schaffen.

Gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ruft der DStGB dazu auf, dass auch Städte und Gemeinden Infrastrukturmaßnahmen durch Kooperationen verstärkt angehen. So könne es durchaus sinnvoll sein, dass zwei sanierungsbedürftige Schwimmbäder durch eines ersetzt werden.

Bei der dringend notwendigen weiteren Erschließung des Landes mit einem leistungsfähigen Breitbandnetz sollte sowohl auf die Kooperation zwischen Kommunen und privaten Unternehmen, als auch die öffentliche Förderung des Breitbandausbaus gesetzt werden. Wenn diese Maßnahmen nicht binnen kurzer Zeit eine deutlich verbesserte Versorgungslage im ländlichen Raum bewirken, müsse der flächendeckende Ausbau des Breitbandnetzes über eine Universaldienstverpflichtung realisiert werden.

Große Investitionen, aber auch kleinere Vorhaben verzögerten sich, weil Bürger Widerstand organisieren. Eine große Mehrheit sei z. B. für Windenergie und für einen Ausbau der Leitungsnetze, möchte aber davon möglichst nicht selbst betroffen sein. „Hier brauchen wir neue Kommunikationsstrukturen“, so der Verband. „Dazu gehören Transparenz, Aufklärungs- und Informationsarbeit sowie Mitwirkungsmöglichkeiten - und zwar bevor die Bagger zum Einsatz kommen. Dem trägt unser Planungsrecht bisher noch nicht ausreichend Rechnung.“

So müssten beispielsweise die Informations- und Aufklärungskosten umfassend und von vornherein in die Planungskosten eingekalkuliert werden. Gleichzeitig seien die Planungs- und Umsetzungsschritten zu straffen. Dazu könne gehören, bei wichtigen Infrastrukturmaßnahmen die Zuständigkeiten bei besonders spezialisierten Verwaltungsgerechten zu konzentrieren und den Instanzenzug zu verkürzen. **DK**



Von links: Martin Sailer, Landrat, Landkreis Augsburg; Carolina Trautner, MdL; Toni Brugger, 1. Bgm. Thierhaupten; Jürgen Reichert, Vorstandsvorsitzender, Bezirkstagspräsident; Helmut Brunner, Landwirtschaftsminister; Gerlinde Augustin, GS; Josef Müller, Staatsminister a.D. Ehrenmitglied; Alex Dorow, MdL, 1. Stellvertreter.

Schule der Dorf- und Landentwicklung feiert 25-jähriges Jubiläum:

Ideenschmiede für den ländlichen Raum

Thierhaupten. „Gemeinsam Zukunft gestalten“ – mit diesem Vorhaben / Anspruch war die Schule der Dorf- und Landentwicklung in Thierhaupten vor 25 Jahren angetreten, um die Weichen für eine nachhaltige Zukunft im ländlichen Raum zu stellen. Mittlerweile ist die Einrichtung zu einer vielgeachteten Institution geworden, deren hervorragender Ruf weit über die Grenzen Bayerns hinauswirkt. „25 Jahre Verantwortung für das Land“ – unter diesem Motto stand die Jubiläumsfeier im Kloster Thierhaupten. Zahlreiche Ehrengäste nahmen daran teil – viele von ihnen unterstützen und gestalten die Entwicklung der SDL seit Jahrzehnten mit.

Die Erfolgsgeschichte der SDL gründet auf der Idee, dass die Bürger einer Gemeinde Experten in eigener Sache sind und ihre Zukunft idealerweise selbst in die Hand nehmen. Geistiger Vater der Schule SDL war Prof. Holger Magel, damals Chef der Verwaltung für Ländliche Entwicklung. Die SDL fungierte bei diesem Entwicklungsprozess in den Kommunen von Beginn an als Impuls- und Ideengeber und nahm eine beratende, begleitende und moti-

vierende Rolle ein. Die Bildungseinrichtung wurde vom damaligen Bezirkstagspräsidenten Dr. Georg Simnacher im Kloster Thierhaupten als Verein gegründet; die besondere Atmosphäre der historischen Räume ist zu einem Markenzeichen der SDL geworden. Vorstandsvorsitzender ist heute sein Nachfolger Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert; Geschäftsführerin des Vereins ist seit der Gründung Gerlinde Augustin.

Verleihung des Bayerischen Präventionspreises:

Gesundheit stärken, Lebenswelten gestalten

Vier innovative, zukunftsweisende Projekte aus Garmisch-Partenkirchen, Bamberg, Nürnberg und Augsburg wurden in München mit dem Bayerischen Gesundheitsförderungs- und Präventionspreis 2017 ausgezeichnet. Der Preis verleiht das bayerische Gesundheitsministerium gemeinsam mit dem Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL). Die gewürdigten Projekte erhalten ein Preisgeld in Höhe von je 2.500 Euro. Mehr als 70 Projekte aus ganz Bayern hatten sich dieses Jahr beworben.

Die Urkunden überreichte die Amtschefin des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege, Ruth Nowak, in Vertretung von Staatsministerin Melanie Huml gemeinsam dem Präsidenten des Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, Dr. Andreas Zapf. Beide betonten, dass nicht nur den Preisträgern, sondern allen Wettbewerbsteilnehmern Dank gelte für ihren Einsatz für mehr Gesundheit für die Menschen.

Andreas Zapf zufolge „gibt der Bayerische Präventionspreis einen guten Überblick über die aktuelle Präventionslandschaft in Bayern. Er bietet eine Plattform für Projekte, die zur Gestaltung gesunder Lebenswelten beitragen und fördern deren Vernetzung. Die meisten Projekte sind in ein örtliches bzw. regionales Netzwerk eingebunden und tragen durch das gemeinsame Engagement der Menschen, die hinter dem Projekt stehen, zur Weiterentwicklung der Präventionskultur in Bayern bei.“

Der Bayerische Präventionspreis wurde auch heuer in vier Kategorien verliehen. Diese bilden gleichzeitig die vier Hauptbehandlungsfelder des Bayerischen Präventionsplans ab. In der Kategorie „Prävention in Familie, Kindertagesstätte und Schule“ siegte das Projekt „Kinderleicht“ der Caritas Fachambulanz Garmisch-Partenkirchen.

Deren Mitarbeiter schätzen, dass allein in ihrem Landkreis

rund 7.500 Kinder psychisch kranker Eltern leben. Um genau diesen Kindern zu helfen, hat die Caritas 2009 das Präventionsprogramm „Kinderleicht“ ins Leben gerufen, das bis heute stark nachgefragt ist. Dort lernen die Kinder, wie sie mit der Krankheit ihrer Eltern umgehen und sie ihr Selbstwertgefühl stärken können. Denn in vielen Familien wird nicht über die Suchterkrankungen der Eltern gesprochen. Kinder und Eltern werden begleitend zu der Gruppenarbeit auch einzeln beraten. Außerdem wird ggf. die Öffentlichkeit über das Problem informiert.

In der Kategorie „Prävention in Ausbildungsstätte und Betrieb“ gewann die „Gesundheits-Challenge 2016 – Ein Seniorenzentrum kommt in Bewegung“. Dabei geht es um gesunde Bewegung für Beschäftigte und Bewohner des Seniorenzentrums der Sozialstiftung Bamberg Altenhilfe gGmbH. Während der offene Frühstückstreff „Gut für die Seele“ – ein Angebot zur Begleitung und Unterstützung im Alltag für Senioren mit psychischen Problemen des Fördervereins ambulante Krisenhilfe e.V., Nürnberg, in der Kategorie „Prävention im Alter“ gewürdigt wurde, siegte in der Kategorie „Förderung gesundheitlicher Chancengleichheit“ das vom Augsburger Amt für Kinder, Jugend und Familie organisierte Ferienprojekt „Insel Delfina“ für Kinder aus prekären Lebenslagen. **DK**

Gemeinsam erkennen, entwickeln, handeln

„Heute ist die SDL aus dem ländlichen Raum nicht mehr wegzudenken. Sie leistet einen erheblichen Beitrag zur aktiven Bürgergesellschaft und trägt wesentlich dazu bei, dass viele Entwicklungspotenziale im ländlichen Raum nachhaltig gelingen“, so Helmut Brunner, Staatsminister des Bayerischen Ministeriums für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten. Es gälte, den demographischen Wandel bewusst zu gestalten. Damit die hohe Lebensqualität der Bewohner auf dem Land erhalten bleibt, müssten einerseits die Stärken des ländlichen Raumes besser genutzt werden, andererseits sind moderne, zukunftsfähige Strukturen erforderlich. Die Geschichte der SDL ist eng verknüpft mit der Bayerischen Dorfverjüngung, die von Beginn an auf die Beteiligung / das Einbeziehen der Menschen in alle Planungs- und Entscheidungsprozesse gesetzt hat.

Bei seinem Rückblick würdigte Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert die Verdienste der SDL: „Unbestritten sind in den vergangenen 25 Jahren wichtige Impulse von Thierhaupten in die schwäbischen und oberbayerischen Regionen ausgegangen. 1.600 Veranstaltungen mit 37.000 Teilnehmern – das ist eine beeindruckende Zahl, die für sich spricht“, so Reichert. Großes Interesse an der Arbeit der SDL zeigten immer

„Insel Delfina“ vermittelt Augsburger Kinder an ehrenamtliche „Ferienfamilien“ auf dem Land – hauptsächlich aus dem schwäbischen Raum sowie aus Ober- und Niederbayern -, bei denen sie zwei oder drei Wochen der Sommerferien verbringen. Ziel ist es, einen dauerhaften Kontakt zwischen den teilnehmenden Kindern und ihren jeweiligen Familien aufzubauen. Es soll demnach möglichst nicht bei einem einmaligen Ferienaufenthalt bleiben, vielmehr werden regelmäßige Besuche in schulfreien Zeiten angestrebt, wenn sowohl Ferienfamilie und Ferienkind dies wünschen.

Darüber hinaus sprach die Jury drei Belobigungen für besonderes Engagement im Bereich „Ernährung in Schulen“ aus. Gewürdigt wurden „Coaching Schulverpflegung – Individuelle Unterstützung zum Erfolg“, ein Angebot der Vernetzungsstelle Schulverpflegung des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, zudem das Projekt „Willkommen im Frühstückstreff – Erziehung zu einer gesunden Lebensweise“ (Grund- und Mittelschule Salzweg, Landkreis Passau) sowie „GEMS Gut essen – mehr Sport“, ein Projekt der Städtischen Ludwig-Thoma-Realschule, München. **DK**

GZ Kolumne Georg Huber

Liebe Leserinnen und Leser,

volle Gruppen, lange Öffnungszeiten, Personalmangel, fehlende Planungssicherheit – mit diesen Unwägbarkeiten müssen die Verantwortlichen in Kindertageseinrichtungen täglich jonglieren. Der quantitative Ausbau von Kindertagesstätten in den vergangenen Jahren stellt Träger und Kita-Teams vor große Herausforderungen.

Gleichzeitig darf die pädagogische Qualität nicht leiden. Als familienfreundlicher Landkreis und zertifizierte Bildungsregion hat der Landkreis Mühldorf a. Inn einen hohen Anspruch: alle Familien sollen flächendeckend nicht nur ein Recht auf einen Kita-Platz haben, sondern darüber hinaus auch die Gewissheit, dass ihre Kinder dort die bestmögliche Bildung und Betreuung erhalten. Schließlich verbringen manche Kinder in der Kita während der Woche oft mehr Zeit als zu Hause. Im Land-



und Veränderungen motiviert und höchst engagiert, um ihre Schützlinge optimal zu betreuen. Umso wichtiger ist es, ihre Nöte zu sehen und sie bei ihrer für die Gesellschaft so wichtigen Arbeit zu unterstützen. Das Angebot beruht auf Freiwilligkeit, es wird nichts aufgezwungen. Vielmehr handelt es sich um ein partnerschaftliches Miteinander zwischen Kita-Personal und PQB.

Die Bilanz bisher fällt durchwegs positiv aus. Das Angebot wird sehr gut angenommen.

Durch die Erfahrungen aus dem Modellversuch sind sich alle Beteiligten einig: das Projekt muss in die Fläche gehen. Schließlich haben alle Familien das Recht auf bestmögliche Betreuung ihrer Kinder. Die Praxis zeigt, dass die Kitas das Angebot wollen und auch brauchen. Die Vorteile für Kinder, Eltern und Personal liegen auf der Hand. Die Bedürfnisse der Kinder rücken noch stärker in den Mittelpunkt. Die Eltern haben wiederum die Sicherheit, dass ihr Kind in guten Händen ist. Für die Kita-Teams selbst bietet PQB Unterstützung bei der Umsetzung des Bildungsplanes und der hauseigenen Konzeption. Das Team arbeitet gemeinsam an diesem Prozess. Durch verstärkten Austausch und Reflektion verständigen sich die Fachkräfte auf eine einheitliche Pädagogik und entwickeln sich stets weiter. Die Rückmeldungen zeigen, dass eine pädagogische Qualitätsbegleitung bei allen Beteiligten für mehr Zufriedenheit sorgt und das führt letztendlich zu einer Steigerung der Qualität der Kita insgesamt.

Doch wer könnte PQB nicht besser bewerten als die Betroffenen selbst? „Die genommene Zeit ist so wertvoll. Die Impulse regen zum Nachdenken und Weiterentwicklung an.“ „Für mich als Leitung ist PQB eine große Unterstützung.“ „Der Blick auf die Kinder, wie es ihnen geht und was sie brauchen, rückt wieder in den Mittelpunkt des Teams und das ist es, was unseren Beruf bereichert und Kraft und Freude bringt.“ So bringen es die befragten Teilnehmer/innen selbst auf den Punkt. Und wenn etwas Kraft und Freude bringt, dann kann es doch nur richtig sein und davon sollten möglichst viele profitieren. Denn wer A sagt muss auch B sagen. Stand lange Zeit der Ausbau im Vordergrund, muss nun die Qualität in der Kindertagesbetreuung in den Fokus gerückt werden. Das muss es uns Wert sein – zum Wohl unserer Kinder und somit für unser aller Zukunft!

Ihr Georg Huber

Landrat des Landkreises Mühldorf am Inn

Pädagogische Qualitätsbegleitung

kreis Mühldorf a. Inn wurde deshalb im September 2015 das Modellprojekt „Pädagogische Qualitätsbegleitung“, kurz PQB, gestartet.

Eine am Landratsamt angesiedelte Vollzeitkraft, gefördert vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration, coacht und begleitet momentan 30 Einrichtungen im Landkreis, sieben Einrichtungen sind auf der Warteliste. Die Pädagogische Qualitätsbegleitung kommt regelmäßig zu den teilnehmenden Einrichtungen und sucht mit dem Blick „von außen“ gemeinsam mit dem Team nach Lösungen für alltägliche Probleme. Damit kein falscher Eindruck entsteht: Es geht dabei keinesfalls darum, Einrichtungen zu kritisieren oder gar an den Pranger zu stellen. Nein, im Gegenteil: sie sollen vielmehr in der Qualität ihrer Beziehungen zu den Kindern in allen Bereichen des Alltags gestärkt werden! Erziehung und Bildung sind die zentralen Aufgaben unserer Gesellschaft. Der Beruf des/r Erziehers/in ist anspruchsvoll und in keinem gesellschaftlichen Bereich hat sich in der Vergangenheit so viel getan. Die Leiter/innen und Mitarbeiter/innen in den Kindertageseinrichtungen geben tagtäglich ihr Bestes und sind trotz der hohen Anforderungen

wieder auch Gemeinden und Institutionen aus anderen Bundesländern oder dem Ausland.

Die SDL bietet Seminare, Exkursionen und Klausurtagungen zu unterschiedlichen Themen an. Das Programm wird kontinuierlich an die Bedürfnisse und aktuellen Entwicklungen in den Gemeinden angepasst. Kommunen erhalten Soforthilfe, Service und Beratung sowie Unterstützung bei der Projektentwicklung und Umsetzung.

Einbringen in die Gestaltung der Gemeinde

Unter den Teilnehmern sind Bürgermeister, Gemeinderatsmitglieder, engagierte Bürger und Ehrenamtliche, die sich in die Zukunftsgestaltung ihrer Gemeinde einbringen. Freilich ist manchmal ein Umdenken notwendig, denn plötzlich dürfen Bürger mitreden, so Berry Mehrer aus Weyarn. „Gerade deshalb braucht es Steuerung von Beteiligungsprozessen“, erklärte der Vorsitzende des Fachreferats, Dr. Peter Janke. In lockeren Gesprächsrunden wurde die Entwicklung der SDL aufgezeigt.

Der Erfolg der SDL liegt u.a. in der engen Vernetzung mit zahlreichen Ämtern, Institutionen und Experten aus der Praxis begründet. Dazu gehört in erster Linie das Amt für Ländliche Entwicklung, das als verlässlicher Partner bei der Gestaltung von attraktiven Wohn-, Lebens- und Arbeitsverhältnissen im ländlichen Raum eng an der Seite der SDL steht. Darüber hinaus schöpft die SDL ihre Kompetenz aus dem Engagement eines kompetenten Teams

aus Moderatoren und Referenten. Sie alle bringen aktuelle Themen aus ihrer Praxiserfahrung mit den Gemeinden in das Angebot ein und machen die Seminare zu wertvollen Veranstaltungen mit hohem Nutzen für die Teilnehmer.

Information, Motivation und Qualifikation

Das Themenspektrum ist breit gefächert und reicht vom Strukturwandel in der Landwirtschaft über Nah- und Energieversorgung sowie Innenentwicklung bis hin zu sozialen Themen. Allein 450 Fachseminare fanden im Laufe der 25-jährigen Geschichte statt; jährlich kommen rund 230 Bürgermeister nach Thierhaupten, um an praxisnahen Seminaren teilzunehmen und vom Erfahrungsaustausch zu profitieren. „Die SDL ist eine geistige Tankstelle“, resümiert Susanne Hoyer, Bürgermeisterin von Langenbach. Sie nimmt regelmäßig an Veranstaltungen teil und schätzt die SDL als wichtige Institution der politischen und gesellschaftlichen Weiterbildung. Letztlich geht es um den Zusammenhalt der Generationen im ländlichen Raum, denn nur wenn die Jungen bleiben, hat der ländliche Raum eine Zukunft. „Die Gestaltung des sozialen Miteinanders in der Kommune“ sehen Fachleute und die SDL als wichtige Zukunftsaufgabe.

„Globalisierung, Digitalisierung, veränderte Arbeitswelten, neue Kommunikationsstrukturen und komplexe Planungsprozesse wirken bis in unsere ländlichen Gemeinden. Schnell mutiert da ein Schlafbürger zum Wutbürger“, so SDL-Geschäftsführerin Gerlinde Augustin. „Deshalb sehen wir auch zukünftig unsere Aufgabe darin, das demokratische Potenzial, das im ländlichen Raum steckt, zu schulen und zu fördern. Nur durch bürgerschaftliches Engagement und die Einbindung möglichst vieler wird es uns gelingen, nachhaltige Konzepte zu entwickeln, die die Menschen überzeugen.“

Die Idee der SDL trägt in die Zukunft

Die Liste der ermutigenden Projekte, die die SDL nach 25 Jahren erfolgreicher Bildungsarbeit mit entwickelt und begleitet hat, ist mittlerweile beachtlich: Da stellt eine Gemeinde wie z.B. Wildpoldsried im Allgäu eine eigene Energieversorgung mit erneuerbaren Energien auf die Beine. Da bauten Kommunen leerstehende, alte Gebäude um, um sie sinnvoll neu zu nutzen, sie siedelten erfolgreich Betriebe an und schufen so neue Arbeitsplätze, verbesserten die Nahversorgung für Jung und Alt, entwickelten neue Freizeitangebote oder initiierten die interkommunale Zusammenarbeit.

Den Mut, die Kreativität und den Pioniergeist der Gründerjahre will sich Gerlinde Augustin behalten, denn: „Nur wer brennt, kann das Feuer entfachen.“ Dann gelinge es auch, Menschen zusammenzubringen, den manchmal notwendigen Perspektivwechsel einzuleiten und so gemeinsam an einer tragfähigen Zukunft für den ländlichen Raum zu arbeiten. Informationen unter: www.sdl-inform.de. **□**

Partnerschaftsideen und Hilfs...

(Fortsetzung von Seite 1) sen- oder Konfliktregion eingeht.“ Mit dem THW seien bereits Strukturen – zumindest in der Notversorgung – geschaffen worden. Die Win-win-Situation sei immens.

Bereits im September vergangenen Jahres habe sein Ministerium hierzu die „Initiative Klinikpartnerschaften – Partner stärken Gesundheit“ ins Leben gerufen. Gemeinsam mit der Else Kröner-Fresenius-Stiftung finanziert das BMZ Partnerschaftsprojekte zwischen deutschen Organisationen des Gesundheitssektors und Partnern in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen.

Neben der finanziellen Förderung werden die Projekte auch begleitend beraten. Das BMZ hat bereits seiner Dekade Erfahrung mit der Förderung von institutionellen Klinikpartnerschaften. Die Else Kröner-Fresenius-Stiftung bringt als Kooperationspartner mehr als zehn Jahre Erfahrung in der Förderung humanitärer Gesundheitsprojekte in die Initiative ein. Das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) und die Weltgesundheitsorganisation (WHO) stehen der Initiative beratend zu Seite und sind in alle konzeptionellen und strategischen Fragen eingebunden. Weitere erfahrene Partner wie Engagement Global und das Kreditinstitut für Wiederaufbau (KfW) unterstützen beim Auswahlprozess und tragen damit zur Qualitätssicherung bei.

Marshallplan mit Afrika

Eine dezentrale und bürgernahe Energieversorgung für die ländlichen Räume Afrikas ist das Ziel einer weiteren Initiative, die Gerd Müller auf den Weg bringen will. Die Initiative „Grüne Bürgerenergie für Afrika“ im Schulterschluss mit Genossenschaften, Kommunen und der Privatwirtschaft konkretisiert die bereits in den Eckpunkten für einen „Marshallplan mit Afrika“ vorgeschlagenen Reformideen für den Bereich der Energieversorgung.

Schritte in die richtige Richtung ...

(Fortsetzung von Seite 1) der Luftgrenzwerte schnell nachzukommen, wird sich zeigen. Ansonsten sei damit zu rechnen, dass die Gerichte als Akutmittel Fahrverbote verordnen.

Mit Blick auf das Landesentwicklungsprogramm wies der Geschäftsführer des Bayerischen Städtetags, Bernd Buckenhofer, darauf hin, dass die Anträge der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag zum Anbindegebot und zum Zentrale Orte System zu begrüßen seien. Die Fraktion wolle damit einer ausufernden Gewerbeansiedlung in bislang unberührten Landschaften entgegenwirken und gebe einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung in Bayern den Vorzug.

LEP bleibt in der Debatte

Der LEP-Entwurf sieht bislang vor, dass sämtliche Gewerbe- und Industriegebiete mit Ausnahme vom Anbindegebot an Ausfahrten von Autobahnen und Fernstraßen ausgewiesen werden dürften. Der Bayerische Städtetag hatte dieses Vorhaben in der Expertenanhörung massiv kritisiert, weil dadurch eine ungezügelter Gewerbeausweisung an allen Autobahn- und Fernstraßenanschlussstellen mit bandartigen Auswüchsen befürchtet wurde. Zudem wandte der Kommunalverband ein, dass allein durch die Flächenausweisung kein neues Gewerbe geschaffen würde, allerdings bereits Kosten bei der planenden Gemeinde entstünden.

Der Antrag der CSU-Fraktion sieht nun vor, dass eine Inan-

Im Rahmen der Energieinitiativen sollen unter anderem 100 Bürgerenergiepartnerschaften gegründet werden, bei denen deutsche Bürger und Kommunen ihr Wissen mit afrikanischen Partnern teilen können. Über dezentrale Energielösungen könnten auch in entlegeneren Dörfern Medikamente und Lebensmittel gekühlt werden, Handwerksbetriebe ihre Produktivität steigern oder Landwirte solarbetriebene Pumpen für die Bewässerung ihrer Felder einsetzen. Grundsätzlich, so Müller, gilt: „Wer gibt, dem wird gegeben.“ Der Nutzen für die hiesigen Kommunen sei beträchtlich.

Partnerschaft auf Augenhöhe

Dabei geht es dem Bundesminister nicht nur um Hilfe, sondern letztlich um „Partnerschaft auf Augenhöhe“. Ziel müsse es sein, Kooperationen auch auf geschäftlicher Basis umzusetzen. Als möglich erachtete Müller dabei folgendes Szenario: „Der Abfallwirtschaftsbetrieb Donau-Ries investiert in einer marokkanischen Stadt und baut dort beispielsweise eine Verbrennungsanlage mit auf. Aber es muss dann ein Geschäftsbetrieb sein. Wir müssen die gesetzlichen Grundlagen dafür schaffen, dass Kommunalbetriebe in solchen Bereichen tätig sein dürfen.“

Als erfreulich und „wichtig für die Kommunen“ wertete Müller einen Grundlagenbeschluss im Rahmen der jüngsten Ministerpräsidentenkonferenz, wonach die Bundesländer Entwicklungszusammenarbeit künftig zu ihrer Aufgabe machen. Darauf hätten sich die Regierungschefs verständigt. Bayern habe sich entschlossen, schwerpunktmäßig im Libanon und in Tunesien tätig zu sein. „Sinnvoll wäre jetzt eine Gesamtstrategie. Es gilt, regional und sektoral zu handeln.“

Zur Stärkung lokaler Strukturen vor Ort in Kooperation mit den Schwellen- und Entwicklungsländern gehört nach Müllers

sprachnahme einer Ausnahme vom Anbindegebot nur dann möglich ist, wenn dadurch das Orts- und Landschaftsbild nicht wesentlich beeinträchtigt würde und kein geeigneter angebundener Alternativstandort vorhanden ist. Wie Buckenhofer erläuterte, „gibt die CSU-Fraktion den Argumenten des Bayerischen Städtetags und der Experten in der Landtagsanhörung damit teilweis nach. Der Vorrang angebundener Flächen galt bislang als Abwägungsgrundsatz und wird nun zur Tatbestandsvoraussetzung, um eine Ausnahme vom Anbindegebot zu begründen. Damit wird den Entwicklungszielen der Kommune ausreichend Rechnung getragen, ohne eine Steuerung zum Wohle des kommunalen Miteinanders aufzugeben.“

Der Vorbehalt einer nicht wesentlichen Beeinträchtigung des Orts- und Landschaftsbildes sei in der Sache richtig, kann aber aus Buckenhofers Sicht zu „erheblichen Unsicherheiten in der praktischen Rechtsanwendung“ führen. Der Bayerische Städtetag hätte deshalb ein kooperatives Vorgehen durch Abstimmung in den Regionalen Planungsverbänden im Falle der Wahrnehmung einer Ausnahme vom Anbindegebot bevorzugt.

Die Auswirkungen der Einführung einer weiteren Zentralitätsstufe der Regionalzentren können nach Angaben des Geschäftsführers bislang schwer eingeschätzt werden, da der Antrag der CSU-Fraktion bis dato nur einen Grundsatz vorsehe, der an die Zentralitätsstufe anknüpft. Grund-

Ausführungen auch der Aufbau von Staatlichkeit und Verwaltungsstrukturen. Die afrikanischen Länder sollten ihr Augenmerk hierbei auf den Aufbau von Steuererwartungen legen und Eigenleistungen stärken. Damit das Geld nicht in korrupten Kanälen landet, hat das BMZ ein Programm aufgelegt, das genau jene Reformländer, die Korruption bekämpfen und wirtschaftlich erfolgreich sind, weiter stärken soll. Müllers Wunsch ist es in diesem Zusammenhang, „dass sich aus dem Erwerbsleben ausscheidende Verwaltungsbeamte engagieren und die Verwaltung in einer Gemeinde mit aufbauen. Bei den Landkreisen oder den IHKS sollte man hierzu eine entsprechende Eingangsstelle installieren.“

Bislang konnten sich im Rahmen des Senior Experten Service (SES) vor allem ältere Menschen, die bereits im Ruhestand sind, mit ihrem Erfahrungsschatz und Know-how einbringen. Mit dem neuen Weltendienst 30+ können laut Müller jetzt auch Jüngere ihr Wissen teilen. Damit sind Fachleute, die noch im Berufsleben stehen, in der Lage, ihr Know-how im Rahmen von mehrwöchigen oder mehrmonatigen Einsätzen in Schwellen- und Entwicklungsländern weiterzugeben.

Wie Gerd Müller erläuterte, „benötigen viele unserer Partnerländer für spezielle Herausforderungen eine spezielle Expertise“. Deutschland verfüge über großartige Experten zum Beispiel für Wasserversorgung, Photovoltaik, ökologischen Anbau oder medizinische Versorgung. Dies ist umso erfreulicher, „brauchen wir für unsere Projekte doch die gesamte Bandbreite der Berufsfelder“.

Ansprechpartner für interessierte Kommunen ist die staatliche Gesellschaft „Engagement global“, ein Service für Entwicklungshilfen, der dem BMZ unterstellt ist. Alle Kommunen, die sich aktiv in die Entwicklungszusammenarbeit einbringen wollen, sollten sich Müller zufolge an diese Behörde wenden. **DK**

sätzlich sei die Einführung der neuen Zentralitätsstufe aber – wie die Einführung der Metropolen – sinnvoll, weil dadurch eine noch schärfere Differenzierung der Zentralitätsfunktionen der Städte und der damit einher gehenden Aufgaben im Gefüge des Zentrale Orte Systems erreicht wird.

Motoren für die Entwicklung Bayerns

Metropolen und die nun als Regionalzentren bezeichneten Städte seien wichtige Motoren für die Entwicklung Bayerns und nähmen Aufgaben für die ganze Region wahr. Sie stünden dabei in internationalem Wettbewerb mit anderen Großstädten und müssten hierfür ertüchtigt werden. Die Landesplanung habe durch die Zentralitätsstufen der Metropolen und der Regionalzentren die Möglichkeit, großstadtspezifische Belange gezielt zu steuern und dadurch Überhitzungserscheinungen entgegenzuwirken.

Allerdings, so Buckenhofer, müsse die Staatsregierung ihren Planungsauftrag in den kommenden Monaten wahrnehmen und in Absprache mit den Städten und Verbänden Ziele und Grundsätze entwickeln. Der Geschäftsführer bedauerte, dass eine derart differenzierte Betrachtung nicht beim gesamten Zentrale Orte System, insbesondere bei der infolge der Teilfortschreibung 2013 ausufernden Zahl von Zentralen Orten, zur Anwendung kam, um die Steuerungsfähigkeit des Zentrale Orte Systems langfristig zu sichern. **DK**

Buchtipp:

UNfair! Für eine gerechte Globalisierung

Eine gerechte Weltordnung mit einem fairen Interessenausgleich fordert Bundesminister Dr. Gerd Müller in seinem soeben im Murmann-Verlag erschienenen Buch „UNfair! Für eine gerechte Globalisierung“. Der Titel versteht sich als Anspielung auf die Verpflichtung der UN, endlich effizient zu handeln.

Ausgehend von denkwürdigen Begegnungen mit Menschen in Entwicklungsländern zeichnet der Autor auf 190 Seiten ein Bild der vielfältigen Herausforderungen, Schwierigkeiten und Brüche, mit denen die Welt heute konfrontiert ist und macht deutlich, was es für die Entwicklungszusammenarbeit bedeutet, diese Situation meistern zu müssen. Tatsache ist, dass die zunehmende Migration und Flucht nach Europa die weltweiten Verwerfungen auch unmittelbar in Deutschland sichtbar macht.

Perspektiven und Lösungen

Einerseits findet Müller klare Worte für die Missstände, andererseits zeigt er aber auch Perspektiven und Lösungen auf. An einer ganzen Reihe von Hebeln gelte es anzusetzen. Dazu zählen u.a. der Aufbau eines leistungsfähigen Bildungssystems (mit besonderem Augenmerk auf eine solide Grundbildung für Mädchen und Frauen), sozial gerechte Arbeitsverhältnisse und Löhne, eine ökologische und effiziente Landwirtschaft, umweltfreundliche Energiegewinnung sowie Investitionen in innovative Technik und eine ressourceneffiziente Infrastruktur.

Damit Globalisierung für alle gerecht und innerhalb der planetarischen Grenzen gestaltet werden

kann, schlägt Müller insgesamt den Weg einer ökosozialen Marktwirtschaft mit weltweiten ökologischen und sozialen Mindeststandards für einen globalen Markt vor.

Leitlinien für das 21. Jahrhundert

An das Ende seiner Publikation hat der CSU-Politiker zehn „Leitlinien für das Leben im 21. Jahrhundert“ gestellt. Einer seiner Grundsätze lautet: „Verantworte deinen Lebensstil und Konsum vor dir selbst, deinen Mitmenschen, der Gemeinschaft und kommenden Generationen.“

Jeder Einzelne muss aus Müllers Sicht den Prozess der Globalisierung gerecht und nachhaltig gestalten. Zehn Prozent der Weltbevölkerung verfügen über 90 Prozent des Vermögens, 20 Prozent der Menschen in den Industriestaaten verbrauchen 65 Prozent der Ressourcen. „Das ist weder gerecht noch zukunftsfähig“, urteilt der Minister. „Darum müssen wir viel mehr vor Ort tun und in die Lebenschancen der Menschen in den Entwicklungsländern investieren.“

Wir haben die Möglichkeiten, die großen Herausforderungen zu bewältigen

„Wir haben das Wissen, die Innovationen und die Möglichkeiten, die großen Herausforderungen zu bewältigen“, macht Müller deutlich. Eine Welt ohne Hunger zu schaffen, eine Welt, die auch Perspektiven für die Jugend Afrikas, Indiens und anderer Entwicklungsländer bietet. „Dazu beizutragen, liegt in unserer Verantwortung. Und es liegt in unserem ureigenen Interesse.“ **DK**

Starke Bezirke ...

(Fortsetzung von Seite 1) gestellt werden, nur weil sie stationär untergebracht sind.

Keine Lösung in Sicht sei zudem beim finanziellen Ausgleich für die Mehrausgaben der Eingliederungshilfeträger. Mehrfach habe man betont, dass mit erheblichen Kostensteigerungen zu

zu beteiligen. Der Bezirkstag stelle sich eine hälftige Verteilung der anfallenden Kosten vor, mindestens aber soll der Freistaat vier Millionen Euro für die Leitstellen dieses Krisennetzwerks bereitstellen.

Von einem „Verhandlungserfolg“ sprach Mederer schließlich bei der Frage der Kostentragung der Unterbringung und Betreuung unbegleiteter minderjähriger und junger volljähriger Flüchtlinge durch die Bezirke. Der Freistaat habe sich bereit erklärt, mit Pauschalen einen Teil der Kosten für junge Volljährige in der Jugendhilfe zu erstatten. 112 Millionen Euro stünden den Bezirken für den Zeitraum 2016 bis 2018 dafür zur Verfügung. Allerdings gebe es im Detail auch hier noch Probleme und somit einen weiteren Abstimmungsbedarf mit dem Freistaat, unterstrich der Bezirkstags-Präsident.

Sozialpolitischer Forderungskatalog

Bei der Vollversammlung verabschiedeten die Delegierten auch einen sozialpolitischen Forderungskatalog des Bayerischen Bezirkstags für die kommende Legislaturperiode des Deutschen Bundestags. Dieser umfasst folgende acht Punkte:

- 1.** Inklusive Ausgestaltung der Regelsysteme
- 2.** Berufliche Teilhabe umfassend ermöglichen
- 3.** Schnittstelle zwischen „Eingliederungshilfe“ und „Pflege“ klären
- 4.** Benachteiligung von Menschen mit Behinderung in der Pflegeversicherung beenden
- 5.** Bundesteilhabegesetz konsequent evaluieren
- 6.** Anhaltende Kostendynamik der Eingliederungshilfe durch geeignete Bundesbeteiligung ausgleichen
- 7.** Einführung eines Bundesteilhabegeldes weiterhin prüfen
- 8.** Einbeziehung der Nichtversicherten nach § 264 SGB V in das Beitragssystem der gesetzlichen Krankenversicherung.

Unter dem Leitgedanken „Starke Bezirke – starkes Bayern“ hob Kommunalminister Joachim Herrmann, MdL, die Bedeutung der dritten kommunalen Ebene in all ihrer Aufgabenvielfalt für ein funktionierendes Gemeinwesen im Freistaat Bayern hervor. In

Vertretung von Ministerpräsident Horst Seehofer lobte er die Verdienste der bayerischen Bezirke insbesondere im Bereich der Integration von Migranten: „Die Bezirke engagieren sich bei der Integration enorm und tragen damit wesentlich zum Zusammenhalt in unserem Land bei.“

Integration stärken

Wie Herrmann weiter erklärte, fördere auch der Freistaat ganz gezielt die Integration: „Wir haben allein im Jahr 2016 für das bundesweit einmalige Integrationskonzept ‚Zusammenhalt fördern, Integration stärken‘ zusätzliche Landesmittel in Höhe von rund 550 Millionen Euro bereitgestellt. Ein Schwerpunkt liegt hier unter anderem auf der Bildung.“ Auch betonte der Innenminister, dass Migranten in Deutschland in der Pflicht stünden, bei ihrer Integration aktiv mitzuwirken.

Der Freistaat unterstützt laut Herrmann im Rahmen seines fortschrittlichen Integrationskonzepts unter anderem Kindertageseinrichtungen und Schulen bei der Betreuung und Förderung von Flüchtlingskindern. Der Erfolg des bayerischen Wegs ist für Herrmann bereits sichtbar: „Bei fast der Hälfte der Kinder, die den Vorkurs Deutsch besucht hatten, wurde bei der Schuleinschreibung kein weiterer Förderbedarf mehr festgestellt.“

Zudem habe die Bayerische Staatsregierung 2015 zudem beschlossen, den Ausbau der Jugendsozialarbeit an Schulen zu beschleunigen. Einsatzorte mit hohem Migrantenanteil sollen dabei vorrangig zum Zug kommen. Im Freistaat gebe es derzeit an insgesamt 1.152 Schulen bereits 855 Stellen in der Jugendsozialarbeit. „Voraussichtlich bis zum Ende des Jahres 2018 werden wir die Jugendsozialarbeit an Schulen auf 1.000 Stellen aufgestockt haben“, kündigte Herrmann an. „Hierfür nehmen wir im Doppelhaushalt 2017/18 insgesamt rund 35,7 Millionen Euro in die Hand.“

Auch bei der Versorgung unbegleiteter minderjähriger Ausländer leisten die Bezirke nach Herrmanns Worten Großes. So hätten diese im vergangenen Jahr die örtlichen Träger dabei unterstützt, die Betreuung von fast 5.000 neu eingereisten unbegleiteten minderjährigen Ausländern sicherzu-

(Fortsetzung Seite 5)

Zum 10. Jubiläum rückt IT bei KOMMUNALE in den Fokus

Neu: Preisverleihung „Kommunaler IT-Profi“
Begleitender Kongress thematisiert kommunale Herausforderungen

Bürgermeister, Behördenchefs und Abteilungsleiter sollten sich den 18. und 19. Oktober 2017 rot im Kalender anstreichen. Dann öffnet im Nürnberger Messezentrum die 10. KOMMUNALE, Deutschlands größte Fachmesse für Kommunalbedarf, ihre Tore. Die Messevorbereitungen sind bereits in vollem Gange. Wichtige Themen 2017: Kommunale IT, eGovernment, Energiewende, Kommunaltechnik, öffentliche Verwaltung und Stadtplanung. Premiere feiert die Verleihung des Preises „Kommunaler IT-Profi“. Der parallel zur Fachmesse stattfindende Kongress des Bayerischen Gemeindetags sowie die Ausstellerforen bieten überdies die Möglichkeit, die Diskussion zu speziellen Zukunftsthemen für Städte und Gemeinden zu vertiefen. Über 300 Aussteller und gut 5.000 Besucher aus dem gesamten Bundesgebiet werden erwartet.

Bereits seit 1999 findet die KOMMUNALE zweijährig am Messestandort Nürnberg statt und hat sich über die Jahre zur wichtigsten Informations- und Austauschplattform für alle diejenigen entwickelt, die in ihrer Gemeinde Verantwortung tragen. Über 300 Aussteller aus Bereichen wie Bürobedarf, EDV und Kommunikation, Energie oder Öffentlicher Raum werden erwartet. „Damit ist die KOMMUNALE groß genug, um alle wichtigen Segmente des Kommunalbedarfs abzubilden. Gleichzeitig ist sie verteilt auf zwei Messehallen, und damit kompakt und übersichtlich. Ein wichtiger Aspekt, wenn eine Veranstaltung neben der gezielten Information vom Austausch zu aktuellen Kommunalthemen lebt“, erklärt Christian Arnold, Abteilungsleiter Partner- und Publikumsveranstaltungen bei der NürnbergMesse.

Kommunalkongress des Gemeindetags

Den Dialog fördert seit der ersten KOMMUNALE auch der begleitende Kongress, dessen Veranstalter der Bayerische Gemeindetag (BayGT) ist. Er thematisiert Kommunalthemen hauptsächlich aus bayerischer Sicht, jedoch haben zahlreiche Beiträge bundesweite Relevanz – etwa die Asyl-

Starke Bezirke ...

(Fortsetzung von Seite 4) stellen. Laut Herrmann lässt der Freistaat seine Bezirke mit dieser Aufgabe nicht allein: „Wir erstatten den Bezirken seit Dezember letzten Jahres die Kosten für diese Versorgungsleistungen – und zwar unabhängig vom Aufenthaltsstatus der Minderjährigen. Insgesamt haben wir hierfür im Staatshaushalt 2017 mehr als 364 Millionen Euro veranschlagt.“

Der Innenminister erinnerte daran, dass selbst ein starkes Land wie Deutschland nicht unbegrenzt aufnahmefähig ist und nahm nach Deutschland Geflüchtete in die Pflicht: „Wer hier bleiben will und darf, muss bei seiner Integration aktiv mitmachen und insbesondere die deutsche Sprache lernen.“ Wie Herrmann erläuterte, ist das Prinzip des „Förderns und Forderns“ im Bayerischen Integrationsgesetz, das am 1. Januar 2017 in Kraft getreten ist, fest verankert.

Ein zentraler Punkt des Gesetzes ist für Herrmann die dort verankerte Leitkultur: „Das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft braucht Grundregeln, die alle kennen und die von allen anerkannt werden. Damit Integration gelingt, müssen wir unsere eigene Identität hochhalten und sie mit großer Überzeugung selbstbewusst und kraftvoll vertreten.“ Für den Minister speist diese Leitkultur aus den Grundregeln, die für das Zusammenleben in Deutschland besonders wichtig sind. „Dazu gehören unsere Werte wie zum Beispiel Demokratie und Gleichberechtigung.“

DK

thematik. Eines ist sicher: Im Kongress wird auch 2017 wieder Klartext gesprochen, denn die Teilnehmer wissen um die kommunalen Herausforderungen der heutigen Zeit. Sie dürfen sich auf Dutzende Vorträge, Workshops und prominent besetzte Podiumsdiskussionen freuen. Natürlich kommt auch das gemütliche Netzwerken nicht zu kurz.

Auch auf der Fachmesse tut sich etwas: „Kommunale IT ist ein wichtiges Thema, das kom-

munale Entscheider zukünftig immer mehr beschäftigen wird. Die Kommunen investieren zudem verstärkt in IT“, weiß Werner Richthammer, Produktmanager KOMMUNALE bei der NürnbergMesse.

Neu: Ehrung „Kommunaler IT-Profi“

Deshalb gibt es auf der Veranstaltung 2017 erstmals die Ehrung „Kommunaler IT-Profi“. Sie soll, so Richthammer, die „heimlichen Helden“ der öffentlichen Verwaltungsarbeit in den Fokus stellen: E-Government, Cybersicherheit, IT-Standardisierung/Interoperabilität, Zusammenarbeit Bund/Länder/ Kommunen, aber auch neue IT-Leistungen wie das digitalisierte Asylverfahren oder Servicekonten für Bürger und Unternehmen seien Dauerthemen. Sich für den Preis bewerben können kommunal Beschäftigte aus Städten und Gemeinden aller Größenordnungen.

Bayerischer Museumspreis 2017:

Freude in Spalt und Vilsbiburg

Im Rahmen des Bayerischen Museumstages in Schwabach wurde der von der Versicherungskammer Kulturstiftung ausgelobte Bayerische Museumspreis 2017 verliehen. In der Kategorie haupt- oder nebenamtlich geführtes Museum wurde das HopfenBierGut - Museum im Kornhaus Spalt ausgezeichnet, in der Kategorie ehrenamtlich geführtes Museum das Heimatmuseum Vilsbiburg.

Wie Laudator Dr. Harald Benzing, Mitglied des Vorstands der Versicherungskammer Bayern betonte, seien die bayerischen Museen unverzichtbar für den Erhalt und die Pflege des kulturellen Erbes. Diese Kulturarbeit zu würdigen und zu fördern, sei das Ziel der alle zwei Jahre speziell an die nichtstaatlichen Museen vergebenen Auszeichnung.

Das HopfenBierGut - Museum im Kornhaus in Spalt/Mittelfranken, ausgezeichnet mit einem Preisgeld von 20.000 Euro, konnte laut Benzing nach mehrjährigen aufwändigen Planungs- und Sanierungsarbeiten im Frühjahr 2015 auf einer Fläche von 1.200 qm eröffnet werden.

Themenstationen

Im 2. Obergeschoss informiert zunächst ein dreidimensionaler Plan über die Stadt und ihre Sehenswürdigkeiten. Locker im Raum verteilte Themenstationen führen ein in die Geschichte des Hopfenanbaus und erläutern die dazu nötigen Arbeitsschritte. Mitmachstationen laden ein, selbst tätig zu werden und etwa den nötigen Kräfteinsatz bei bestimmten Arbeitsschritten zu erfahren. Ein Panoramakino ermöglicht den Besuchern, im Zeitraffer ein Hopfenjahr bis hin zu den Festen nach der Ernte miterleben.

Die letzte kommunale Brauerei Deutschlands

Die besondere Beziehung der Spalter zum Bier rührt aber nicht nur vom traditionsreichen Hopfenanbau, sondern auch von einer weiteren Eigenheit her: Spalt besitzt die letzte kommunale Brauerei Deutschlands, das heißt, alle 5.000 Bürger sind Miteigentümer und bei der Bürgermeisterwahl wird automatisch auch der Geschäftsführer der Brauerei mitbestimmt. Vor diesem Hintergrund ist es auch folgerichtig, das wichtigste Produkt aus Spalter Hopfen entsprechend in diesem Museum zu würdigen. Im 1. Obergeschoss kann man mit allen Sinnen die Inhaltsstoffe des „flüssigen Brotes“

unter die Lupe nehmen und einen begehren Braukessel erkunden. Auch ist es beispielsweise an einem Medientisch möglich, auf unterhaltsame Art und also keineswegs „bierernst“ Biersorten aus aller Welt kennenzulernen, in denen Spalter Hopfen den richtigen Geschmack erzeugt.

Geschichte der Stadt, des Lebens und des Arbeitens

Das Heimatmuseum Vilsbiburg – Kröninger Hafnermuseum am historischen Stadtplatz im niederbayerischen Vilsbiburg, ausgezeichnet mit einem Preisgeld von 10.000 Euro, stellt auf einer Fläche von rund 1.000 qm Facetten der Stadtgeschichte und des Lebens und Arbeitens in früheren Zeiten vor – von der Vor- und Frühgeschichte über Volksfrömmigkeit, das Kunstschaffen am Beispiel von Eduard Schleich dem Älteren bis hin zu Handwerk und Gewerbe, darunter die örtliche Ziegelproduktion. Dieses Thema leitet über zu dem wichtigsten Bestandteil von Sammlung und Ausstellung, der Kröninger Hafnerei.

Der Kröning ist ein Höhenrücken nahe der Stadt, der für seine hervorragende Tonqualität bekannt ist. Seit dem 14. Jahrhundert wurden hier Tonwaren erzeugt, in erster Linie Gebrauchsgeschirr, das bis nach Nordbayern, Oberösterreich und Südtirol gehandelt wurde. Über Jahrzehnte wurden in ehrenamtlicher Arbeit sowohl eine umfangreiche Sammlung dieser Hafnereierzeugnisse zusammengetragen als auch die Produktionsstätten, die Hersteller und die Vertriebswege erforscht. „Die höchst qualitätvolle Herstellung und die Vertriebswege dabei geleistet und in Publikationen dokumentiert wurde, geht bei Weitem über das Maß hinaus, das selbst von sehr engagierter ehrenamtlicher Museumsarbeit zu erwarten ist“, stellte VKB-Vorstandsmitglied Benzing fest.

Der Heimatverein wird beim Betrieb des Museums von der Stadt unterstützt, doch gehört es auch zu den Pflichten seines Vorsitzenden Peter Barteit, immer

Bereits zum dritten Mal erfahren IT-Verantwortliche im IT-Talk alles rund um mobile Anwendungen, cloudbasierte Bürgerportale oder Datenschutz und Informationssicherheit im kommunalen Bereich. Generell soll auf der Fachmesse kommunale IT praxisnah gezeigt werden – mit dem Ziel, einen „State of the Art“ zu definieren und Fragen wie „Was muss kommunale IT leisten?“, „Was sind sinnvolle bzw. notwendige Add-ons?“ und „Welche Lernfelder im Bereich kommunale IT sind noch nicht ausgereift?“ zu beantworten. Informationen unter: www.kommunale.de/it

Pflichtveranstaltung für alle deutschen Gemeinden

Christian Arnold und Werner Richthammer sind überzeugt, dass die KOMMUNALE durch ihre Vielfalt auf Aussteller- und Besucherseite einen echten Mehrwert zu allen kommunalen Fragestellungen bietet. Sie ergänzen: „Die Synergieeffekte, die durch den Verbund der Messe mit ihren Fachforen und dem allgemeinen Kongress entstehen, machen die KOMMUNALE zur Pflichtveranstaltung für alle, die in ihrer Gemeinde Verantwortung tragen. Die Dienststreifefähigkeit ist somit gewährleistet.“

wieder Spenden und Mittel einzuwerben, um die Museumsarbeit auf diesem Niveau fortführen zu können und weitere Projekte zu ermöglichen. „Ich hoffe, dass der Bayerische Museumspreis bzw. die damit verbundene finanzielle Zuwendung diese Ihre Arbeit erleichtert“, bemerkte Benzing.

„Museen sind zentrale Kultur- und Bildungseinrichtungen. Sie bewahren Spuren unserer Vergangenheit und unserer Geschichte und machen uns auf sie aufmerksam“, hatte Wissenschaftsstaatssekretär Bernd Sibler bei der Eröffnung des Bayerischen Museumstags 2017 betont. „Museen sind nicht nur für das Gestrern bedeutsam: Als Orte der Selbstvergewisserung stiften sie im Hier und Heute Identität. Auch können sie die Entwicklung von Städten und Regionen positiv beeinflussen. Denn Museen besitzen eine große Anziehungskraft auf Menschen unterschiedlicher kultureller oder sozialer Herkunft“, erklärte der Staatssekretär.

Vielfältige Museumslandschaft erhalten

Dem Freistaat sei es ein zentrales Anliegen, die vielfältige Museumslandschaft in Bayern zu erhalten, so der Staatssekretär weiter. Mit Blick auf das große Engagement nichtstaatlicher Träger hob er hervor: „Mit der Landesstelle für nichtstaatliche Museen haben wir einen wichtigen Partner und eine zentrale Anlaufstelle für unsere nichtstaatlichen Museen.“ Sie stehe fachlich mit wertvollem Rat und finanziellen Zuwendungen zur Seite, etwa bei der Neukonzeption von Dauerausstellungen, und unterbreite vielfältige Fortbildungsangebote. Mit dem Kulturfonds verfüge der Freistaat über ein weiteres wirksames Instrument, um die nichtstaatlichen Museen bei Projekten finanziell zu unterstützen.

„Museen sehen sich großen Herausforderungen gegenüber: Um für ihre Besucherinnen und Besucher attraktiv zu bleiben, müssen sie sich stets weiterentwickeln“, merkte der Staatssekretär an und fügte hinzu: „Das Stadtmuseum in Schwabach, ein Leuchtturm in der bayerischen Museumslandschaft, steht hierfür mit seinem modernen museumspädagogischen Konzept beispielhaft.“

DK

NÜRNBERG 2017 KOMMUNALE

10. BUNDESWEITE FACHMESSE UND KONGRESS



MESSEZENTRUM NÜRNBERG
18. – 19.10.2017

KOMMUNALER BEDARF
AUF DEN PUNKT GEBRACHT.

PFLICHTTERMIN FÜR KOMMUNALE IT-PROFIS

- „Best Practice“ für IT-Sicherheit und Datenschutz: Wie umsetzen?
- eGovernment: aktuelle Themen und Trends
- IT-Talk: Entscheider und Experten im Austausch auf Augenhöhe
- NEU im Messeprogramm: die Wahl zum „Kommunalen IT-Profi“

KOMMUNALE.DE/IT

Follow us on Twitter!
twitter.com/kommunale

BAYERISCHER
GEMEINDETAG

NÜRNBERG MESSE

Bayerischer Sparkassentag 2017 in Erlangen:

Modernes Banking. Erfolgreiches Geschäftsmodell

Das Ringen um eine angemessene Bankenregulierung stand im Mittelpunkt des Bayerischen Sparkassentags 2017 in Erlangen. Wie Dr. Ulrich Netzer, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, darlegte, „unterscheidet die Flut an neuen Regulierungsmaßnahmen nur unzureichend zwischen den großen, systemrelevanten und international aktiven Banken auf der einen Seite und kleinen, mittleren und regional verankerten Kreditinstituten auf der anderen Seite. Sie werden deutlich stärker belastet als Großbanken. Das ist wettbewerbsverzerrend!“

Um „Proportionalität in der Regulierung“ zu gewährleisten, schlagen die Sparkassen ein eigenständiges Regelwerk für Regionalbanken vor, das sich vor allem hinsichtlich aufwändiger Melde- und Offenlegungspflichten von der Regulierung für systemrelevante Banken unterscheidet. Für welche Kreditinstitute diese „Small and Simple Banking Box“ Anwendung findet, sollte aus Netzers Sicht primär vom Geschäftsmodell abhängen. Alle Sparkassen hätten das gleiche risikoarme Geschäftsmodell, ganz unabhängig davon, wie groß sie sind. „Es sollten sich also alle – mit Ausnahme der wenigen größten bedingt systemrelevanten – in der Box wiederfinden und Entlastungen erfahren“, so der SVB-Präsident.

Kundenorientierung

Mit Blick auf das Tagungsmotiv meinte Netzer: „Modernes Banking heißt für uns Sparkassen, unseren Kunden Orientierung zu geben. Orientierung durch spürbare Präsenz vor Ort genauso wie auf digitalen Kanälen und durch kompetente Beratung, wie Ersparnisse auch in zinslosen Zeiten aufgebaut werden können.“

Die bayerischen Sparkassen zeigten dabei auch selbstbewusst auf ihr Geschäftsmodell, so der Präsident und betonte: „Wir bleiben Sparkasse, nah an den Menschen. Wir sind berechenbar, langfristig ausgerichtet und als Finanzierungspartner Nr. 1 des Mittelstands mit dem regionalen Geschäftsgebiet „verheiratet.““ Freilich, so Netzer, „brauchen die Sparkassen dafür eine angemessene, verhältnismäßige Regulierung, d. h. keinen Knebel im Mund, sondern den Atem, um Finanzpartner gerade auch an den schwächeren Standorten Bayerns sein zu können. Gerade dort wird unser dezentrales Geschäftsmodell gebraucht.“

Sehr gutes Kreditgeschäft

Nach Netzers Angaben verzeichnen die bayerischen Sparkassen für die ersten fünf Monate 2017 ein sehr gutes Kreditgeschäft: Das Kreditvolumen stieg um 1,7 Milliarden Euro (+1,3 Prozent) auf nunmehr 128 Milliarden Euro. Dieser Anstieg wird besonders durch das sehr dynamische Unternehmenskreditgeschäft getragen (+2,1 Prozent). Die starke Entwicklung der Firmenkredite spiegelt sich auch in den Zusagen für künftige Darlehen wieder: Bisher wurden 2017 11,5 Prozent mehr Kredite an Unternehmen und Selbstständige als im gleichen Zeitraum 2016 zugesagt.

Die Einlagen bei den bayerischen Sparkassen nehmen derzeit ab. Seit Jahresbeginn ist der Einlagenbestand um 0,7 Prozent auf knapp 156 Milliarden Euro gesunken. Dies resultiert aus Abflüssen bei Unternehmenskunden und öffentlichen Haushalten. Während etwa die Sichteinlagen unserer Privatkunden auch weiterhin zunehmen (+2,7 Prozent), werden sie überkompensiert vom Mittelabzug vieler Firmen und Kommunen. Hier scheinen erstmalig Verschiebungseffekte infolge der bei einigen Sparkassen neu

eingeführten Verwahrentgelte auf. Normale Sparer sind von Verwahrentgelten nicht betroffen und parken, sofern sie freie Mittel haben, diese weiterhin bevorzugt in täglich fälligen Anlagen. Für die Sparkassen bedeutet der Einlagenrückgang laut Netzer „einerseits Entlastung von Verwahrentgelten, die sie sonst ihrerseits entrichten müssten. Allerdings sieht es kein Kreditinstitut gerne, wenn ihre Kunden sich nach fremden Anlagemöglichkeiten umsehen.“

Bittere Wahrheit

Doch die Rentabilitätsrechnung präsentiert derzeit eine bittere Wahrheit „und zwingt uns auch zu unpopulären Maßnahmen“, so der SVB-Präsident. Das Betriebsergebnis bilde infolge der Niedrigbis Negativzinsen den Markterfolg der Sparkassen immer weniger ab. Der Zinsüberschuss der bayerischen Sparkassen als eine der Hauptertragsquellen sinke bei den derzeitigen Niedrigzinsen weiter deutlich. Auch ein gesteigerter Provisionsüberschuss fange diese Einbußen nicht auf, zumal auch der Verwaltungsaufwand leicht steige. Das Betriebsergebnis vor Bewertung 2017 werde deshalb deutlich unter dem des Vorjahres liegen. „Wir rechnen derzeit damit, dass es um knapp 9 Prozent sinken wird. Unterstellt man, dass Europa auf dem niedrigen Zinsniveau bleibt, wird sich dieses Verhältnis im Lauf der Zeit weiter verschlechtern“, prognostizierte Netzer.

Marktführerschaft ausbauen

Die Sparkassen stünden damit vor großen Aufgaben, wenn sie die Kollateralschäden aus der Niedrigzinsphase und der Bankenregulierung anständig verarbeiten wollen. Sie wüssten aber gleichzeitig, dass sich die Zukunft im Wettbewerb entscheidet. „Deshalb arbeiten die bayerischen Sparkassen weiterhin mit voller Kraft daran, der Finanzierungs- und Vertrauenspartner Nr. 1 der Kunden in Bayern zu bleiben und ihre Marktführerschaft konsequent auszubauen.“

Aus Sicht der Bankenaufsicht beleuchtete Dr. Andreas Dombret, Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank das Motto des diesjährigen Sparkassentages. Er machte deutlich, dass Erleichterungen in der Aufsicht kleinerer Banken und Sparkassen sinnvoll seien. Das vielfältige Bankensystem in Deutschland sei „der beste Garant für Stabilität“ und müsse erhalten werden.

Small Banking Box

Um mehr Verhältnismäßigkeit herzustellen, biete sich die „anfängs als höchst unrealistisch eingeschätzte Small Banking Box“ an, betonte Dombret. Seiner Auffassung nach sollten sich Institute jenseits einer „Bilanzsumme im niedrigen einstelligen Milliardenbereich“ vereinfachten Regeln unterwerfen. Zudem sollte ein Institut nicht größer sein als ein bestimmter Teil des Bruttoinlandsprodukts oder des Bankenmarkts des betreffenden Mitgliedstaates.

Darüber hinaus plädierte der Bundesbankvorstand dafür, eine Reihe „harter Nebenbedingun-

gen“ zu erfüllen: Nur solche Institute dürften Teil der Box werden, die im Abwicklungsfall einem Insolvenzverfahren unterliegen, sie dürften nicht nennenswert auf dem Kapitalmarkt oder grenzüberschreitend aktiv sein, sie sollten allenfalls kleine Handels- und Derivatebücher aufweisen und sie sollten schließlich keine internen Modelle verwenden, sondern nur den Standardansatz nutzen.

Systemische Risiken

Dombret zufolge führt dieser Vorgabenkatalog dazu, dass Institute mit riskanteren Geschäftsmodellen von vornherein ausgeschlossen werden. Darüber hinaus dürfe man auch systemische Risiken, die sich aus der Vernetzung vieler kleiner Institute ergeben können, nicht vergessen – Stichwort „too many to fail“. Und schließlich sollte die letzte Entscheidung immer der Aufsicht vorbehalten bleiben. „Sollte diese schwerwiegende Einwände haben, kann sie davon absehen, ein Institut unter vereinfachten Regeln zu beaufsichtigen“, erklärte Dombret. Seine Positionen wurden im Anschluss mit SVB-Präsident Ulrich Netzer, Landesobmann Walter Strohmaier und Frank Walthes, Vorstandsvorsitzender der Versicherungskammer Bayern, angeregt diskutiert.

Zum Abschluss des Bayerischen Sparkassentags würdigte Ministerpräsident Seehofer die Sparkassen als zukunftsstarkes Erfolgsmodell: „Die Sparkassen in Bayern sind Erfolgsmodell und Zukunftsmacher. Feste Verankerung in den Kommunen, verlässlicher Finanzpartner des Mittelstands, Schutzschild der Sparer –

das sind die Grundpfeiler soliden Wirtschaftens. Die Bayerischen Sparkassen halten Kurs mit ihrem soliden Geschäftsmodell und ihrer langfristigen Kundenbindung.“

„Die Staatsregierung steht fest an ihrer Seite“, fuhr Seehofer fort. „Wir bekennen uns ganz klar zum Drei-Säulen-Modell der deutschen Bankwirtschaft und wir werden uns in Brüssel weiterhin mit aller Macht dafür einsetzen. Gefragt ist eine Bankenregulierung mit Vernunft und Augenmaß, die die Besonderheiten auch unserer Sparkassen ausreichend berücksichtigt. Denn unsere Mittelständler und Existenzgründer brauchen weiterhin eine vernünftige Finanzierung!“

Der Ministerpräsident unterstrich besonders das Engagement der Bayerischen Sparkassen bei der Initiative „Bayern barrierefrei“: „Unser Ziel ist es, Bayern bis 2023 barrierefrei zu machen. Dafür investiert der Freistaat fast 430 Millionen Euro. Gesellschaftliches Engagement als Stifter und Spender unmittelbar in der Region und vor Ort hat bei den Sparkassen lange Tradition. Ich freue mich, dass wir die Sparkassen jetzt auch als Partner von „Bayern barrierefrei“ gewinnen konnten.“

„Bayern barrierefrei“

Die Sparkassen in Bayern stellen mit derzeit über 2.400 Geschäftsstellen die geld- und kreditwirtschaftliche Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft in ihrem Geschäftsgebiet sicher. Wie Seehofer betonte, „leisten die Sparkassen in Bayern beim Abbau von Barrieren auch im Onlinemarketing Beachtliches“. In Anerkennung der Leistungen für die Inklusion in Arbeitsleben und Gesellschaft überreichte der Ministerpräsident dem Sparkassenverband in Erlangen das Signet „Bayern barrierefrei – Wir sind dabei“.

Eine ausführliche Dokumentation des Bayerischen Sparkassentags erscheint in Ausgabe 17 der GZ.



Ministerpräsident Horst Seehofer (links) überreichte gemeinsam mit Staatssekretär Johannes Hintersberger (rechts) dem Präsidenten des Sparkassenverbands Bayern Dr. Ulrich Netzer (Mitte) in Erlangen das Signet „Bayern barrierefrei – Wir sind dabei“.

Bild: Anja Prestel / StMAS

Sparkassen stehen für finanzielle Stabilität

Kommunale Verankerung weiterhin notwendig

Die bayerischen Sparkassen sind ein wesentlicher Eckpfeiler des Finanzwesens in Bayern und erfüllen den wichtigen Auftrag, die Geld- und Kreditversorgung insbesondere von Mittelständlern und Menschen aus sämtlichen Bevölkerungskreisen sicherzustellen. Dies erklärte Innenminister Joachim Herrmann im Vorfeld des Bayerischen Sparkassentags.

Der Innenminister hob erneut die besondere Bedeutung der Sparkassen hervor, die durch ihre Tätigkeit auch einen herausragenden Beitrag zu gleichwertigen Lebensverhältnissen in allen Regionen des Freistaats leisteten. Um den besonderen öffentlichen Auftrag sicherzustellen, müssten die Sparkassen in den jeweiligen Kommunen fest verankert bleiben. Dazu seien auch weiterhin kommunale Vertreter in den Verwaltungsräten der Sparkassen nötig.

EU dafür einsetzen, dass bei der Regulierung der Finanzmärkte die Besonderheiten des deutschen Sparkassenwesens weiter Bestand haben.

Beitrag zur Stabilität

Der Minister sieht in der Arbeit der bayerischen Sparkassen einen wichtigen Beitrag zur finanziellen Stabilität. Dies belegt insbesondere das gute Ergebnis im vergangenen Jahr, auch wenn die negativen Auswirkungen der Niedrig- und Negativzinsphase sowie die steigenden regulatorischen Anforderungen der EU nicht völlig ausgeglichen werden konnten. Außerdem zeige sich landesweit, dass die von den Sparkassen eingeleiteten Maßnahmen zur Kostensenkung und Ertragsstabilisierung greifen. In diesem Zusammenhang begrüßte Herrmann die Fusion von Stadt- und Kreissparkassen. Ein Zusammenschluss stärke die Wettbewerbsfähigkeit und stelle ein starkes Signal für deren Zukunft dar. Als Beispiel nannte er die jüngst erfolgte Fusion der Stadt- und Kreissparkasse Erlangen mit der Kreissparkasse Höchststadt a.d. Aisch. **rm**

Regulierung der Finanzmärkte

Einen existenziell wichtigen Punkt sieht Herrmann in der Wahrung der Besonderheiten des öffentlich-rechtlichen Sparkassenwesens. Dies gelte vor allem für die künftige Regulierung der Finanzmärkte durch die EU. Er habe kein Verständnis dafür, dass die seit vielen Jahren bewährte kommunale Verankerung der Sparkassen derzeit durch Leitlinienvorschläge der Europäischen Zentralbank und der Europäischen Bankenaufsicht in Frage gestellt werde. Die Bundesregierung müsse sich in der

BayernLB seit 40 Jahren in London aktiv

Vor 40 Jahren hat die Bayerische Landesbank ihre Niederlassung in London gegründet. Trotz veränderter wirtschaftlicher und politischer Rahmenbedingungen sieht sich die BayernLB auch heute als wichtiges Bindeglied für die deutsche Wirtschaft am Finanzplatz London.

Die exportorientierten deutschen und bayerischen Unternehmen haben Großbritannien weiterhin als weltweit fünftstärkste Wirtschaftsnation und attraktiven Absatzmarkt im Blick. Internationale Investoren suchen oft aus London heraus in Deutschland nach langfristigen Investments vor allem im Immobilienbereich. Genau für diese Kundengruppen sieht sich die BayernLB als Bankpartner am Standort London gut gerüstet.

Verlässlicher Partner

„Wir haben uns in London in den vergangenen Jahren ausschließlich an den Bedürfnissen unserer Kunden orientiert und schlank aufgestellt. Mit unserer langjährigen Erfahrung und Expertise stehen wir unseren Immobilien- und Firmenkunden von London aus als verlässli-

cher Partner für ihr UK-Geschäft zur Verfügung“, betonte Johannes-Jörg Riegler, Vorstandsvorsitzender der BayernLB, anlässlich einer Kundenveranstaltung zum 40-jährigen Bestehen der Niederlassung London.

Finanzierung von Energieprojekten

Eine besondere Expertise weist die BayernLB in Großbritannien bei der Finanzierung nachhaltiger Energieprojekte auf. Hier hat die Bank in den vergangenen Jahren Photovoltaikparks mit einer Gesamtleistung von 1,2 Gigawatt finanziert. Im Immobiliensektor sind die Spezialisten der BayernLB in London Beratungs- und Finanzierungspartner für internationale Investoren, die über London Zugang in den deutschen Immobilienmarkt suchen. **□**

Kulturprojekte für jedermann

Anlässlich des Bayerischen Sparkassentages 2017 unterstützten die bayerischen Sparkassen mit 20.000 Euro aus dem Reinertrag ihrer Gewinnspartlotterie Sparkassen-PS-Sparen und Gewinnen den Start zweier Angebote zu Kunst und Kultur: die Lesereihe „ERHörbar“ des Landkreises Erlangen-Höchstadt sowie Projekte der Stadt rund um den Bildhauer Heinrich Kirchner und seinen Skulpturenpark. Die Spenden überreichte der Präsident des Sparkassenverbandes Bayern, Dr. Ulrich Netzer, an Landrat Alexander Tritthart und Oberbürgermeister Dr. Florian Janik vor Sparkassenvorständen und Vertretern der Träger der bayerischen Regionalinstitute.

Mit „ERHörbar“ startet eine Reihe von Lesungen, bei denen jeweils ein prominenter Künstler literarische Texte zu einem aktuellen und schwierigen Thema wie Demenz, Familienprobleme oder Klimawandel vorträgt. Neben dem literarischen Genuss sollen die Bürgerinnen und Bürger einen im Vergleich zu einem Fachvortrag niederschwelligeren Zugang zu den Problemen sowie möglichen Lösungen finden. Die Starthilfe von 10.000 Euro ist für die ersten drei Veranstaltungen in den nächsten zwölf Monaten zum Themenkreis „Familie und Senioren“ gedacht.

Die Stadt Erlangen veranstaltet am 10. September 2017 ein „Picknick mit Kirchner“ zum 35-jährigen Jubiläum des Skulpturenparks im Burgberggarten, mit dem die Stadt ihren 1902 in Erlangen geborenen Bildhauer geehrt hat. Die Angebote an diesem Tag reichen von der Schnitzeljagd für Kinder, über Führungen durch den Garten sowie musikalische und poetische Einlagen bis hin zum Expertengespräch und einem Mitmachangebot der Jugendkunstschule. Außerdem wird bei dieser Gelegenheit auch das nachhaltige kunstpädagogische Konzept rund um Heinrich Kirchner und seine Kunst vorgestellt.

Das Kulturamt entwickelt es zum Einsatz als Schulprojekt, aber auch zum Einsatz im Sinne der Inklusion für Menschen mit unterschiedlichen Wissensständen und Zugangsmöglichkeiten zum Thema Kunst und insbesondere zu Heinrich Kirchner und seinem Werk. Die geschilderten Maßnahmen erhalten ebenfalls eine Unterstützung in Höhe von 10.000 Euro.

2017 stellten die bayerischen Sparkassen mit Spenden, dem Reinertrag des Sparkassen-PS-Sparens, Sponsoringmaßnahmen sowie den Ausschüttungen ihrer Stiftungen insgesamt fast 46 Millionen Euro für gemeinnützige Vorhaben zur Verfügung. Förderungspunkte bildeten dabei Projekte in Kultur und Sport sowie soziale Maßnahmen wie Bildung und die Unterstützung von Menschen, die besondere Herausforderungen zu meistern haben. **□**

Die 11 schwäbischen Sparkassen zogen Bilanz:

Enorme Herausforderungen – zufrieden mit Ergebnis

Die 11 schwäbischen Sparkassen haben trotz enormer Herausforderungen mit ihrem nachhaltigen, auf die Region ausgerichteten Geschäftsmodell ihre Marktposition gestärkt und gefestigt. Bei der diesjährigen Mitgliederversammlung des Sparkassen-Bezirksverbandes Schwaben präsentierte der Vorsitzende Leo Schrell (Landrat Dillingen) zusammen mit Bezirksobmann Walter Pache (Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Günzburg-Krumbach) die vorläufigen Bilanzzahlen für das Geschäftsjahr 2016.

Die Sparkassen haben sich gut geschlagen. Sie haben 2016 erneut ein Ergebnis erreicht, das vor dem Hintergrund der mittlerweile seit ca. acht Jahren anhaltenden Niedrigzinsphase sowie den herausfordernden Rahmenbedingungen gut ausgefallen ist, wenn auch das operative Ergebnis im Hinblick auf die EZB-Niedrigzinspolitik einige Wünsche offen ließ. Einlagen und Kredite der schwäbischen Sparkassen sind weiter gewachsen. „Dieser Markterfolg gibt unserem Geschäftsmodell Recht“, so Walter Pache.

Das ist das Ergebnis umsichtiger und professioneller Arbeit von rund 5.446 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Die Sparkassen profitierten im Berichtsjahr aber auch von einer positiven Grundstimmung in der lokalen Wirtschaft und dem guten Konjunkturverlauf in der Region.

In ihrer Geschäftspolitik sind sie auf Geschäftsfelder ausgerichtet, die einen örtlichen Bezug haben, insbesondere auf den Mittelstand, das Handwerk, die Landwirtschaft, die Kommunen und das breite Privatkundengeschäft.

Die anhaltende Niedrigzins-

bzw. Nullzinsphase ist deutlich in der Gewinn- und Verlustrechnung der Sparkassen angekommen. Vor diesem Hintergrund haben sie sich auf die bestehende Lage eingestellt, schöpfen bestehende Ertragsmöglichkeiten aus und senken konsequent die Kosten. „Die Zinssituation wird uns aber auch in den nächsten Jahren massiv fordern“, so Walter Pache.

Analog und digital vernetzen

Die wachsenden Anforderungen durch Regulierungs- und Aufsichtsbehörden sowie veränderte Kundenbedürfnisse durch die fortschreitende Digitalisierung stellen gerade regional ausgerichtete, einlagenstarke Kreditinstitute wie die Sparkassen vor besondere Herausforderungen.

Das grundlegende Selbstverständnis wird sich aber auch in der digitalen Welt nicht verändern: Wir sind für den Kunden dort da, wo er uns braucht – sei es online, telefonisch oder persönlich“, bekräftigt Pache. Ziel sei es, die analogen und digitalen Möglichkeiten in Zukunft noch mehr miteinander zu verzahnen, um

Banking für die Kunden so einfach wie möglich zu gestalten.

Die Sparkassen-Apps haben im letzten Jahr eine Reihe von nützlichen Funktionen erhalten, so zum Beispiel die Zahlungsfunktion „Kwitt“, mit der App-Nutzer schnell und bequem von Handy zu Handy Geld senden und anfordern können, oder die neue Möglichkeit zur „Fotoüberweisung“. Dabei können Rechnungen mit der Kamera des Smartphones abfotografiert werden, die App erkennt dann alle nötigen Informationen und füllt das Überweisungsformular automatisch aus.

Das im Jahr 2016 eingeführte Online-Bezahlverfahren Paydirekt nimmt immer mehr Fahrt auf. Paydirekt ist das von allen deutschen Banken und Sparkassen entwickelte und betriebene neue Online-Bezahlverfahren, sozusagen die deutsche Antwort auf „PayPal“. Inzwischen kann in knapp 870 Online-Shops mit Paydirekt bezahlt werden, darunter große Händlerketten wie Aldi, dm oder Saturn. Für Paydirekt können sich die Kunden online registrieren.

Geschäftszahlen

Die 11 Sparkassen im Regierungsbezirk Schwaben konnten ihre Bilanzsumme erneut steigern. Mit nunmehr 27 Mrd. Euro liegt die Bilanzsumme um 466 Mio. Euro (+1,8 %) über dem Vorjahreswert.

Trotz des historisch niedrigen Zinsniveaus sind die Kundeneinlagen nochmals kräftig auf 20,7 Mrd. Euro angestiegen, das ist eine Steigerung von 2,8 % gegenüber dem Vorjahr. Gerade in dieser Zahl kommt zum Ausdruck, dass in unsicheren Zeiten die Kunden den Qualitätsanbieter Sparkasse als „sicheren Hafen“ für die Anlage ihrer Ersparnisse wählen. Dabei geht der Trend – bedingt durch die Zinssituation – ganz klar hin zu kurzfristigen Einlagen, das sind mittlerweile 66 % der Gesamteinlagen.

Die klassische Spareinlage erreichte ein Volumen von rund 6,2 Mrd. Euro, das sind 2,9 % weniger als im Vorjahr. Einen erneuten sehr starken Zuwachs verzeichneten täglich fällige Anlagemöglichkeiten. Bei den jederzeit verfügbaren Einlagen konnte mit rund 13,8 % Mrd. Euro ein Plus von 8,4 % erreicht werden. Dagegen verlieren die Termineinlagen immer mehr an Bedeutung. Hier wurden nur noch 168 Mio. Euro (-45,2 %) angelegt.

Die Pro-Kopf-Quote stieg bei den Einlagen im vergangenen Jahr um 1,4 % auf durchschnittlich 11.000 Euro je Einwohner in Schwaben.

Kreditgeschäft

Das Kreditgeschäft erreichte im abgelaufenen Jahr mit 328 Mio. Euro ein Plus von 1,9 % und damit ein Kreditvolumen von 17,9 Mrd. Euro. Die insgesamt gute Konjunkturlage und das anhaltend niedrige Zinsniveau begünstigten und unterstützten auch 2016 die Investitionstätigkeit der Unternehmen in der Region. Die Sparkassen haben diese Vorhaben ihrer Kunden auch im Berichtsjahr partnerschaftlich begleitet und hierfür insgesamt Finanzierungsmittel in Form von neuen Investitionsdarlehen von 2 Mrd. Euro (Vorjahr 1,9 Mrd. Euro) zugesagt. Das entspricht einer Steigerung von 3,1 %.

Damit zeigten die schwäbischen Sparkassen in besonderer Weise Verantwortung für die Kreditversorgung der mittelständischen Wirtschaft und

der Menschen in der Region.

Das Neugeschäft im Privatkundenbereich war dagegen etwas rückläufig. Hier wurden knapp 1,5 Mrd. Euro neue Finanzierungsmittel ausgereicht. Die Einführung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie (WIKR) sorgte im letzten Jahr bundesweit immer wieder für Diskussionen. Seit dem Frühjahr 2016 müssen die Banken bei der Vergabe von Immobilienkrediten neue Vorschriften beachten.

Das Kreditvolumen pro Einwohner in Schwaben entspricht 2016 mit 9.527 Euro einem Plus von 0,5 % gegenüber dem des Vorjahres.

Verbund- und Dienstleistungsgeschäft

Im Verbund der Sparkassenfinanzgruppe Bayern deckt die Versicherungskammer Bayern den gesamten Bedarf der Kunden an Versicherungen ab.

Insgesamt wurde im Bereich Lebensversicherung eine Beitragssumme von 259 Mio. Euro vermittelt. Das entspricht einem sehr erfreulichen Anstieg im Neugeschäft um 35,2 %.

Mit der Bayerischen Landesbausparkasse LBS verfügen die Sparkassen in Schwaben über einen erfahrenen und kompetenten Partner bei der Immobilienfinanzierung. „Bausparen macht nach wie vor Sinn“, so Walter Pache. Bei den regelmäßigen Sparleistungen gilt es als feste Größe, bietet vergleichsweise gute Zinsen in der Ansparphase und ist bei der Inanspruchnahme des Bauspardarlehens eine Zinsgarantie über die gesamte Laufzeit.

Die Summe der neu vermittelten Bausparverträge beträgt in Schwaben 837 Mio. Euro (Vorjahr 1.062 Mio. Euro). Dahinter stehen 17.518 neue Verträge. □



V.l.: Rolf Sattelmeyer (Vorstandsvorsitzender Stadtparkasse Augsburg), Hubert Hafner (Landrat Günzburg), Walter Pache (Bezirksobmann, Vorstandsvorsitzender Sparkasse Günzburg-Krumbach), Leo Schrell (Vorsitzender des Sparkassen-Bezirksverbandes, Landrat Dillingen), Richard Fank (Vorstandsvorsitzender Kreissparkasse Augsburg), Thomas Munding (Vorstandsvorsitzender Sparkasse Memmingen-Lindau-Mindelheim). □

Hebammen-Haftpflicht bis 2021 gesichert

Für freiberufliche Hebammen ist der Haftpflichtversicherungsschutz bis zum 30. Juni 2021 gewährleistet. Ein Versicherungskonsortium hat dem Deutschen Hebammenverband ein entsprechendes Fortführungsangebot unterbreitet. An dem aus sechs Versicherern bestehenden Konsortium hält die Versicherungskammer Bayern 55 Prozent.

„Wir gewährleisten so langfristig die flächendeckende Versorgung einer Geburtshilfe sowie der Vor- und Nachsorge auch außerhalb der Ballungszentren beziehungsweise größeren Städten und werden unserer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht“, sagt Barbara Schick, verantwortliches Vorstandsmitglied der VKB. □

Die Gruppenhaftpflicht steht den 19.000 Mitgliedern des Deutschen Hebammenverbandes zur Verfügung und wird über den hevianna Versicherungsdienst angeboten. Da die Gesamtkosten bei schweren Geburtsschäden seit Jahren massiv steigen, wird die Deckungssumme für Personenschäden ab Juli 2017 von 6,0 auf 7,5 Mio. Euro sowie ab Mitte 2018 von 7,5 auf 10,0 Mio. Euro erhöht.

Das Versicherungskonsortium bietet den Hebammen je nach Tätigkeitsprofil eine passgenaue Haftpflichtversicherung an und stellt so einen differenzierten, an den Bedürfnissen der Hebammen ausgerichteten Schutz sicher. □

15. UnternehmerKonferenz in Nürnberg:

Megatrend Digitalisierung

Am 14. September 2017 findet in Nürnberg die 15. UnternehmerKonferenz statt. Das Forum für Unternehmer und Entscheider aus der Wirtschaft, den Kommunen sowie dem AgriBusiness bietet mit über 30 Keynotes, Fachvorträgen, individuellen Expertengesprächen und Info-Ständen ein breites Spektrum an Wissen, Information, Beratung und ein ausgezeichnetes Networking-Umfeld.

Der Megatrend Digitalisierung hat inzwischen alle Lebens- und Arbeitsbereiche erfasst. Was früher ein Gespräch unter vier Augen gebracht hat, wird heute oftmals per Smartphone erledigt. Für den Mittelstand, die kommunale Verwaltung und die Landwirtschaft bietet der Einzug digitaler Prozesse und Vernetzungen Herausforderungen, aber auch große Chancen zur Effizienzsteigerung und Zukunftsfähigkeit – ganz nach dem diesjährigen Motto: „Erkennen. Handeln. Zukunftsfähig“ bleiben.

Die bayerischen Sparkassen haben seit 2003 mit der UnternehmerKonferenz eine breit aufgestellte Plattform etabliert und reagieren damit auf aktuelle Themen und Entwicklungen, um Unternehmer und Entscheider bei ihrer strategischen Ausrichtung zu begleiten und zu unterstützen. Auch in diesem Jahr werden die Bereiche Regionalentwicklung und AgriBusiness mit eigenen Themenblöcken angesprochen.

Impuls- und Keynote-Vorträge

Den Rahmen der UnternehmerKonferenz bilden Impuls- und Keynote-Vorträge mit dem Chef-Volkswirt der BayernLB, Dr. Jürgen Michels, von Christoph Keese (Axel Springer) sowie dem Diplom Psychologen Dr. Hans-Georg Häusel. Ein Unternehmertalk zwischen einem digital-erfolgreichen Unternehmer und dem Vizepräsidenten des Sparkassenverbandes Bayern, Roland Schmautz, runden das Programm ab. Daneben können sich die Teilnehmer aus einem breiten Themen-Spektrum an Fachvorträgen einen lohnenden Tagesablauf zusammenstellen.

Fachvorträge

Die Fachvorträge decken die klassischen Bereiche rund um Finanzierung, Fördermittel und Leasing, Management und Versicherungen ab. Neben weiteren Themen zu internationalem Geschäft, Steuerlichen Aspekten, Schutz- und Arbeitsrecht gehen die Beiträge zur Digitalisierung fokussiert auf Vertrieb, Marketing, Führung und Daten-Handling ein.

Die UnternehmerKonferenz ist eine der wichtigsten Informations- und branchenübergreifenden Netzwerk-Plattformen für den Mittelstand und die Kommunen. Mehr 1.000 Teilnehmer wurden in den letzten Jahren gezählt. Am Abend wird auf einer feierlichen Gala-Veranstaltung traditionell der Bayerische Gründerpreis verliehen – eine Auszeichnung von Unternehmern und Firmenkonzerten als Würdigung für den Mut zur Selbstständigkeit und als Signal für das wirtschaftliche Engagement in Bayern.

Info und Anmeldung: www.unternehmerkonferenz.de □

15. UnternehmerKonferenz 2017

14. September 2017 | NürnbergConvention NCC Ost

DYNAMISCHE UND DIGITALE MÄRKTE

ERKENNEN. HANDELN. ZUKUNTSFÄHIG BLEIBEN.

Jetzt informieren: unternehmerkonferenz.bayern

Volkswirtschaftlicher Impuls

Investieren in die digitale Zukunft, trotz (politischer) Unsicherheit?
Dr. Jürgen Michels, BayernLB

Digitale Disruption

Warum jede Branche von der Digitalisierung erfasst wird.
Christoph Keese, Axel Springer SE

Blick ins Gehirn

Was Kunden heute und morgen wirklich wollen.
Dr. Hans-Georg Häusel, Dipl.-Psychologe

29 Fachvorträge für Unternehmer, Führungskräfte, Landwirte und Kommunen

Partner:



Bund der Steuerzahler:

Schuldenuhr zeigt Wirkung – Die Staatsschulden sinken!

Schuldentilgungsplan für Deutschland gefordert

Jetzt steht wieder eine „1“ am Anfang der Schuldenuhr Deutschlands: Seit dem Jahr 2009 liegen die Staatsschulden von Bund, Ländern und Kommunen damit erstmals wieder unter der Marke von 2 Billionen Euro. Deutschlands Schuldenberg wird also etwas kleiner: Ende März dieses Jahres summierten sich die öffentlichen Schulden auf insgesamt 1.986,4 Milliarden Euro, wie das Statistische Bundesamt mitteilte.

Für den Bund der Steuerzahler (BdSt), der die Schuldenuhr im Jahr 1995 als Markenzeichen etabliert hat, ist diese rückläufige Entwicklung eine gute Nachricht. „Die Schuldenuhr Deutschlands zeigt Wirkung – mit ihren roten Ziffern stellt sie eine Mahnung für die Politik dar, um die Schuldenspirale der vergangenen Jahrzehnte endlich hinter sich zu lassen. Es ist richtig und wichtig, dass die gute Lage der öffentlichen Haushalte auch für einen deutlichen Abbau von Altschulden genutzt wird!“, stellt BdSt-Präsident Reiner Holzengel klar.

Darum läuft die Schuldenuhr nicht rückwärts: Die Länder-Haushalte sind realitätsfern!

Allerdings kritisiert der Verband, dass nur die wenigsten Län-

der eine systematische Schuldentilgung praktizieren und einen entsprechenden Abbau von Altkrediten in ihren Haushaltsplänen vorsehen. Länder wie Nordrhein-Westfalen, Bremen, Hessen und Rheinland-Pfalz haben trotz der guten Haushaltslage in Summe immer noch milliarden schwere Kreditemachtigkeiten in ihren Haushalten fixiert – wohl wissend, dass diese Kredite im geplanten Umfang überhaupt nicht gebraucht werden.

Öffentliche Kassen nutzen

Insgesamt planen der Bund und zehn weitere Bundesländer mit der Schwarzen Null oder Nettokreditaufnahmen für dieses Jahr. Aufgrund der Rekordsteuerein-

nahmen und weiter fallenden Zinsausgaben zeichnen die Haushaltspläne mit Blick auf die Neuverschuldung aber ein völlig falsches Bild der Realität. Auf dieses elementare Problem konzentriert sich die Kritik des Verbands. „Deutschland braucht ei-

nen systematischen Schuldentilgungsplan – dazu muss die Politik auch die vollen öffentlichen Kassen nutzen. Der Stabilitätsrat von Bund und Ländern überwacht die Einhaltung der Schuldenbremse – zudem sollte er für einen koordinierten Schuldenabbau in Deutschland sorgen“, fordert BdSt-Präsident Holzengel. „Schuldentilgung ist eine Investition in die Zukunft, da künftige Haushalte von hohen Zinslasten befreit werden. Deshalb ist es zwingend notwendig, dass vor allem die Länder realistische Haushaltspläne aufstellen. Die Zeit für Neuverschuldungspläne ist vorbei!“

LfA-Repräsentanz Nürnberg zieht um

Neuer Standort seit 1. Juli am Tullnaupark

Die Repräsentanz der LfA Förderbank Bayern in Nürnberg ist umgezogen und hat seit 1. Juli ihren Sitz am Tullnaupark 8. Dort ist die Repräsentanz – wie bisher – mit der Bayern Innovativ GmbH und dem Projektträger Bayern unter einem Dach. Ebenfalls in das Gebäude wird unter anderem BayStartUP einziehen.

„Seit 16 Jahren ist die LfA in Nürnberg mit ihrer Repräsentanz fest verortet. Und das mit großem Erfolg: Unsere Finanzierungsexperten haben seit 2001 über 19.200 Gründer und Unternehmen kostenfrei zu bayerischen Finanzhilfen beraten. Die Experten standen zudem 3.310 Unternehmen in Krisensituationen zur Seite. Unseren Förderauftrag für die Metropolregion und den Wirtschaftsstandort Nürnberg erfüllen wir künftig vom Tullnaupark aus. Und das weiterhin als verlässlicher Finanzierungspartner“, so LfA-Vorstandsmitglied Hans Peter Götter.

Dr. Alfred Neumann, Leiter der Repräsentanz Nürnberg, ergänzt: „In engem Schulterschluss mit den regionalen Wirtschaftsförderern begleiten wir individuell, passgenau und kostenfrei den Mittelstand zu Finanzierungsmöglichkeiten in allen Unternehmenslagen. Mein Team und ich freuen uns auf die räumliche Nähe zu den verschiedenen Partnern am Tullnaupark. Das kommt den Gründern und den mittelständischen Betrieben in der ganzen Region zu Gute.“

Vorstoß zum Abbau von faulen Krediten in Europa:

Pläne der EU-Finanzminister sind unverhältnismäßig

Mit Unverständnis reagieren die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken sowie die bayerischen Sparkassen auf Pläne der EU-Finanzminister, die Kreditvergabe von Regionalbanken durch neue Meldepflichten zu belasten. So liegen Vorschläge auf dem Tisch, nach denen in Zukunft auch kleinere Kreditinstitute regelmäßig umfangreiche Berichte über ihre Kreditportfolios an die Aufsichtsbehörden schicken müssen.

Bislang sind dazu in Europa nur systemrelevante Großbanken verpflichtet. Für die kleineren Banken wäre das ein erheblicher Zusatzaufwand – zumal sie bereits jetzt mit unverhältnismäßig bürokratischen Belastungen konfrontiert sind, wie zahlreiche Vertreter aus Politik und Aufsicht festgestellt haben.

„Es ist zweifellos richtig, den Berg an faulen Krediten in Europa abzubauen“, kommentiert Jürgen Gros, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB). Dies sei erforderlich, um das Wachstum in den betroffenen Ländern Südeuropas wieder in Gang zu bekommen. Es sei jedoch keine Lösung, pauschal die Berichtspflichten für kleinere Banken in allen Ländern zu verschärfen. So liegt der Anteil leistungsgestörter Darlehen in Deutschland bei rund zwei Prozent, während es in einigen Ländern Südeuropas mehr als 40 Prozent sind. Gros: „Die nationale Aufsicht in Deutschland ist schon heute ausreichend mit Daten zum Kreditportfolio der Banken versorgt. Nicht zuletzt die geringen Ausfallquoten zeigen, dass es hier keinen Handlungsbedarf gibt, die Berichtspflichten auszuweiten.“

Purer Aktionismus

Der Vorstoß der EU-Finanzminister konterkariert nach Ansicht des GVB die aktuell laufenden Bemühungen auf europäischer Ebene, kleinere Banken von unnötiger Bürokratie zu befreien. „Seit Monaten wird intensiv dar-

über diskutiert, wie Offenlegungs- und Meldepflichten für kleinere Banken reduziert werden können“, so Gros. „Nun starten die EU-Finanzminister eine Diskussion darüber, den Instituten neue Meldepflichten für faule Kredite aufzuladen. Dieser aktivistische Vorstoß bringt noch mehr unverhältnismäßige Vorschriften. Das trifft die Falschen und wird das eigentliche Problem nicht lösen.“

Sinnloser Mehraufwand

„Das Ziel ist richtig, die Wirkung auf die bayerischen Sparkassen ist abzulehnen. Sie haben ihre Kredite im Griff. Seit Jahren ist der Abschreibungsbedarf aus dem Kreditgeschäft sehr gering“, so Dr. Ulrich Netzer, Präsident des Sparkassenverbandes Bayern. „Jetzt wieder vermehrt tausende Einzelkreditdaten an die Aufsicht zu schicken, wäre sinnloser Mehraufwand. In Zeiten, in denen wir Sparkassen schon jetzt von Überregulierung geplagt sind, lehne ich diesen Vorschlag entschieden ab. Denn ein Aktionsplan mit weiteren Meldepflichten würde ganz klar unser Ziel einer Verhältnismäßigkeit in der Bankenregulierung zur Entlastung wenig risikoaffiner Institute konterkarieren.“

Laut Netzer müssten den nationalen Aufsichten überdies schon ausreichend Daten zur Sicherung der Finanzmarktstabilität vorliegen. „Wir zweifeln wiederholt Aufwand und Nutzen solcher Datenmeldungen an.“



Bargeldgeschäfte sind unverändert attraktiv.

EU-Umfrage bestätigt:

Überwältigende Mehrheit für Bargeld

Mit dem Thema Bargeld bzw. Bargeldverbot gehen die EU-Mitgliedsländer recht unterschiedlich um. Deshalb hat die EU-Kommission im Zeitraum vom 28. Februar bis 31. Mai dieses Jahres eine öffentliche Konsultation durchgeführt, die sich an die EU-Bürger, die nationalen Behörden, Experten und maßgebliche Wirtschaftsakteure richtete. Die Kommission wollte mit Blick auf ein mögliches Bargeldverbot als eine Maßnahme zur Bekämpfung von Terrorismusfinanzierung, Wirtschaftskriminalität und Steuerflucht die Einstellung der Betroffenen dazu testen.

Der Umgang mit dem gesetzlichen Zahlungsmittel Bargeld ist in Deutschland klar geregelt. Auch andere Europäer sehen das Bargeld in keiner Weise als überholt an, denn die überwältigende Mehrheit der mehr als 30.000 Umfrageteilnehmer sprach sich gegen eine Beschränkung oder Limitierung von Bargeldgeschäften aus.

Die Umfrage zielte insbesondere ab auf die Argumente Pro und Kontra EU-weiter Beschränkungen zu Bargeldzahlungen, den Meinungen zu einem limitierenden Rahmen und möglichen Obergrenzen sowie den möglichen Auswirkungen einer Beschränkung auf den Geschäftserfolg, auch im Wettbewerb mit nichteuropäischen Ländern.

In ihren Statements gaben über 73 Prozent der Auskunftswilligen an, dass eine Beschränkung des Bargeldverkehrs als Mittel zur Bekämpfung krimineller Aktivitäten aus ihrer Sicht unwirksam sei.

Beschränkung der persönlichen Freiheit

Im Umfrageergebnis positionierten sich rund 95 Prozent der Umfrageteilnehmer eindeutig gegen eine Einführung von Beschränkungen von Bargeldzahlungen auf EU-Ebene. Barzahlung sei bequem und rund 53 Prozent der Teilnehmer befürchten, dass sich Beschränkungen sogar hinderlich

auf die Geschäftsaktivitäten auswirken könnten. Außerdem seien keine Alternativen zur Barzahlung verfügbar oder zu teuer, begründeten rund 32 Prozent ihr Votum. Die Umfrage über die gesamte Bandbreite der Wirtschaftsakteure stellte darüber hinaus klar, dass über 87 Prozent der Auskunftgeber Bargeldtransaktionen gar als wesentliches Merkmal ihrer persönlichen Freiheit betrachten.

Sollten dennoch EU-weite Beschränkungen im Bargeldverkehr eingeführt werden, sehen es 29 Prozent der Antwortgeber als wichtig an, dass die Beschränkungen gleichermaßen für alle EU-Mitglieder gelten müssten, während rund 36 Prozent dafür plädierten, dass in den Beschränkungen die Besonderheiten der einzelnen Mitgliedsländer berücksichtigt werden müssten. Sollten EU-weite Beschränkungen in den Obergrenzen für Bargeldtransaktionen zur Diskussion stehen, befürworten rund 50 Prozent der an der Konsultation Mitwirkenden einen in allen EU-Ländern auf mindestens 9.500 Euro umgerechneten Betrag.

Insgesamt bewerteten weniger als 1 Prozent der Teilnehmer eine Einführung von Restriktionen im Bargeldgeschäft für ihr Unternehmen oder Organisation als vorteilhaft und nur 0,1 % gaben an, ihre Aktivität dahingehend zu verstärken, alternative, bargeldlose Zahlungsmittel anzubieten.

Kapitalmarktunion muss dem Mittelstand nutzen

„Der Bericht zur Umsetzung der Kapitalmarktunion zeigt, dass noch einige Weichenstellungen vorzunehmen sind, bevor die Regeln der Wirtschaft wirklich nützen können.“ erklärte Dr. Ulrich Netzer, Präsident des Sparkassenverbands Bayern.

Den Unternehmen breitere Finanzierungsmöglichkeiten über den EU-Kapitalmarkt anzubieten und damit mehr Wirtschaftswachstum zu ermöglichen, sei ein guter Gedanke. „Doch jeder Vorschlag, das Finanzierungssystem in Europa zu ändern, muss an den tatsächlichen Bedürfnissen der Unternehmen gemessen werden. Aufgrund der mittelständischen Struktur unserer Wirtschaft zielen diese aber in der Regel auf einen Bankkredit, da eine Kapitalmarktfinanzierung zu teuer käme.“

Netzer betont: „Wir unterstützen die Pläne der EU-Kommission zur Schaffung einer Kapitalmarktunion, denn auch wir wollen, dass die Finanzierungsbedingungen der Wirtschaft gestärkt werden. Die Finanzierung von mittelständischen Unternehmen und Projekten kann aber nur mit einem System aus starken Banken und Sparkassen gelingen, das

ein leistungsfähiger Kapitalmarkt ergänzt.“ Maßnahmen im Rahmen der Kapitalmarktunion dürfen die Kreditfinanzierung durch Banken und Sparkassen daher keinesfalls beeinträchtigen. Vielmehr müsse die Bankfinanzierung für den Mittelstand kurzfristig gestärkt werden.

Laut Netzer bieten die Beratungen zur Kapitalmarktunion deshalb eine weitere gute Gelegenheit, um spezifische mittelständische Finanzmarktstrukturen zu stärken und regional ausgerichtete Kreditinstitute auch europaweit zu verankern. „Die Wettbewerbsfähigkeit von mittelständischen Regionalbanken sollte gestärkt werden, indem sie von überzogenen Reporting- und Aufsichtsmaßnahmen entlastet werden. Damit wird automatisch auch die Mittelstandsfinanzierung gestärkt und das Wirtschaftswachstum verstärkt.“

Beruf, Familie und Privatleben vereinbaren

Stadtsparkasse Augsburg erhält zum dritten Mal Zertifikat für familien- und lebensphasenbewusste Personalpolitik

Eine Personalpolitik zu schaffen, die Familien und die individuellen Lebensphasen der Beschäftigten in den Mittelpunkt stellt, dieser Aufgabe hatte sich in den vergangenen zwölf Monaten die Stadtsparkasse Augsburg zum dritten Mal mit dem erfolgreichen Abschluss des Auditierungsverfahrens der berufundfamilie Service GmbH gestellt. Dafür wurde die Sparkasse mit dem Zertifikat zum audit berufundfamilie ausgezeichnet.

Das audit unterstützt Arbeitgeber darin, maßgeschneiderte und gewinnbringende Lösungen zur Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Privatleben umzusetzen und die Vereinbarkeit in der Unternehmenskultur zu verankern.

Die Stadtsparkasse Augsburg setzt als attraktiver Arbeitgeber in der Region bewusst einen Schwerpunkt auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ihrer Mitarbeiter. Seit 2010 stellt sie sich erfolgreich einer Auditierung durch die Hertie Stiftung um dies auch unter Beweis zu stellen.

Vorstandsvorsitzender Rolf Settelmeier: „Wir gehen mit dem Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf im betrieblichen Alltag sehr verantwortlich um. Dies gehört zu unserem Selbstver-

ständnis als attraktiver und engagierter Arbeitgeber. Bei der Stadtsparkasse Augsburg profitieren über 1.100 Kolleginnen und Kollegen von den familienbewussten Maßnahmen. Das Angebot umfasst neben einem eigenen Betriebskindergarten in der Innenstadt auch die aktive Betreuung durch Personalreferenten während einer Familienphase oder Traineeprogramme zum Wiedereinstieg. Wir arbeiten weiter daran, dass unser Haus familienfreundlich bleibt, so z. B. durch die Flexibilisierung des Arbeitsortes, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erleichtern. Eine umfassende betriebliche Gesundheitsförderung und ein eigener Betriebssportverein runden das Angebot ab.“

4.300 Beratungsstellen:

Konzern VKB nutzt Chancen der betrieblichen Altersvorsorge

Der Konzern VKB begrüßt das neue Betriebsrentenstärkungsgesetz und wird mit neuen Produktlösungen und Vorsorgekonzepten pünktlich zum Inkrafttreten des Gesetzes Anfang Januar 2018 an den Start gehen. Aufgrund des dichten Beratungsnetzes und traditioneller Geschäftsbeziehungen zu Kleingewerbe, Handwerk und Mittelstand wird dort künftig ein Schwerpunkt der bAV-Beratung liegen.

„Das Betriebsrentenstärkungsgesetz macht die betriebliche Altersvorsorge künftig noch attraktiver und stärkt die Vorsorgebereitschaft in den Unternehmen“, so VKB-Leben-Vorstand Dr. Ralph Seitz. Demnach werden künftig besonders die Arbeitnehmer kleiner und mittlerer Unternehmen sowie Geringverdiener im Fokus stehen, die künftig auch verbesser-

te Förderungen erhalten. „Der Konzern VKB nimmt seine gesellschaftliche Verantwortung sehr ernst, die betriebliche Altersvorsorge gerade bei den erwähnten Zielgruppen stärker zu verbreiten“, kündigte Seitz an: Entsprechende Lösungen würden daher aktuell sowohl für den nicht-tarifgebundenen Bereich als auch für die Entwicklung eines Sozialpartnermodells, etwa innerhalb des Sparkassen-Verbands, vorangetrieben.

Mit rund 3.000 Sparkassen und Bankfilialen und fast 500 Agenturen verfügt die Versicherungskammer Bayern in ihrem Geschäftsgebiet Bayern-Pfalz über das dichteste Experten-Netz in Sachen bAV-Beratung. Für ihre bAV-Kompetenz erhielt die VKB erst 2016 wieder vom Institut für Vorsorge- und Finanzplanung die Auszeichnung exzellent.

Berlins Vorschläge für Verhältnismäßigkeit gehen in die richtige Richtung

Die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken begrüßen die Pläne der Bundesregierung zur Entlastung kleinerer Kreditinstitute von unverhältnismäßiger Bürokratie. Diese sehen unter anderem vor, Offenlegungs- und Meldepflichten in Zukunft von der Höhe der Bilanzsumme und der Komplexität des Geschäftsmodells der Banken abhängig zu machen, wie aus einem Arbeitspapier des Bundesfinanzministeriums hervorgeht. Damit würde sichergestellt, dass regional tätige Kreditgenossenschaften wie die Volksbanken und Raiffeisenbanken nicht weiterhin den gleichen Regulierungsanforderungen nachkommen müssen wie international tätige Großbanken.

„Die bürokratischen Anforderungen an Regionalbanken haben die Grenze der Angemessenheit lange überschritten“, sagt Jürgen



GVB-Präsident Jürgen Gros. □

Gros, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB). Dies gefährde die bewährte Struktur des deutschen Bankenmarkts, da die steigenden Bürokratiekosten viele kleinere Institute zunehmend vor eine Belastungsprobe stellten. Die Bundesregierung handle daher richtig,

wenn sie den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit in der europäischen Bankenregulierung stärker verankern möchte. Gros: „Die Vielzahl an kleinen Banken in Deutschland trägt schließlich wesentlich zur Stabilität des Bankenmarkts bei. Das hebt uns positiv von anderen europäischen Ländern ab.“

Das System muss atmen

Um diesen Standortvorteil zu sichern, spricht sich der GVB für praxisgerechte Kriterien und Schwellenwerte aus, bis zu denen die vorgesehenen Entlastungen für kleinere Banken gelten. Diese sollten sich nicht allein auf einen fixen Bilanzsummen-Wert beschränken, sondern der zukünftigen Expansion der Wirtschaft und dem damit verbundenen Kreditwachstum der Institute Rechnung tragen. Andernfalls bestehe die Gefahr, dass die Kreditvergabe kleinerer Banken gehemmt wird, weil diese ein Überschreiten der Grenzwerte vermeiden möchten. „Wir brauchen ein at-

GVB-Erhebung für das Geschäftsjahr 2016:

Genossenschaften in Bayern zahlen 460 Mio. Euro Steuern

Die langfristig orientierten Geschäftsmodelle der bayerischen Genossenschaften sichern dem Freistaat anhaltend hohe Steuereinnahmen. Darauf wies der Genossenschaftsverband Bayern (GVB) anlässlich des Internationalen Tags der Genossenschaften hin. So werden die 1.278 Mitglieds-genossenschaften des GVB allein für das Geschäftsjahr 2016 rund 460 Millionen Euro an Betriebs- und Ertragsteuern an den Fiskus abführen, wie der Verband erhoben hat. Für das vorangegangene Geschäftsjahr 2015 waren es rund 430 Millionen Euro.

„Vom nachhaltigen Wirtschaften der Genossenschaften profitieren alle Bürger im Freistaat“, kommentiert GVB-Präsident Jürgen Gros die Zahlen. Denn mit ihrer am Mitgliedernutzen ausgerichteten Geschäftspolitik erzielten die Unternehmen trotz widriger Umstände in einigen Branchen ordentliche Überschüsse, für die sie Steuerzahlungen an den Fiskus leisten. Ein erheblicher Teil davon kommt den Gemeinden in Form der Gewerbesteuer zugute. „Damit tragen Bayerns Genossenschaften maßgeblich dazu bei, den Gestaltungsspielraum der öffentlichen Hand in ihrer Region zu sichern“, so Gros.

260 Volksbanken und Raiffeisenbanken

Zum genossenschaftlichen Steueraufkommen tragen insbesondere die 260 Volksbanken und Raiffeisenbanken im Freistaat bei. Sie haben für die vergangenen fünf Geschäftsjahre jeweils mehr als 400 Millionen Euro an Betriebs- und Ertragsteuern abgeführt. In der Summe sind das mehr als zwei Milliarden Euro. Allein für 2016 wird sich das Steueraufkommen der Kreditgenossenschaften bayernweit auf 423 Millionen Euro belaufen. □

mendes System, das Wachstum nicht bremst“, fordert Gros.

Appell an Schäuble

Der GVB appelliert an Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, die Vorschläge aus seinem Haus mit Nachdruck auf europäischer Ebene einzubringen. Dazu gehöre es auch, beim EU-

Finanzministertreffen in Brüssel Forderungen entgegenzutreten, die auf neue Berichtspflichten für kleinere Banken abzielen. „Minister Wolfgang Schäuble muss sich dafür einsetzen, dass die EU den sinnvollen deutschen Vorstoß für mehr Verhältnismäßigkeit nicht durch zusätzliche Regulierungslasten konterkariert“, so der GVB-Präsident. □

GVB-Verbandsrat:

Wolfgang Altmüller als Vorsitzender bestätigt

Der Verbandsrat des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB) hat Wolfgang Altmüller bei seiner Sitzung in München einstimmig als Vorsitzenden wiedergewählt. Die turnusgemäße Wahl bildet den Abschluss der verbandsinternen Gremienwahlen für die Amtsperiode 2017 bis 2021.

Altmüller ist Vorstandsvorsitzender der VR meine Raiffeisenbank mit Sitz in Altötting. Der

50-Jährige gehört dem Verbandsrat des GVB seit 2009 an. Seit 1. Januar 2016 ist er Vorsitzender des Gremiums.

Als stellvertretende Vorsitzende des GVB-Verbandsrats wurden Rainer Schaidnagel und Gregor Scheller bestätigt. Schaidnagel ist Vorstandssprecher der Raiffeisenbank Kempten-Oberallgäu, Scheller Vorstandsvorsitzender der Volksbank Forchheim. □

GVB zur Kapitalmarktunion:

Für mittelstandsfreundliche Ausrichtung

Die EU-Kommission geht beim Aufbau der Kapitalmarktunion nicht ausreichend auf die Finanzierungsbedürfnisse des Mittelstands ein. So lautet das Fazit des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB) zum in Brüssel präsentierten Bericht („mid-term review“) über den Umsetzungsstand des Großprojekts. Der Verband hält Korrekturen für erforderlich, um die traditionell auf Bankkrediten basierende Fremdfinanzierung kleiner und mittlerer Unternehmen nicht zu beeinträchtigen.

„Die EU-Kommission muss bei der Kapitalmarktunion die Belange der mittelständischen Wirtschaft stärker berücksichtigen“, betont GVB-Präsident Jürgen Gros. Er begrüßt das grundsätzliche Ziel der Brüsseler Behörde, durch verbesserte Rahmenbedingungen für die Unternehmensfinanzierung mehr Wachstum und Beschäftigung zu schaffen. Doch der Kapitalmarkt sei speziell für kleinere Unternehmen auch in Zukunft keine Option.

Die Kapitalmarktunion müsse deshalb mittelstandsfreundlicher ausgestaltet werden. Gros: „Dazu zählt insbesondere, den Kredit als

Pfeiler der Mittelstandsfinanzierung zu stärken und ihn eben nicht politisch durch Kapitalmarktinstrumente ersetzen zu wollen.“

Nach Ansicht des GVB sollte sich die EU-Kommission intensiver dafür einsetzen, unnötige Hindernisse bei der Kreditvergabe zu beseitigen. Dazu zählt auch der Abbau von unverhältnismäßigen Regulierungsvorschriften, die Regionalbanken wie die Volksbanken und Raiffeisenbanken in der Summe erheblich belasten. Erste Vorschläge im Rahmen des EU-Bankenpakets gingen noch nicht weit genug. □

„Engagement zeigen“

Jeder Mensch hat etwas, das ihn antreibt.

Wir machen den Weg frei.

Verantwortungsvoll, gemeinnützig, engagiert vor Ort: Das gesellschaftliche Engagement für unsere Mitglieder, für unsere Kunden und für die Menschen in der Region unterscheidet uns von anderen Banken. bayern.vr.de

Volksbanken
Raiffeisenbanken



9. Bayerische Immissionschutztage in Augsburg:

Konzepte zur Reinhaltung der Luft

Wichtige Neuerungen in der Umweltgesetzgebung und im technischen Regelwerk bildeten den Schwerpunkt der 9. Bayerischen Immissionschutztage im Bayerischen Landesamt für Umwelt in Augsburg, veranstaltet vom KUMAS – Kompetenzzentrum Umwelt. Die Verbesserung der Umweltqualität und die Harmonisierung der europäischen Binnenmärkte sind dabei die wesentlichen Treiber.

Mit dem sog. Sevilla-Prozess sollen in allen Mitgliedsländern einheitliche Anforderungen an den Einsatz bestverfügbarer Technik im Anlagenbetrieb geschaffen werden. Auf welchem technischen Stand Deutschland ist und wie weit die Novelle der hierfür einschlägigen Technischen Anleitung (TA) Luft gediehen ist, darüber berichteten hochkarätige Referenten aus dem Umweltbundesamt, dem Bayerischen Landesamt für Umwelt sowie der Industrie.

Podiumsdiskussion zu Mobilitätskonzepten

Die Podiumsdiskussion „Konsequenzen aus der Rechtsprechung zur Luftreinhaltung – lösen intelligente Mobilitätskonzepte die Probleme?“ nahm Bezug auf die Klage der Deutschen Umwelthilfe gegen verschiedene deutsche Städte.

Mögliche Fahrverbote können letztlich keine Dauerlösung sein und für eine rigorose und kurzfristige Umstellung auf Elektromobilität steht weder die Infrastruktur zur Verfügung, noch ist der dazu notwendige Strukturwandel in der Zulieferindustrie in kurzen Zeiträumen sozialverträglich leistbar. Städte und Gemeinden können im Verbund mit den Ländern die Probleme sicher nicht alleine lösen, vielmehr müssen wohl konsequent bundesweit einheitliche Regelungen getroffen werden. Die Expertenrunde beschäftigte sich mit diesen und weiteren Fragen.

TA Luft

Rechtliche Aspekte der TA Luft wie der Umgang mit Grenzwerten, neue Anforderungen an Umweltmanagementsysteme sowie innovative Emissionsminderungstechniken zur Reduzierung von Stickstoffoxiden und Quecksilber standen ebenso auf dem Programm. Fachbeiträge zum Lärmschutz bei heranrückender Wohnbebauung und ein Überblicksvortrag zu aktuellen Änderungen im Lärmschutz rundeten das umfangreiche Programm ab.

Lärm stellt – wie zahlreiche Studien belegen – eine der am stärksten empfundenen Umweltbeeinträchtigungen überhaupt dar. Die Auswirkungen von Lärmbelastungen auf die Lebensqualität und das Wohlbefinden kann von jedermann subjektiv wahrgenommen werden. Daneben beeinträchtigt der Lärm aber auch die öffentliche Gesundheit in erheblichem Maße, wie Stefan Bauer vom Bayerischen Landesamt für Umwelt, Augsburg, erläuterte.

Höhere Lärmbelastung

Die dominante Lärmquelle stelle mit großem Abstand der Straßenverkehrslärm dar, gefolgt von Schienen-, Flug- und Industrielärm. Im Gegensatz zu vielen anderen Umweltbeeinträchtigungen habe die Lärmbelastung in den vergangenen Jahrzehnten ständig zugenommen. Der Bedarf sowie auch der Wunsch nach Mobilität und stetig steigender Güterverkehr führten zu einer Zunahme des Verkehrs und damit des Verkehrslärms – trotz zahlreicher Maßnahmen zu seiner Bekämpfung.

Die Umgebungslärmrichtlinie hat Bauer zufolge das Thema Lärm stärker ins öffentliche und politische Bewusstsein gerückt. Sie ist ein wichtiges Instrument, um europaweit eine gezielte Lärmbekämpfung zu ermöglichen. Indem sie für die Problematik sensibilisiert, trägt sie durch die Bereitstellung der Daten über die Lärmexposition auf EU-Ebene dazu bei, dass politische Entscheidungen in der EU zum Lärmschutz auf einer fundierten Grundlage getroffen werden können.

Umfrage bei Gemeinden

Die letzte LfU-Abfrage bei den betroffenen Gemeinden im Dezember 2016 zur Aktualisierung der Meldung für die 2. Stufe an die KOM ergab laut Bauer folgende Ergebnisse: In 134 Fällen hat die Prüfung durch die Kommunen bzw. Regierungen gezeigt, dass die Aufstellung eines Lärmaktionsplans zurückgestellt wird oder nicht erforderlich ist. 107 Kommunen mit einem Lärmbrennpunkt haben bis jetzt nicht auf eine Abfrage des LfU geantwortet. In 53 Fällen haben die Kommunen bzw. Regierungen mitgeteilt, dass die Prüfung noch läuft. In 24 Fällen stellen Kommune oder Regierung einen Lärmaktionsplan auf. In 15 Fällen ist die Lärmaktionsplanung durch die Kommune oder die Regierung abgeschlossen.

Die relativ geringe Bereitschaft zur Aufstellung eines Lärmaktionsplans liegt nach Bauers Worten in einer lärmfachlichen Bewertung der Erfordernisse, die zu einer negativen Ermessensentscheidung der Kommune führen können. Oftmals würden aber auch der enorme Verwaltungsaufwand einer Lärmaktionsplanung, fehlende finanzielle und personelle Mittel, begrenzte Einflussmöglichkeiten auf Maßnahmen, die in Verantwortung der Straßenbausträger liegen sowie derzeit anders gesetzte kommunalpolitische Prioritäten als Grund genannt.

Daueraufgaben

Die Lärmkartierung nach EU-Umgebungslärmrichtlinie sowie die anschließende Lärmaktionsplanung seien Daueraufgaben für alle Beteiligten. Da wichtige Eingangsdaten für die Berechnungen nicht flächendeckend digital vorliegen, die erforderliche Genauigkeit fehlt und die Daten einer stetigen Veränderung unterworfen sind, stellten Erhebung, Bereitstellung und Aufbereitung der Dateninfrastruktur für die Lärmberechnungen eine aufwändige, aber zentrale Aufgabe des LfU dar.

Auch das Thema Luftreinhaltung wird laut Dr. Joachim Lucas (MVV Enamic IGS Gersthofen GmbH) zunehmend durch europäische Regelungen und Anforderungen geprägt. Der im deutschen Umweltrecht verwendete Begriff „Stand der Technik“ werde hierbei weiterentwickelt zur europäischen BVT – beste verfügbare Technik (engl. BAT – best available technique).

Die Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft (aktueller Stand: 30. Juli 2002) setze als Verwaltungsvorschrift für ca. 50.000 genehmigungsbedürftige Anlagen in Deutschland die Vor-

gaben für die immissionschutzrechtlichen Zulassungen. Mit der anstehenden Novelle werde nach 2002 der nächste Schritt getan, den Stand der Technik im Bereich Luftreinhaltung fortzuschreiben, erklärte Lucas.

Regelmäßiges Monitoring

Fortschrittliche und verantwortungsbewusste Unternehmen bezeichnen sich nach seinen Ausführungen zu einer nachhaltigen

Wie werden Produkte umweltfreundlicher?

Umweltingenieure kennen die Antwort!

Die Anzahl an gebrauchten Smartphones und Computern steigt, Plastikmüll und andere Abfälle in den Weltmeeren ist ein großes Problem. Und wie sieht es mit der Entsorgung von Solarmodulen und Windrädern aus, die in nächster Zeit in größeren Mengen das Ende ihrer Lebensdauer erreichen?

Natürlich sollten die Dinge nach Möglichkeit so lange es geht genutzt werden, aber letztendlich wird jedes Produkt einmal zum Recycling anstehen.

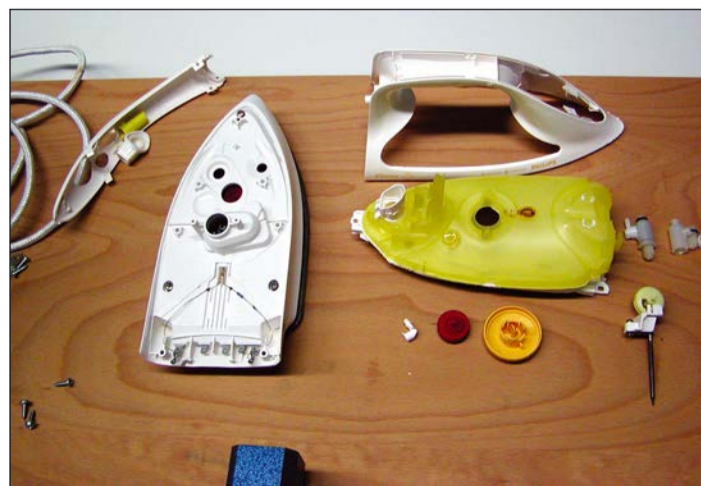
Recyclinggerechte Produktgestaltung

Schrott ist noch lange nicht unbrauchbares Zeug: Besonders komplexe technische Produkte wie elektrische und elektronische Geräte (Telefone, Computer, Haushaltsgeräte, Solarmodule, etc.) bestehen aus einer Vielzahl von wiederverwendbaren Komponenten und verwertbaren Materialien. Aber das Recycling wird oft durch die Anordnung und Verbindung dieser verwertbaren Bestandteile und die problematische Identifikation der Werkstoffe erschwert.

Grundsätze

Zur Lösung dieser Problematik gibt es eine Reihe von Grundsätzen, die bei der Entwicklung derartiger Produkte berücksichtigt werden können. Stichwort recyclinggerechte Produktgestaltung. So sollten die Produkte modular aufgebaut werden, um zum Beispiel Netzteile oder Chips aus elektronischen Geräten wieder verwenden zu können. Diese wertvollen Komponenten sollten dann auch leicht demontierbar angeordnet werden. Weniger Materialvielfalt, deren klare Kennzeichnung und möglichst wenige gefährliche Bestandteile sind dem Recycling ebenfalls zuträglich.

Ein weiterer wichtiger Ansatzpunkt sind die Verbindungen zwischen den Teilen des Produkts. Wenn sie leicht lösbar und gut erreichbar sind, kommt



Materialzusammensetzung eines handelsüblichen Bügeleisens. Bild: OTH Amberg-Weiden

und an den Stand der Technik angepassten Gesetzgebung (u. a. auch im Bereich der Luftreinhaltung). Hier sei auch die chemische Industrie, in der ein nicht zu unterschätzendes Risikopotenzial vorhanden ist, durchaus ein Vorreiter. Das regelmäßige Monitoring der Umweltspekte in der Branche verdeutliche den Erfolg dieses Ansatzes. Der Europa übergreifende Ansatz solle hierbei für eine Angleichung der Standards, aber auch für eine Verhinderung von Wettbewerbsverzerrungen sorgen.

Managementsysteme

Die Nutzung von Managementsystemen als Elemente einer modernen Unternehmens- und Betriebsorganisation ist aus Lucas' Sicht ohne Zweifel ein Fort-

schritt für die Unternehmen wie auch für die zuständigen Behörden. Aus den Anfängen der Qualitätssicherung mit der ISO 9001 und vielen dazugehörigen branchenspezifischen Spezial-Normen habe sich über die letzten Jahrzehnte ein ganzer Blumenstrauß an Managementsystemen entwickelt.

Wettbewerbsverzerrungen

Bei allem Nutzen von Managementsystemen für eine nachhaltige Betriebsorganisation bleibe festzustellen, dass die im aktuellen TA Luft-Entwurf formulierten Anforderungen zur Betriebsorganisation über die Umsetzungs-pflichten in deutsches Recht hinausgehen, betonte Lucas. Gerade für kleine und mittlere Unternehmen, die keine umfangreichen Dokumentations- und Managementsysteme pflegen, ergäben sich damit deutliche Wettbewerbsverzerrungen. Im Bundes-Immissionschutzgesetz seien bereits Anforderungen an die Betriebsorganisation festgelegt, zusätzliche Regelungen in der TA Luft seien somit entbehrlich.

Für viele Industrien bedeutet die Umsetzung der „best available technologies“ eine neue Herausforderung hinsichtlich der einzuhaltenden Grenzwerte. Hervorzuheben sind hier besonders Stickoxide und Staub, wie Mathias Hagen, LTB GmbH/Teil der DÜRR Gruppe, Goldkronach, erläuterte.

Für sich alleine betrachtet sind die beiden Schadstoffe und die entsprechenden Abscheideverfahren bekannt und es können auch niedrigere Grenzwerte erreicht werden. Wenn jedoch beide Schadstoffe in einem Abgasstrom gemeinsam enthalten sind, gelte es, die Auswirkungen auf das jeweils

andere Abscheideverfahren zu beachten.

Staubminderung

Staubminderung ist Hage zufolge ein bekanntes Thema und so gebe es hier eine Vielzahl von Lösungen. Bei großen Abluftvolumina werden häufig Elektrofilter oder Schlauchfilter eingesetzt. Erstere erreichten die bisherigen Grenzwerte von 20 mg/m³, müssten aber zur Einhaltung zukünftig niedrigerer Grenzwerte entsprechend optimiert werden, was aufgrund der hohen Zusatzinvestitionen häufig unwirtschaftlich ist. Klassische Schlauchfilter erzielten bei korrekter Auslegung problemlos Werte von unter 10 mg/m³, könnten aber aufgrund der textilen Filtermedien nur bis zu Temperaturen von 250 °C eingesetzt werden.

LTB und DÜRR seien seit vielen Jahren im Bereich der Abgasreinigung aktiv. So wurden zur Behandlung von NO und Staub bisher immer zwei aufeinanderfolgende Behandlungsstufen eingesetzt. Um den SCR Katalysator entsprechend zu schützen, schalte man Filter vor.

Bewährte Technik

Die kombinierte Abscheidung von Stäuben und Stickoxiden mit dem katalytischen Filter Ecopure® CCF hat sich Hagen zufolge mittlerweile in vielen Anwendungen bewährt und stellt die beste verfügbare Technik dar. Neben der Unterschreitung der momentan geltenden Grenzwerte empfehle sich die Technik insbesondere aufgrund der hervorragenden Abscheidung feiner Stäube. Entsprechende Untersuchungen sind noch im Gange. **DK**

Luftreinhaltung in Bayerns Innenstädten:

Staatsregierung setzt auf breites Maßnahmenpaket

Um die Luftreinheit in Bayerns Großstädten zu verbessern, setzt die Staatsregierung auf ein umfassendes Maßnahmenpaket und erteilt pauschale Fahrverbote für Diesel-Fahrzeuge eine Absage.

Umweltministerin Ulrike Scharf betonte: „Zentrales Anliegen ist es, dass die Stickstoffdioxid-Belastung schnell, wirksam und nachhaltig landesweit gesenkt wird. Ziel ist es, den Belastungen des Gesundheitsschutzes Rechnung zu tragen und auch die Mobilitätsinteressen der Bevölkerung und der Wirtschaft im Blick zu behalten. Dazu sind erhebliche Anstrengungen aller Ebenen und aller Beteiligten notwendig. Wir brauchen ein breites gesellschaftliches Bündnis für bessere Luft. Nur so können pauschale Fahrverbote vermieden werden.“

Stärkung des ÖPNV und Förderung der Elektromobilität

Das geplante Maßnahmenpaket soll nach den Worten der Ministerin auf mehreren Säulen ruhen: Verbesserung der Flottenwerte bei Diesel-PKW, Stärkung des Öffentlichen Personennahverkehrs, Maßnahmen zur intelligenten Verkehrssteuerung, Förderung der Elektromobilität in Innenstädten sowie Ausbau des Radverkehrs.

Scharf stellte fest: „Wir müssen alle Anstrengungen unternehmen, um in den belasteten Innenstädten unserer Großstädte den Schutz der Gesundheit zu gewährleisten. Um Luftreinheit einerseits und Verkehr und Mobilität andererseits nachhaltig zu verbessern, setzen wir aber nicht auf schwer durchsetzbare Zwangsmaßnahmen, sondern handeln zielorientiert und gemeinsam mit Automobilwirtschaft, Wirtschaft und Kommunen. Alle Beteiligten sind

jetzt gefordert, ihren Beitrag zu leisten.“

Wichtiger Kernpunkt für ein wirksames Maßnahmenpaket ist die Nachrüstung von Diesel-PKW durch die Automobilwirtschaft. Hierfür strebt Bayern eine freiwillige Vereinbarung zwischen den bayerischen Autoherstellern und dem Freistaat zur Nachrüstung von Diesel-PKW an – auch als Vorbild für eine bundesweite oder europaweite Selbstverpflichtung.

Gespräch mit Vertretern der Automobilindustrie

Ministerpräsident Horst Seehofer und Ministerin Scharf haben hierzu bereits ein Gespräch mit Spitzenvertretern der bayerischen Automobilindustrie geführt, um eine solche gemeinsame Vereinbarung auf den Weg zu bringen. Um Stickstoffdioxid-Emissionen so schnell wie möglich bereits an der Quelle zu reduzieren, sollen beispielsweise Diesel-Fahrzeuge wie Busse und Taxis, die sich ständig in der Stadt bewegen, technisch nachgerüstet oder ersetzt werden.

In weiteren Gesprächen mit Vertretern von Kommunen und Wirtschaft wird die Staatsregierung bis Mitte Juli klären, welche weiteren Maßnahmen von den Kommunen jeweils für sinnvoll und notwendig erachtet werden und ob bzw. welche rechtlichen Änderungen hierfür gegebenenfalls erforderlich sind. Die Ergebnisse dieser Gespräche werden in das Maßnahmenpaket einfließen, über das der Ministerrat noch im Juli 2017 abschließend beraten und entscheiden wird. **□**

Positionspapier der bayerischen Baubranche:

Entsorgungskrise bei Bauschutt und Bodenaushub

Die Verbände der bayerischen Bau-, Baustoff- sowie Garten- und Landschaftsbauwirtschaft haben auf einer Pressekonferenz in München die gestörte Balance zwischen Bauen und Umweltschutz, die Bedeutung einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft für die Baubranche und die aktuell massiven Kostensteigerungen bei der Entsorgung von Bauabfällen und Bodenaushub thematisiert und ein gemeinsames Positionspapier „Kreislaufwirtschaft am Bau stärken - teure Entsorgung vermeiden!“ vorgestellt. Darin fordert die Branche ein politisches Bekenntnis zur Verwertung von Bauabfällen unter Marktbedingungen, die einen wirtschaftlichen Betrieb von Recyclinganlagen, Bodenreinigungsanlagen und Verfüllungen sowie den Wiedereinbau in technische Bauwerke erlauben und schlägt hierfür im Positionspapier konkrete Lösungen vor.

„Der vom Gesetzgeber erzwungene Umgang mit Bauabfällen und Bodenaushub ist zu einem Baukostentreiber ersten Ranges geworden und ökologisch unsinnig. Die Verwertung und der Wiedereinbau werden immer schwieriger und teurer. Außerdem hat der bürokratische Aufwand ein Ausmaß erreicht, das für die Bauwirtschaft nicht mehr akzeptabel ist. Es besteht dringender Handlungsbedarf.“ so Wolfgang Schubert-Raab, Präsident der Bayerischen Baugewerbeverbände.

Die Verbände forderten ein Umsteuern in der Umweltpolitik. Diese muss die Praxis der Baubranche stärker in den Blick nehmen. Die Aufbereitung und Wiederverwertung von Bauabfällen in Recyclinganlagen und Bodenaushub vor Ort muss erleichtert und gefördert werden, es muss bei allen gesetzgeberischen Maßnahmen eine Orientierung am Umweltschutz und am Markt erfolgen, die Baukosten müssen im Blick behalten werden, Entsorgungssicherheit für Bauabfälle muss viel stärker als

bisher in den Fokus rücken, ebenso wie die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Immer stärkere bürokratische Regulierung ist der falsche Weg.

Spürbare Deponieengpässe

Thomas Schmid, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes, wies auf die ernste Deponiesituation hin: „In Bayern gibt es regional bereits spürbare Deponieengpässe. In Oberbayern beispielsweise gibt es mit Ausnahme einer Deponie in Traunstein keine aktiven Bauschuttdeponien mehr. Dadurch sind in manchen Gegenden die Unternehmen schon gezwungen, Bauabfälle und Bodenaushub zum Teil über Hunderte von Kilometern zu noch aufnahmefähigen Deponien in Sachsen oder Thüringen zu transportieren. Die Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik muss die Notwendigkeit neuer Deponien für mineralische Abfälle anerkennen, politisch unterstützen und hierfür die rechtlichen

Rahmenbedingungen verbessern. In Bayern muss flächendeckend neuer Deponieraum geschaffen werden. Wenn nichts geschieht, werden der Mülltourismus weiter zunehmen und die Entsorgungskosten dramatisch steigen.“

Rohstoffsicherheit gewährleisten

„In Bayern fallen jedes Jahr 32 Mio. t Bodenaushub und ca. 10 Mio. t Bauschutt bei Baumaßnahmen an. 60 % davon, ca. 28 Mio. t, werden zur Rekultivierung von über 1.200 Gruben und Brüchen verfüllt. Die Verfüllungsmöglichkeiten für Böden und Bauschutt in Gruben und Brüchen müssen aufrechterhalten, wenn möglich sogar erweitert werden. Nur so ist die Rohstoffsicherheit für die Baubranche gewährleistet und eine ortsnahe und damit sinnvolle und umweltgerechte Verwertung von ausgehobenen Böden und nicht anderweitig verwertbarem Bauschutt möglich. Deponieraum kann dadurch geschont und lange Transporte vermieden werden.“ Dies stellte Markus Wahl, Mitglied des Vorstandes des Bayerischen Industrieverbands Baustoffe, Steine und Erden, klar.

Laut Wolfgang Endlich, Präsidiumsmitglied des Verbands Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Bayern, machen bei kleineren Baumaßnahmen im Garten- und Landschaftsbau die Kosten für Aushub, Beprobung, Zwischenla-

gerung und Entsorgung von Böden inzwischen bis zu 20 Prozent der Baukosten aus. „Es ist dringend erforderlich, praxispflichtige Kleinmengenregelungen überall einzuführen und die Untersuchungs- bzw. Beprobungspflichten zu vereinfachen.“

Mantelverordnung

Mit Blick auf den vom Bundeskabinett im Mai verabschiedeten Entwurf einer sog. Mantelverordnung, welche die Herstellung und den Einbau mineralischer Ersatzbaustoffe sowie die Verwertung von Materialien in Verfüllungen bundeseinheitlich und nachhaltig regeln und die Bedingungen für die Kreislaufwirtschaft am Bau grundlegend verändern soll, betonten die Verbände, dass die Wirtschaft bundesweit rechtssichere und bundeseinheitliche Regeln zum Umgang mit mineralischen Ersatzbaustoffen, Böden und Abfällen brauchen. Der aktuelle Regierungsentwurf sei jedoch für die Baupraxis nicht geeignet.

Notwendige Korrekturen

Ohne erhebliche Korrekturen der Mantelverordnung werde es zu ähnlich dramatischen Folgen für die Kreislaufwirtschaft Bau kommen, wie sie im Herbst 2016 bei HBCD-haltigen Polystyrolabfällen zu verzeichnen waren. Insbesondere dürften die Regelungen der Mantelverordnung nicht zu einer Stoffstromverschiebung von mineralischen Ersatzbaustoffen als mineralischer Abfall und Böden in Richtung Deponie führen. Die Mantelverordnung müsse grundlegend nachgebessert werden, um Boden- und Grundwasserschutz sowie Abfallvermeidung und Ressourcenschonung gleichermaßen gerecht zu werden. □

Grüner Punkt:

Überzeugende Umweltbilanz für 2016

Bereits bis 2050 will Deutschland weitgehend treibhausgasneutral wirtschaften – ein überaus ambitioniertes Ziel. Die Kreislaufwirtschaft kann dazu einen wichtigen Beitrag leisten: Wie aus der Umweltbilanz 2016 hervorgeht, hat allein der Grüne Punkt im vergangenen Jahr 1,1 Millionen Tonnen Kohlendioxidäquivalente durch Recycling und Verwertung von gebrauchten Verkaufsverpackungen vermieden. Die eingesparte Menge an Treibhausgasen entspricht dem, was durch 110.000 Hektar Wald jährlich aus der Atmosphäre gefiltert würde – diese Fläche entspricht der 1,2-fachen Fläche des Landes Berlin.

Die Unternehmen des Grünen Punkts haben im Jahr 2016 insgesamt 1,7 Millionen Tonnen Abfälle eingesammelt, verwertet und recycelt und die daraus hergestellten Sekundärrohstoffe in den Wirtschaftskreislauf zurückgeführt. Durch die Verwertung von 1,7 Millionen Tonnen gebrauchter Verkaufsverpackungen hat der Grüne Punkt im vergangenen Jahr knapp 41 Milliarden Megajoule an Primärenergie eingespart und den Ausstoß von 1,1 Millionen Tonnen Kohlendioxid-Äquivalenten vermieden.

Übertroffene Vorgaben

Die Anforderungen der Verpackungsverordnung für die Verwertung gebrauchter Verkaufsverpackungen reichen von 60 bis zu 75 Prozent. Der Grüne Punkt übertrifft diese Vorgaben regelmäßig. Liegt die erreichte Quote über 100 Prozent, so hat der Grüne Punkt mehr Verpackungen aus dieser Materialgruppe verwertet, als bei ihr beteiligt waren.

Das Recycling sparte 350 Mio. Kilogramm Rohöl-Äquivalente ein. Damit könnten 218.750 Kompaktwagen mit einem Durch-

schnittsverbrauch von 6,4 Litern und einer durchschnittlichen jährlichen Leistung von 15.000 km ein Jahr lang fahren.

Die Verwertungsaktivitäten des Grünen Punkts trugen 2016 außerdem dazu bei, dass Gewässer um 559.000 Kilogramm Phosphat-Äquivalente weniger belastet wurden. Durch die Verwertungsleistung des Grünen Punkts wurden 2016 41 Mrd. Megajoule Primärenergie eingespart. Das entspricht der jährlich erzeugten Energie von 1.017 Windkraftträdern.

Durch die Verwertungsleistung des Grünen Punkts gelangten 2016 3.900.000 Kilogramm Schwefeldioxid-Äquivalente weniger in die Atmosphäre. Dies trug dazu bei, die Versauerung von Luft, Gewässern und Böden entsprechend zu verringern.

Mithilfe der Umweltbilanz 2016 überprüft der Grüne Punkt seit 2001 jährlich die Auswirkungen von Mülltrennung und Verpackungsrecycling auf die Umwelt. Seit 2007 erhalten Kunden ein Zertifikat über ihren individuellen Beitrag zum Umweltschutz über den Grünen Punkt. **DK**



„Ich bin das Werk von rund 500 Mitarbeitern“

ERLUS 

Qualität aus Deutschland

Unsere Ergoldsbacher Dachziegel sprechen für sich

Die ERLUS AG hat eine traditionsreiche Geschichte. Rund 175 Jahre ist es her, als im niederbayerischen Ergoldsbach die ersten Dachziegel vom Band liefen. Von dort kommen heute unsere innovativen Schornsteinsysteme und das neue Lüftungsnetzwerk ERLUS Via Vento S. Hochwertige Dachkeramik produzieren wir in Neufahrn in Niederbayern und Teistungen in Thüringen.

Ergoldsbacher Dachziegel sind aus den natürlichen Rohstoffen Lehm und Ton – wie vor gut 2.500 Jahren. Dank Hightech-Fertigungsmethoden und dem Wissen unserer Mitarbeiter entsteht das qualitätsvolle Bauprodukt, das jede Immobilie aufwertet.

www.erlus.com

bvse-Symposium zur Gewerbeabfallverordnung:

Enges Gerüst an Vorschriften

Die novellierte Gewerbeabfallverordnung bestimmt als gesetzlicher Rahmen essenziell den Recyclingerfolg kleiner und mittelständischer Unternehmen und damit auch den Fortschritt für die dringend benötigte Rohstoffwende in Deutschland. Trotz einer insgesamt guten Grundlage zeigte sich der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Sekundärrohstoffe und Entsorgung, Eric Rehbock, auf einer hochkarätig besetzten bvse-Tagung in Bonn enttäuscht darüber, dass sich der Gesetzgeber nicht dazu habe durchringen können, einige wichtige Punkte wie den der Entbürokratisierung in das neue Regelwerk aufzunehmen.

Laut Rehbock rauben „zusätzliche Nachweispflichten, immer höher geschraubte technische Spezifikationen und starre Mindestanforderungen an die Vorbehandlungstechnik“ kleinen und mittelständischen Unternehmen immer mehr Zeit und Flexibilität und minimieren gleichzeitig deren reelle Chance, sich im Wettbewerb erfolgreich zu behaupten. Ein enges Gerüst vorgeschriebener Technik behindere zudem Innovationen in eine neue Behandlungstechnik und schränke die abfallwirtschaftlich tätigen Unternehmen unangemessen ein. Erleichtert zeigte sich der Hauptgeschäftsführer darüber, dass nicht wie ursprünglich im Referentenentwurf vorgesehen, die komplette Behandlung innerhalb eines Betriebes erfolgen müsse.

Energetische Verwertung

Mehr Mut vom Gesetzgeber hätte sich Rehbock im Hinblick darauf gewünscht, den vom bvse schon lange propagierten Vorschlag aufzugreifen, innerhalb der energetischen Verwertung zu unterscheiden. Aus seiner Sicht macht es einen großen Unterschied, wie die Materialien aus den Gewerbeabfällen verbrannt werden und in welcher Form die darin gebundene Energie genutzt wird.

Wie bvse-Experte Dipl.-Ing. Andreas Habel erläuterte, „geht es darum, die Kreislaufwirtschaft weiter zu entwickeln. Dazu gehört nach unserer Ansicht

auch, dass die Hochwertigkeit der thermischen Verwertungsverfahren eine größere Rolle spielen muss“.

Stoffliche Verwertung steigern

Habel betonte, dass die Zielhierarchie der Abfallrahmenrichtlinie und des Kreislaufwirtschaftsgesetzes in der Praxis abgebildet werden müsse. Deshalb habe die Steigerung der stofflichen Verwertung oberste Priorität. Klar sei aber auch, dass die Abfallwirtschaft ohne die Möglichkeit der energetischen Verwertung nicht auskomme. Bereits seit 2015 sei die Auslastung der energetischen Verwertungsanlagen sehr hoch. Mit dem Auslaufen der landwirtschaftlichen Klärschlammnutzung sowie dem Import von Abfällen aus anderen EU-Staaten drängten weitere Materialmengen in Müllverbrennungsanlagen oder EBS-Kraftwerke nach Deutschland.

Bei der energetischen Verwertung der nicht zu recycelnden Materialien sollte nach Auffassung des bvse unbedingt innerhalb der Verfahren in Bezug auf die Energieeffizienz unterschieden werden. Denn es macht Habel zufolge einen Unterschied, wie die Materialien verbrannt werden und in welcher Form die darin gebundene Energie genutzt wird. Eine Antwort auf die tatsächliche Energieeffizienz einer Anlage gebe die in die Abfallrahmenrichtli-

nie eingebettete „Energieeffizienz-R1“ jedenfalls nicht, sei sie doch in ihrem Aufbau kein Wirkungsgrad, wie er in technischen Merkblättern definiert ist. Aussagekräftiger sei vielmehr der Nettowirkungsgrad eines Prozesses, der sich auf die Leistung beziehe, die tatsächlich für externe Prozesse zur Verfügung steht.

Vor diesem Hintergrund hat sich der bvse zu einem Konzeptvergleich entschlossen und das CUTEC Institut mit der Erarbeitung der Studie zur „Differenzierung der energetischen Verwertung am Kriterium der Energieeffizienz“ beauftragt. Dabei handelt es sich um einen Vergleich, der die Mitverbrennung vorbehandelter Abfälle besonders in Zementwerken, die Monoverbrennung in Ersatzbrennstoff (EBS)-Kraftwerken und die Verbrennung überwiegend nicht vorbehandelter Abfälle in Müllverbrennungsanlagen mit unterschiedlichen energetischen Wirkungsgraden gegenüberstellt. Ausgewertet wurde, wie sich die unterschiedlichen Systeme hinsichtlich Netto-Wirkungsgrad, Primärenergie- und Primärrohstoff- sowie CO₂-Einsparung verhalten.

Alleinstellungsmerkmal

Bilanzierend lässt sich feststellen, dass Zementwerke die thermische Verwertung hochwertiger aufbereiteter Ersatzbrennstoffe mit hohem Wirkungsgrad sicherstellen. Durch den unmittelbaren Einsatz im Zementklinkerbrennprozess liegen die Nettowirkungsgrade bei über 70 % und sind damit genauso hoch wie beim Einsatz substituiertes Primärbrennstoffe wie Braun- oder Steinkohle. Ein Alleinstellungsmerkmal stellt die stoffliche Nutzung des Ascheanteils dar, der als anfal-

lender Sekundärrohstoff in den Zementklinker, also in das Produkt, eingebunden wird. Natürliche Primärrohstoffe in der Größenordnung von 200.000 bis 250.000 t/a werden dadurch in Deutschland ersetzt. Diese Art der stofflichen Nutzung können MVA oder EBS-Kraftwerke nicht erbringen.

Auch kam die Studie zu dem Ergebnis, dass EBS-Kraftwerke zur energieeffizienten Versor-

gung von Industriestandorten dienen. Ihr Standort ist in der Regel an einen Industrieprozess gebunden. Ihnen genügen einfach aufbereitete Ersatzbrennstoffe. Die Nettowirkungsgrade von EBS-Kraftwerken hängen stark davon ab, welche Nutzenergien produziert werden. So liegt der Nettowirkungsgrad bei Anlagen mit Vollverstromung bei lediglich ca. 20 %, bei reiner Prozessdampfabgabe aber

schon bei ca. 80 % und bei Kraft-Wärme-Kopplung zwischen 30 und über 70 %.

MVA-Konzepte

Laut Untersuchung entwickelte sich die klassische MVA in den vergangenen Jahren an vielen Standorten zum Energielieferanten. Auch hier hängt der Brennstoffausnutzungsgrad davon ab, welche Nutzenergie produziert wird. Durch ihren primären Zweck der Abfallentsorgung bzw. -beseitigung seien Müllverbrennungsanlagen allerdings räumlich oft von ihren Energieabnehmern getrennt. Erst die Möglichkeit zur Abgabe von Prozessdampf oder Fernwärme über kurze Wege ermöglichte aufgrund von Kraft-Wärme-Kopplung echte Wirkungsgradsteigerungen, und dies über das Niveau der reinen Stromproduktion hinaus.

Dies sei umso besser möglich, je näher die MVA zum Abnehmer liegt. So fällt das Ergebnis für die verschiedenen MVA-Konzepte auch sehr unterschiedlich aus. Als reiner Entsorger mit Vollverstromung werden Nettowirkungsgrade von 12 % (Altanlagen) bis über 20 % (neuere Anlagen) erreicht. Bei reiner Dampfabgabe, z. B. direkt an ein Kraftwerk, liegt der Wirkungsgrad bei knapp 80 %, bei KWK-Nutzung je nach Wärmeabgabe zwischen ca. 20 und 70 %.

Kaskadennutzung sinnvoll

Zusammenfassend zeigt die Studie laut bvse, dass auch bei der energetischen Verwertung die Anwendung einer Kaskadennutzung innerhalb der möglichen Verfahren sinnvoll erscheint. Ressourcenpolitisch betrachtet sollten von den nicht recycelbaren Abfällen vorrangig die heizwertreichen Fraktionen abgeschieden und als Primärenergiesubstitut einer hochwertigen energetischen Verwertung zugeführt werden. Dabei stellte sich im Ergebnis der Studie die Mitverbrennung im Zementherstellungsprozess mit gleichzeitiger rohstofflicher Nutzung des Ascheanteils als besonders vorteilhaft dar.

Die dafür nicht geeigneten mittel- und niederkalorischen Abfälle sollten ihren Einsatz zur energetischen Verwertung in Kraftwerken mit möglichst hohen Nettowirkungsgraden finden. Somit werden in den einzelnen Anlagen möglichst hohe Einsatzraten mit einer maximalen CO₂-Einsparung realisiert. **DK**

Landkreis Rosenheim:

Rekordverwertungsquote im Abfallwirtschaftsbericht

Knapp 400 Tonnen mehr als im Jahr davor, nämlich gut 47.400 Tonnen Restmüll, fielen im vergangenen Jahr im Landkreis Rosenheim an. Der Anstieg erklärt sich durch die erneut gestiegene Bevölkerungszahl. Ein Blick auf die angefallene Restmüllmenge pro Einwohner zeigt, dass das Abfallaufkommen erneut sank. Der Abfallwirtschaftsbericht belegt außerdem, dass die Gesamtmenge der erfassten Wertstoffe um gut 8.600 Tonnen gesteigert werden konnte. Diese erfreuliche Entwicklung sorgt für eine Rekordverwertungsquote von 75,1 Prozent, eine Steigerung um drei Prozentpunkte.

2016 wurden im Landkreis knapp 23.000 Tonnen Altpapier eingesammelt. Davon brachten die Bürger 13.300 Tonnen zu den Altpapiercontainern in den 43 Wertstoffhöfen und knapp 1.300 Wertstoffinseln. Gut 9.500 Tonnen kamen über die „Blauen Tonnen“ zusammen sowie fast 70 Tonnen über gemeinnützige Altpapiersammlungen.

In die Altglascontainer an 301 Standorten wurden gut 6.300 Tonnen eingeworfen, fast 100 Tonnen mehr als 2015. Nahezu unverändert blieb dagegen die Menge der erfassten Leichtverpackungen, die sich auf knapp 2.300 Tonnen summierten.

Stichwort Grünabfälle: In den drei Kompostieranlagen in Norderwiech in der Gemeinde Bruckmühl, in Perfall bei Eising und in Weiher in Aschau wurden im vergangenen Jahr mehr als 113.000 Kubikmeter Häckselgut, Laub und Gras angeliefert. Aus dieser neuen Rekordmenge wurden knapp 22.700 Kubikmeter Kompost erzeugt, der im Landschafts- und Gartenbau, im Sportanlagenbau und in Privatgärten eingesetzt wird.

Die im Kreislaufwirtschaftsgesetz geforderte getrennte Erfassung von Bioabfall wurde im Landkreis Rosenheim ab Mai 2016 auf zehn Wertstoffhöfen getestet. Aufgrund der positiven Erfahrungen beschloss der Umwelt-

ausschuss, die Sammlung auf den gesamten Landkreis auszuweiten. In der Testphase 2016 wurden insgesamt 35 Tonnen Bioabfall erfasst. Aktuell liegt die monatlich erfasste Menge bei bis zu 19 Tonnen. Die eingesammelten Bioabfälle werden zur Vergärung und anschließenden Kompostierung zum Kommunalunternehmen „vivo“ des Landkreises Miesbach gebracht.

Zudem wurden mehr als 8.300 Tonnen Altholz, knapp 2.900 Tonnen Altmittel und 87 Tonnen Autobatterien gesammelt und verwertet. Weiter lieferten die Bürgerinnen und Bürger fast 500 Tonnen Altreifen, knapp 13.000 Kubikmeter Elektroschrott und 3 Tonnen CDs ab.

Den Haus-, Geschäfts- und Sperrmüll zusammengerechnet fielen 2016 pro Einwohner 185 Kilogramm Restmüll an. Bei den Wertstoffen summiert sich der Jahresdurchschnitt auf fast 390 Kilogramm pro Einwohner, eine deutliche Steigerung um knapp 30 Kilogramm im Vergleich zum Jahr 2015. Damit einher geht die Verbesserung der Verwertungsquote auf 75,1 Prozent.

Ein Vergleich zwischen 1990 und 2016 zeigt, dass die Haushaltsabfälle pro Einwohner um deutlich mehr als die Hälfte reduziert werden konnten und die Menge getrennt gesammelter Wertstoffe pro Einwohner mehr als verdreifacht wurde. **DK**

bvse sieht mittelständische Branchenstruktur bedroht

Zur Jahresmitte sieht der bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung den Mittelstand in einer schwierigen Konkurrenzsituation. Die Sorgen des Verbandes werden nicht weniger. Im Gegenteil, immer neue Nachrichten über Zusammenschlüsse und Unternehmensaufkäufe belegen, so der bvse, dass der Markt enger werde.

Immer mehr Kommunen betätigen sich beispielsweise mit eigenen Unternehmen im Entsorgungsmarkt. Gleichzeitig erlebt die Branche aber auch eine regelrechte Übernahmewelle. „Wir sehen in den letzten Monaten, wie große Unternehmen einen Mittelständler nach dem anderen aufkaufen“, macht bvse-Präsident Bernhard Reiling deutlich. Eine Situation, die auch das Bundeskartellamt inzwischen mit Argusaugen betrachtet und öffentlich davon spricht, dass in der Entsorgungsbranche fast ähnliche Verhältnisse wie im Einzelhandel herrschen.

Wettbewerbsfähig bleiben

Die Politik sei daher aufgerufen, die gesetzlichen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass auch kleine und mittelständische Unternehmen der Kreislaufwirtschaft eine reelle Chan-

ce haben, sich im Wettbewerb zu behaupten, heißt es beim bvse. So sollte beispielsweise darüber nachgedacht werden, die Eingriffsschwelle für das Bundeskartellamt zu senken.

Warnsignal

Aber nicht nur Aufkäufe von mittelständischen Unternehmen durch Konzerne bedrohen die mittelständische Marktstruktur. Die jüngsten Medienspekulationen über eine mögliche Übernahme der DSD System Holding durch Remondis sind ein weiteres Warnsignal.

Dementsprechend deutlich reagiert Eric Rehbock, Hauptgeschäftsführer des bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung: „Der Mittelstand hat das Recycling in Deutschland etabliert und erfolgreich gemacht. Insbesondere die mittelständische Struk-

tur des Kunststoffrecyclings ist gleichzeitig auch Erfolgsgarant für die Zukunft. Ich sage das in aller Klarheit: Setzen wir diese Erfolgsstory nicht aufs Spiel. Eine Hochzeit der Giganten halten wir für den falschen Weg.“

Keine Hochzeit der Giganten!

Remondis hält schon jetzt, direkt oder über Tochterunternehmen, eine überragende Stellung als Auftragnehmer bei den zu vergebenden Sammelaufträgen für Leichtverpackungen. Im Bereich Kunststoffrecycling, der eine stark mittelständisch strukturierte Unternehmenslandschaft aufweist, würde Remondis auch in diesem Markt zu einem der stärksten Unternehmen werden.

Der bvse hat daher „große Sorge“, dass die mittelständischen Unternehmen in große existenzbedrohende Bedrängnis geraten, wenn es wirklich zu einer Übernahme der DSD System Holding durch Remondis käme. **□**

TV BAYERN
LIVE

Ganz Bayern in 60 Minuten.



Ganz nah bei den Zuschauern Bayerns.
Von Aschaffenburg bis Berchtesgaden.

- Aktuelle Themen
- Regionale Nachrichten
- Berichte von Land und Leuten
- Information und Service aus Ihrer Region








* **Ab jetzt immer samstags** von 17:45 bis 18:45 Uhr im Programm von RTL und jeden Sonntag um 17:00 Uhr auf den bayerischen Lokalprogrammen.

Mehr unter:
www.tvbayernlive.de

Bayerische Verwaltungsschule (BVS):

Mensch 2.0 kontra Arbeit 4.0

Das Thema Digitalisierung ist längst in den bayerischen Kommunen angekommen. Insofern überrascht es nicht, dass dieses Schlagwort auch beim diesjährigen Sommerempfang der Bayerischen Verwaltungsschule (BVS) heiß diskutiert wurde. Das Hauptproblem: Zwischen der Wichtigkeit, die man der Digitalisierung zuspricht, und der dafür nötigen technischen Kompetenz der Kommunen, besteht nach wie vor eine große Diskrepanz. „Derzeit heißt es Mensch 2.0 kontra Arbeit 4.0. Und solange die Schulen und Weiterbildungsinstitutionen an der klassischen Wissensvermittlung festhalten, wird der Mensch weiterhin dem Fortschritt hinterher hinken“, betonte Festredner und Kompetenzforscher Prof. Dr. John Erpenbeck.

Der Sommerempfang ist das Highlight des Jahres – nicht nur für die Mitarbeiter, sondern auch für die zahlreichen Dozenten und Partner der BVS. „Hier kommt immer eine nette, kom-

munale Familie zusammen. Eine glänzende Gelegenheit für viele anregende Gespräche“, so Vorstand Michael Werner. Ein Gesprächsthema schwebte dieses Mal über allen anderen: die Digitalisierung der Kommunen. „Keiner weiß so recht, wo hier die Reise hingeht. Welche Rolle spielt der Mensch in diesem Prozess? Und was kann die BVS den Azubis hierzu mit auf den Weg geben? Diese jungen Menschen haben ja schon bei den Grundkenntnissen wie Lesen, Schreiben oder Rechnen ihre Probleme. Und die sollen wir in die Digitalisierung führen? Ehrlich gesagt, melde ich da Zweifel an“, warf Werner kritisch in die Runde.

Wandel in der Verwaltung

Dr. Franz Dirnberger, Vorsitzendes Mitglied des Verwaltungsrats der BVS und Geschäftsführer des Bayerischen Gemeindetags, prognostizierte in seiner Ansprache eine extreme Veränderung der Verwaltung. Im Zuge der Digitalisierung würde sich das „gesamte

Arbeitsumfeld revolutionieren“. Die Diskrepanz, die derzeit noch zwischen Digitalisierung und dem tatsächlichen Arbeitsablauf in den Kommunen herrsche, ließe zwar noch zu wünschen übrig. Aber der Verwaltungsratsvorsitzende gab sich



Dr. Franz Dirnberger, Vorsitzendes Mitglied des Verwaltungsrats der BVS.

zuversichtlich: „Wir schaffen das!“ Akuten Handlungsbedarf sieht Dirnberger hingegen bei der Gewinnung neuer nebenamtlicher Dozenten. Mit Blick auf die Entscheidungsträger meinte er: „Sehen Sie die Vorteile. Jeder

BVS-Dozent nimmt aus seinen Lehrveranstaltungen positiven Input mit – neue Anregungen oder Netzwerke. Dieser Win-win-Effekt spricht deutlich für eine Freistellung Ihrer Mitarbeiter“, so Dirnbergers Appell.

Plädoyer für Kompetenzentwicklung

Festredner Prof. Dr. John Erpenbeck legte in Sachen Digitalisierung noch mal nach: „Da rollt eine dicke Kompetenzkatastrophe auf uns zu. Wissen in die Köpfe schaufeln bringt überhaupt nichts. Wie viele hochqualifizierte inkompetente Leute kennen Sie in Ihrem Bekanntenkreis? Qualifikation ist noch lange keine Kompetenz. Die Kommunen, die berufliche Bildung und die Schulen müssen also dringend auf Kompetenzentwicklung bauen. Wir alle müssen uns der neuen digitalen Welt stellen, ohne aus den Augen zu verlieren, dass wir stets menschengerecht handeln sollen“, so Erpenbeck.

Haupttriebfeder bei der Kompetenzentwicklung sei dabei die Emotion. „Unser Gehirn ist eine komplexe Einrichtung. Es ist nicht für große Datenmengen geschaffen. Vielmehr ist es ein Organ, das zur Problemlösung dient. Es enthält einen emotio-

nal gesteuerten Filter. Diese emotionale Konditionierung wirkt sich auf alle anderen Prozesse aus.“ Soll heißen: Auch BVS-Dozenten sollten motivierend und emotional auf die Teilnehmer wirken. Ohne Gefühl für die Thematik und den beruflichen Alltag geht gar nichts. Das gilt für die Digitalisierung als auch für alle anderen Themenbereiche.

Rahmenprogramm

Das Rahmenprogramm des Sommerempfangs lief unter dem Motto „digital versus analog“. Mächtig viel Kraft und Zielgenauigkeit waren beim Bogenschießen gefragt, währenddessen ein Ausflug in die virtuelle Realität ein sinnlich intensives und nachhaltiges Erlebnis bot. Denn auch im Bereich Bildung bietet die virtuelle Realität innovative und maßgeschneiderte Ansätze zur Vermittlung komplexer Sachverhalte. Was dem Nutzer wiederum ein vereinfachtes und schnelleres Lernen ermöglicht.

Das einzige, das beim Sommerempfang nicht mal im Ansatz etwas mit Digitalisierung zu tun hatte, war das festliche Buffet, das die Gäste wie jedes Jahr wieder mit einer Fülle exzellenter Gaumenfreuden begeisterte. □



Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle hat das Siegel „Bildungsregion in Bayern“ an Bürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer (r.) und Landrätin Tanja Schweiger (l.) überreicht.

Bild: Peter Ferstl/Stadt Regensburg

Stadt und Landkreis Regensburg:

Gemeinsames Siegel „Bildungsregion in Bayern“

„Gemeinsame Wege gestalten - Bildungsregion Stadt und Landkreis Regensburg“ - so lautet der Titel des Bewerbungskonzepts, das Stadt und Landkreis Regensburg zusammen mit Bildungsakteuren aus der Region im vergangenen Jahr ausgearbeitet haben. Vor kurzem hat Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle im Kurfürstenzimmer der Stadt Regensburg das Siegel „Bildungsregion in Bayern“ an Bürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer und Landrätin Tanja Schweiger überreicht.

Mit der Siegelübergabe wird ein wichtiges Projektziel zur gemeinsamen Bildungsregion erreicht. Zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit in der Region müssen Bürgerinnen und Bürger über alle Altersstufen hinweg gut ausgebildet werden und zwar über die kommunalpolitischen Grenzen hinaus.

„Die Gesellschaft ändert sich stetig mit einer hohen Dynamik. Die damit verbundenen Herausforderungen müssen wir rechtzeitig erkennen und entsprechend darauf reagieren. Das Bildungsangebot in der Region Regensburg weist bereits eine sehr gute Infrastruktur auf, dennoch sollten wir die Dynamik aus dem Prozess der Bildungsregion weiter nutzen und zukunftsorientiert neue Handlungsfelder bearbeiten“, so Landrätin Tanja Schweiger.

„Es ist ein wichtiges Signal nach außen, dass Stadt und Landkreis Regensburg die Initiative „Bildungsregionen in Bayern“ gemeinsam durchgeführt haben und auch ein gemeinsames Siegel erhalten“, unterstreicht Bürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer.

Bildungsminister Dr. Ludwig Spaenle betont: „Die Stadt und der Landkreis Regensburg setzen bei der nachhaltigen Förderung und Unterstützung junger Menschen bemerkenswerte Impulse... Mit dieser Zusammenarbeit über kommunale Grenzen hinweg können die Beteiligten vorhandene Potentiale noch besser nutzen und neue Netze knüpfen. Mit ihrem Engagement investieren sie in die Zukunft.“

Schon im Oktober 2016 wurde im Rahmen des zweiten Dialogforums der 122-seitige Ergebnisbericht dem Bayerischen Kultusministerium zur Prüfung übergeben. Der Bericht durchlief außerdem weitere Instanzen und wurde von mehreren Fachstellen - darunter auch das Bayerische Landesju-

gendamt und die Konferenz der Schulaufsicht - kritisch geprüft. Die Ergebnisse des breit angelegten Beteiligungsprozesses mit rund 120 Akteuren in 14 Veranstaltungen wurden von den Experten positiv bewertet.

Besonders herausgestellt wurde die Tatsache, dass sich Stadt und Landkreis Regensburg über das Pflichtprogramm hinaus engagiert hatten. Die zu behandelnden Themen der Initiative „Bildungsregionen in Bayern“ wurden vom Kultusministerium in fünf Handlungsfelder, den sogenannten „Säulen“, aufgeteilt. Stadt und Landkreis Regensburg hatten sich im Rahmen des gemeinsamen Bewerbungskonzepts dazu entschlossen, ein weiteres Handlungsfeld mit dem Thema „Fachkräfte von morgen“ zu bearbeiten, das sich hauptsächlich mit der beruflichen Aus- und Weiterbildung von Erwachsenen beschäftigt.

In drei Workshop-Runden wurden rund 30 Projekte erarbeitet. „Positiv beeinflusst wurde der kreative Prozess durch die heterogene Zusammenstellung der Arbeitsgruppen und dem damit verbundenen Ideenreichtum der Teilnehmer“, so Johanna Bräu, Regionalmanagerin im Landkreis Regensburg. Vertreter aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und kirchlichen Trägern, aber vor allem auch der Jugendhilfe, verschiedener Beratungsstellen, der Volkshochschulen und Elternbeiräte nahmen an den Veranstaltungen teil. Nun gilt es, die Projekte Schritt für Schritt umzusetzen. Die ersten wurden bereits in Angriff genommen. So wird derzeit etwa an einer gemeinsamen IT-Systembetreuung der Grund- und Mittelschulen im Landkreis gearbeitet oder auch ein Erfahrungsaustausch zum Thema Methoden-Curriculum für Lehrer von Grund- und weiterführenden Schulen initiiert. □

LEW
Lechwerke

LEW INNOVATIONSPREIS INTELLIGENTE ENERGIE.

Die Auszeichnung für innovative Projekte aus den Bereichen Klimaschutz und Energieeffizienz. Dotiert mit insgesamt 45.000 Euro.

JETZT BEWERBEN!

SONDERPREIS
#smarteRegion

Mehr Infos und Teilnahmeunterlagen unter www.lew.de/innovationspreis

Augsburger Allgemeine
Alles was uns bewegt

IHK Schwaben
Handwerkskammer für Schwaben

DZ.S
Schwaben.Digital

UNA
Universität Augsburg
University

Hochschule Augsburg
University of Applied Sciences

hwk
Handwerkskammer für Schwaben
Für ein starkes Handwerk

BAYERISCHER GEMEINDETAG

Teil von
innogy



LEW INNOVATIONSPREIS 2017

Metropolkonferenz 2017:

Digitalisierung im Fokus

Vor kurzem fand die diesjährige Metropolkonferenz des Europäischen Metropolregion München (EMM) e.V. im Landkreis Fürstentfeldbruck auf dem ehemaligen Klosterareal statt. Das Thema der Veranstaltung: „Digitalisierung und Vernetzung der Welt – Herausforderungen und Strategien für die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Regionen.“

Der EMM e.V. veranstaltet einmal jährlich, immer an einem anderen Veranstaltungsort in der Region, eine Metropolkonferenz. Dabei steht jedes Jahr ein – für die gesamte Region zukunftsrelevantes – Thema im Fokus. In diesem Jahr war der Landkreis Fürstentfeldbruck Gastgeber der Konferenz, die sich mit dem Thema Digitalisierung und damit einhergehenden Chancen und Herausforderungen, insbesondere für Unternehmen und Regionen, beschäftigte.

Rund 270 Vertreter aus Politik, Verwaltung, Planung und Wirtschaft kamen im Churfürstensaal, der heutzutage zu den Räumlichkeiten der Polizeischule gehört, zusammen. Begrüßt wurden sie von den beiden Gastgebern Thomas Karmasin, Landrat des Landkreises Fürstentfeldbruck, und vom stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden des EMM e.V. Landrat Christoph Göbel.

Gleich zu Beginn der Konferenz machte Keynote Speaker, Herr Dr. Andreas Brill, Geschäftsführer, b4b GmbH, bei seinem Vortrag deutlich, dass die Digitalisierung immer weiter voranschreiten wird und ermahnte, dass Unternehmen, genau wie Regionen, nicht an alten Strukturen festhalten dürfen: „Digitalisierung bedeutet, Lösungen für eine unvorstellbare Zukunft zu entwickeln. Dieser Herausforderung müssen sich – eher früher als spä-

ter – alle Unternehmen stellen. Städte, Regionen und Länder übrigens auch...“.

Solche Herausforderungen zu meistern, ist nur als starke Region möglich. Wie der Landkreis Fürstentfeldbruck die Region stärkt, stellte Bürgermeister Dr. Michael Schandler, Kreisvorsitzender des Bayerischen Gemeindetags, bei seinem Vortrag über die im Jahr 2016 entwickelte Räumliche Entwicklungsstrategie (RES) für den Landkreis vor und ermunterte damit andere Landkreise diesem Beispiel zu folgen.

Wie ein roter Faden zog sich auch der Ansatz der Zusammenarbeit durch die Konferenz. Zwar sei das Denken – gerade im Hinblick auf das Thema Digitalisierung – über Grenzen hinweg wichtig, aber, wie der stellvertretende Vorstandsvorsitzende des EMM e.V. Christoph Göbel, Landrat des Landkreises München, bei seinem Fazit sagte, müsse man stets im Blick behalten sich „Gemeinsam für die Region“ einzusetzen. Dafür plädierte auch Referentin Prof. Dr. Ilse Helbrecht, Direktorin, Geographisches Institut der Humboldt-Universität zu Berlin: „Wer erfolgreich sein will, muss zusammenarbeiten. Um die Früchte und Lasten der Metropolregion München gerecht zu verteilen, braucht es in der Region eine starke Kultur der Gemeinsamkeit und funktionierende Strukturen der Abstimmung zwischen den Gemeinden.“



Abensbergs Erster Bürgermeister Dr. Uwe Brandl und der Wolnzacher Verleger Eduard Kastner haben einen Betrag von 5.500 Euro an die Stadt Abensberg übergeben. Dieser steht für soziale und kulturelle Zwecke und Projekte zur Verfügung. Der hohe Betrag ist eine Spende von Verleger und Autor: Eduard Kastner verlegt Brandls aktuelle Bücher. Deren Erlöse fließen der Stadt für Fördermaßnahmen in den Bereichen Sport, Kunst und Soziales zu. Autor Uwe Brandl verzichtet damit neuerlich auf seine Honorare.

Stadt und Landkreis Würzburg:

Erster regionaler Gesundheitsbericht

„Gesundheit ist das höchste Gut“. Dieser Leitsatz stand auch bei der Erstellung des ersten regionalen Gesundheitsberichtes für die Stadt und den Landkreis Würzburg stets im Fokus der Arbeit. Ziel der Berichterstattung ist es, die gesundheitliche Lage und Versorgung der Bevölkerung in der Region zu beschreiben und dabei nach Möglichkeit den vordringlichen Handlungsbedarf im Bereich der Gesundheitsförderung, Prävention und Gesundheitsversorgung aufzuzeigen. Den Gesundheitsbericht erstellte die Geschäftsstelle der Gesundheitsregion plus Stadt und Landkreis Würzburg. Nun wurden die ersten Exemplare an Oberbürgermeister Christian Schuchardt, Landrat Eberhard Nuß und Gesundheitsamtsleiter Dr. Joachim Löw übergeben.

Der Gesundheitsbericht 2016 für die Stadt und den Landkreis Würzburg besteht aus zwei großen Abschnitten. Im ersten Teil werden wesentliche Gesundheitsmerkmale (Indikatoren) der Bevölkerung, wie z.B. die Lebenserwartung, die Pflegebedürftigkeit oder die Anzahl der Einwohner pro Arzt, aufgezeigt.

Für die künftige Gesundheitsentwicklung ist die Förderung und Erhaltung der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen ein zentraler Aspekt. Daher wurde der Schwerpunkt im zweiten Teil des Berichtes auf die Kindergesundheit gelegt und liefert in der Folge u. a. einen Überblick über den Body-Mass-Index bei Schulanfängern, über die Impfquote für die 2. Masernimpfung und informiert über die Anzahl an Kinderärzten in Stadt und Landkreis Würzburg.

Insgesamt lässt sich zusammenfassen, dass sich die Gesundheitssituation und -versorgung in Stadt und Landkreis Würzburg als gut erweist, jedoch macht beispielsweise bereits die Altersstruktur der Ärztinnen und Ärzte deutlich, dass sich die Versorgungssituation in den kommenden Jahren – insbesondere in den Landkreisgemeinden – verändern wird. Der Bericht dient somit als Diskussionsgrundlage für einen konstruktiven Dialog aller Fachleute und Akteure, denen die Ge-

sundheit in Stadt und Landkreis Würzburg ein Anliegen ist, auch um in der Folge aufgezeigte Gesundheitsprobleme bewältigen zu können.

Fortlaufende Berichterstattung im Blick

Im Rahmen ihrer Praktikumsbeschäftigung in der Geschäftsstelle der Gesundheitsregion plus Stadt und Landkreis Würzburg war Franziska Kreß maßgeblich für die Erstellung des Berichtes verantwortlich. Die Gesundheitsregion plus Stadt und Landkreis Würzburg strebt eine fortlaufende Gesundheitsberichterstattung an. Im zeitlichen Verlauf können so die Veränderungen der Indikatoren beobachtet und in der Folge durch frühzeitige Interventionen eine Sicherung der Gesundheitsversorgung angestrebt werden.

Nach der Übergabe des Gesundheitsberichtes erfolgt nun der Versand der gedruckten Exemplare an die Akteure aus dem Gesundheitswesen in Stadt und Landkreis Würzburg. Zudem werden die wichtigsten Aspekte im Sozialausschuss der Stadt sowie im Kreistag des Landkreises Würzburg vorgestellt.

Der Bericht ist auch unter www.gesundheitsregionplus-wuerzburg.de/gesundheitsbericht online abrufbar.



V.I. Fachbereichsleiter Gesundheitsamt Dr. Joachim Löw, Geschäftsstellenleiter Christian Kretschmann, Oberbürgermeister Christian Schuchardt, Praktikantin Franziska Kreß und Landrat Eberhard Nuß. Bild: Georg Wagenbrenner

Bürgermeisterwahlen im Freistaat

Überzeugend hat in Abensberg (Landkreis Kelheim) Dr. Uwe Brandl (CSU) sein Bürgermeisteramt verteidigt. Für den amtierenden Präsidenten des Bayerischen Gemeindetags und baldigen Chef des Deutschen Städte- und Gemeindebunds votierten 60,7 Prozent der Wähler. Seine Herausforderer Thomas Schug (SPD) und Oliver Stöckl (FW) erzielten 33 Prozent bzw. 6,3 Prozent der Stimmen. Der 57-jährige Brandl ist bereits seit 24 Jahren Rathauschef der niederbayerischen Stadt. Die Wahlbeteiligung lag bei 58,3 Prozent.

Fürstentfeldbruck

Erich Raff, bisheriger Stellvertreter des inzwischen aus gesundheitlichen Gründen entlassenen Oberbürgermeisters Klaus Pleil, ist zum neuen Rathauschef von Fürstentfeldbruck gewählt worden. Der 64-jährige CSU-Politiker setzte sich in der Stichwahl mit 52 Prozent der Stimmen gegen den ehemaligen Landtags-Fraktionschef der Grünen, Martin Runge, durch, der sich als gemeinsamer Kandidat für die Brucker Bürgervereinigung (BBV) und die Grünen beworben hatte. Die Wahlbeteiligung betrug 41,2 Prozent.

Gundelfingen

Die ehemalige bayerische FDP-Generalsekretärin Miriam Gruß ist neue Bürgermeisterin von Gundelfingen (Landkreis Dillingen). Die 41-Jährige behielt bei der Stichwahl mit 57,8 Prozent gegen ihren SPD-Herausforderer Jürgen Hartshäuser die Oberhand. Die Wahlbeteiligung lag bei 61,2 Prozent.

Auch im Markt Falkenstein (Landkreis Cham) regiert ab sofort eine Frau: Bei der Bürgermeisterwahl siegte Heike Fries von der Wählergemeinschaft Falkenstein/Völling mit 62,1 Prozent der Stimmen gegen den bisherigen Bürgermeister Thomas Dengler/WG Au-Gfäll, der das Amt zwölf Jahre innehatte. Die Wahlbeteiligung betrug 73 Prozent.

Alzenau

Alexander Legler (CSU) bleibt dagegen Stadtoberhaupt von Alzenau (Landkreis Aschaffenburg). Mit 75,3 Prozent der Stimmen gewann er gegen Katharina Pritzl, die 24,7 Prozent auf sich vereinen konnte. Die 20-Jährige war für die Wählerinitiative „Jugend für soziale Gerechtigkeit“ angetreten. Die Wahlbeteiligung lag bei 52,7 Prozent.

Eine Überraschung gab es im wenige Kilometer entfernten Karlstein: Nachdem der langjährige CSU-Bürgermeister Winfried Bruder bei der Bürgermeisterwahl nicht mehr angetreten war, konnte sich erstmals in der Geschichte Karlsteins kein CSU-Bewerber durchsetzen. Peter Kreß von der FDP ging mit 53,2 Prozent als Sieger gegen den CSU-Kandidaten Jens Kimmel hervor. Die Wahlbeteiligung betrug 60,6 Prozent.

Kahl

Der Sozialdemokrat Jürgen Seitz bleibt Bürgermeister von Kahl (Landkreis Aschaffenburg). Der 58-Jährige konnte sich mit 63,8 Prozent der Stimmen gegen seine beiden Kontrahenten Udo Hammer (CSU, 20,8 Prozent) und Sylvia Hein (Grüne, 15,4 Prozent) durchsetzen. Seitz ist seit 1999 Rathauschef von Kahl. Die Wahlbeteiligung lag bei 52,6 Prozent.

Die Amtsgeschäfte hat sie bereits vor einigen Wochen nach dem krankheitsbedingten Ausscheiden ihres Vorgängers Alfons Obermaier übernommen. Jetzt ist Maria Maier (JWG) als Bürgermeisterin von Jettenbach (Landkreis Mühldorf am Inn) mit dem notwendigen Wählervotum ausgestattet. Mit 90,2 Prozent der Stimmen wurde die einzige Kandidatin erwartungsgemäß in das Amt gewählt. Die Wahlbeteiligung betrug 50,6 Prozent.

Güntersleben

Klara Schömig (parteilos) ist neue Bürgermeisterin von Güntersleben (Landkreis Würzburg). Mit 54,3 Prozent behielt sie die Oberhand über den zweiten Bürgermeister Michael Freudenberger (CSU). Die Wahlbeteiligung betrug 68 Prozent.

Zum dritten Mal hat Joachim Lang (FW) die Bürgermeisterwahl in Leinburg (Nürnberger Land) gewonnen. Er erreichte 51,7 Prozent der Stimmen. 2005 hatte Lang erstmals den Ratssaessel erobert. Thomas Krauber (CSU, 24,8 Prozent) und der stellvertretende Bürgermeister Manfred Räbel (SPD, 23,5 Prozent) hatten das Nachsehen. **DK**

Beirat Fachkräftesicherung diskutiert über Sprachangebote

„Fachkräftesicherung als gemeinsame Aufgabe verstehen“, wünschte sich Landrat Stefan Rößle, als er den Beirat Fachkräftesicherung im Kreis Donau-Ries initiierte. Seitdem treffen sich auf Einladung von Günther Zwerger, Leiter der Stabsstelle Kreisentwicklung, Vertreter der Arbeitsagentur, Kammern, Kreishandwerkerschaft, Schulen, AOK, Verwaltung und des Technologie Centers Westbayern, diskutieren aktuelle Themen und initiieren Projekte.

Regionalmanager Klemens Heininger referierte über das Thema Willkommenskultur, das in den letzten Monaten Handlungsfeld für seine neuen Projekte war. Neben einem Willkommenspaket für Neubürger und einer Postkartenaktion für Schulabsolventen unter dem Motto „Hoch die Hände! Schule Ende“ wurde zuletzt mit dem Newsletter Heimatpost Donau-Ries eine weitere Lücke geschlossen, um auch Rückkehrer anzusprechen.

Aktuelle Brisanz wird bei Sprachangeboten für Zuwanderer aus der EU gesehen. Die im Landkreis angebotenen Integrationskurse um Deutsch zu lernen, finden überwiegend vormittags statt. Das ist für Arbeitnehmer nicht geeignet. Eine Projektgruppe unter der Bildungsbeauftragten Dr. Gabriele Theiler wird den Bedarf ermitteln und will in Zusammenarbeit mit Unternehmen aus dem Landkreis branchenspezifische Deutschkurse für diese Zielgruppe entwickeln.

Seit 2013 gibt es den Beirat Fachkräftesicherung. Projekte des Beirats sind beispielsweise die 2014 durchgeführte Unternehmensbefragungen oder die Informationskampagne im Nachgang.

Deutscher Gründerpreis für Münchner Unternehmen

Bei der Verleihung des Deutschen Gründerpreises in Berlin wurde das junge Münchner Unternehmen Grillido als „StartUp des Jahres“ geehrt. Grillido stellt Grillwürstchen und Fitness-Landjäger mit wenig Fett, dafür gutem Fleisch, einzigartigen Geschmacksrichtungen und ohne Zusatzstoffe her.

Die hochkarätig besetzte Auswahljury des Deutschen Gründerpreises war begeistert von der rasanten Erfolgsgeschichte der beiden Verkaufstalente Michael Ziegler und Manuel Stöffler, die mit zeitgemäßen Produktneuheiten und kreativen Vertriebsmethoden eine traditionelle Branche neu belebt haben. Mittlerweile gehören sogar erste Supermarktketten zu ihren Kunden.

Wie die Bundesministerin für Wirtschaft und Energie, Brigitte Zypries, bei der Preisverleihung hervorhob, mache der Deutsche Gründerpreis Mut und inspiriere,

selbst anzupacken und eigene Ideen erfolgreich umzusetzen. „Unsere Gründerszene ist lebendig und innovativ. Das ist gut, denn wir wollen den wirtschaftlichen und sozialen Wohlstand in Deutschland halten.“

Grillido soll jetzt europaweit bekannt werden, außerdem sind neue Produkte geplant. „Wir hatten das richtige Produkt zur richtigen Zeit“, erklären die beiden Unternehmensgründer den Erfolg. „Die Menschen achten mehr auf ihre Ernährung und wollen genau wissen, was sie essen.“ **DK**

3. Schwäbischer Tourismusgipfel:

Spitzenstellung untermauern

Als „Denkfabrik“ des Tourismusverbands Allgäu/Bayerisch-Schwaben versteht sich der Schwäbische Tourismusgipfel, der vor kurzem auf dem Fellhorn stattfand. Von verschiedensten Seiten wurden dabei Chancen und Herausforderungen des Tourismus beleuchtet.

Gastgeber Klaus Holetschek, MdL, verwies zu Beginn auf die hervorragenden Tourismuszahlen der Region mit dem neuen Rekord von fast 20 Millionen Übernachtungen in 2016 und einem touristischen Gesamtumsatz von über fünf Milliarden Euro. Gleichzeitig unterstrich der Vorsitzende des Tourismusverbands die enorme Bedeutung der Tourismusförderung sowie politischer und rechtlicher Rahmenbedingungen, um diese Spitzenstellung aufrechterhalten und die Wertschöpfung weiter steigern zu können. Es komme darauf an, die „Stärken weiter zu stärken“ und zentrale Herausforderungen wie die Digitalisierung in allen Bereichen des Tourismus zu meistern. Allen voran forderte Holetschek ein „breites Bündnis für Bürokratieabbau“.

Bayerns Wirtschafts- und Tourismusstaatssekretär Franz Josef Pschierer hob in seinem Impulsreferat hervor, der Freistaat habe mit der „PremiumOffensive Tou-

rismus“ und „DigitalBonus“ zwei neue Programme aufgelegt, um den Wirtschaftsfaktor Tourismus nachhaltig zu stärken, seine Qualität kontinuierlich zu verbessern und das digitale Angebot weiter zu steigern.

„PremiumOffensive Tourismus“

Im Rahmen der bayernweiten „PremiumOffensive Tourismus“ werden insbesondere Investitionen zur Qualitätssteigerung im Hotellerie- und Gaststättenbereich gefördert. Mit diesem Programm sollen die Sternhotellerie und -gastronomie im gesamten Freistaat weiter ausgebaut werden. Gefördert werden unter anderem Umbau- und Modernisierungsmaßnahmen im Sinne der Barrierefreiheit, im Wellness- oder Kinderspielbereich sowie Investitionen in eine verbesserte IuK-Infrastruktur. Von den entstehenden Premiumangeboten kann

jeweils die gesamte Urlaubsregion profitieren, weil diese als Besuchermagneten wirken.

Bei dem im Oktober 2016 eingeführten „DigitalBonus“ handelt es sich um ein bundesweit einzigartiges Programm. Mittelständische Betriebe in Bayern starten die digitale Aufholjagd und verbessern so ihre Wettbewerbsfähigkeit. Das große Interesse zeigt laut Pschierer, dass der „DigitalBonus“ die Bedürfnisse der Betriebe trifft. Produktionsabläufe werden digitalisiert und optimiert, es entstehen neue Geschäftsmodelle. Letztlich profitieren alle Branchen vom Handwerk über den Handel bis zum Tourismus.

Die Bandbreite, wie touristische Live-Erlebnisse durch digitale Tools erweitert werden könnten, beschrieb Christian Dosch, Projektleiter Allgäu Digital beim neu gegründeten Digitalen Zentrum Schwaben: „Sei es der Stadtrundgang, der historische Ansichten virtuell integriert, die Radtour-App, die Empfehlungen für Unterkünfte ausspricht, mobile Games, die Wartezeiten am Skilift überbrücken oder digitale Gästekarten, die alle Bezahlpunkte abwickeln – hier eröffnet sich ein Spielfeld mit großem Potential für kreative Start-Ups.“ Allgäu Digital verstehe sich als Freiraum und Netzwerk für die Entwicklung digitaler Geschäftsmodelle im regionalen Bereich.

Bergbahnen als Motor

Mehrfach wurde beim Tourismusgipfel darauf hingewiesen, dass die Hotellerie und speziell im Allgäu auch die Bergbahnen als „Motoren des Tourismus“ fungieren. Dirk Schoppmann, Geschäftsführer proAllgäu, würde sich dabei eine breitere Unterstützung wünschen: „Die Hotellerie ist in einer Destination stärkster Treiber der touristischen Entwicklung, von der auch Handwerk und Handel enorm profitieren. Voraussetzung dafür bleibt eine offensive, impulsgebende und konstruktive Unterstützung durch die kommunalen politischen Mandatsträger. Das lässt mancherorts zu wünschen übrig.“

In diesem Zusammenhang hob der Geschäftsführer der Fellhornbahn GmbH, Augustin Kröll, die Bedeutung der Seilbahnen als Wirtschaftsfaktor für die Region hervor. Seine Angaben zufolge sichert ein Arbeitsplatz bei der Bergbahn fünf weitere ganzjährige Arbeitsplätze in anderen tourismusnahen Branchen.

Unternehmensstrategie

Ein Großteil der Ausgaben eines Gastes entfällt nicht auf die Seilbahnkarte, sondern auf andere Leistungen in der Region. Dies habe die Grundlagenuntersuchung des Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts für Fremdenverkehr dwif e.V. an der Universität München aus dem Jahr 2015 ergeben. „Wir sind uns unserer besonderen Verantwortung für die Region damit bewusst. Ein wesentlicher Punkt unserer Unternehmensstrategie ist: „Übernachtungsgäste ausbauen, Tagesgäste halten“, unterstrich Kröll.

Wichtig und entscheidend für den neuen touristischen Aufschwung in Bayern waren aus seiner Sicht die Anpassung der Mehrwertsteuer an das Niveau ausländischer Mitbewerber bei Hotellerie und Bergbahnen sowie die Schaffung des Bergbahnförderprogramms für kleine und mittlere Bergbahnen. Nur dadurch sei der Investitionsschub bei den Hotels und Bergbahnen möglich geworden. **DK**

6. Nürnberger Integrationskonferenz:

Gemeinsamkeiten in der Vielfalt

Über 180 Interessierte haben bei der 6. Nürnberger Integrationskonferenz die 2004 beschlossenen Leitlinien zum Integrationsprogramm der Stadt Nürnberg kritisch überprüft und Ideen zur Weiterentwicklung der kommunalen Gesellschaftspolitik entwickelt. Veranstaltet wurde die unter dem Motto „Vielfalt schätzen. Teilhabe stärken. Zukunft gestalten“ stehende Tagung von der Stadt Nürnberg/Koordinierungsgruppe Integration in Zusammenarbeit mit dem Nürnberger Rat für Integration und Zuwanderung.

Für die 1. Stellvertretende Vorsitzende des Nürnberger Rats für Integration und Zuwanderung, Lemia Yiyit, ist Integration ein ständiger Prozess der Bewegungen und Herausforderungen. Insbesondere bei der Leitlinie „Interkulturelle Öffnung und Kompetenz“ stellt Yiyit einen großen Verbesserungsbedarf und fordert verstärkte Anstrengungen der Stadt, in ihrer Verwaltung den Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund zu erhöhen. Als Beispiel nannte sie ein mögliches Programm des Personalamts, um gezielt Menschen mit Migrationshintergrund als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder Auszubildende anzuwerben.

Laut Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly hat sich die Gesellschaft insgesamt im vergangenen Jahrzehnt hin zu mehr Offenheit und Vielfalt entwickelt. In jüngster Zeit sei aber auch Gegenwind zu spüren.

Integration ist Chefsache

Bei seinem Amtsantritt 2002 habe er Integration zur Chefsache erklärt. Damals wie heute verspürt Maly in der Gesellschaft eine Verunsicherung, „wie wir mit uns selbst als Einwanderungsland umgehen“ und er empfiehlt, den Satz „Wir können Integration“ nur sehr vorsichtig verwenden. Generell gelte, dass man den Endzustand einer integrierten Gesellschaft nie beschreiben kann, da sich eine Gesellschaft immer verändern wird. Am Beispiel der Präsidentschaft von Barack Obama erläuterte er, dass Symbolhaftigkeit vermutlich nicht reicht, um Politik tatsächlich grundlegend zu verändern. Jedoch sei es alternativlos, dass sich die Politik dem Thema Integration widmet.

In seinem „anderen Blick aufs Migrantische jenseits von naiver Schwärmerei und prinzipieller Feindschaft“ provozierte Prof. Dr. Armin Nassehi, Institut für Sozio-

logie der Ludwig-Maximilians-Universität München, mit der Überschrift „Desintegration als Ziel“ und prangerte das oft zu beobachtende Schwarz-Weiß-Denken bei diesem Thema an.

Migration ist europäische Lebensrealität

Nassehi beschrieb Europa als Ergebnis von Integrationsprozessen; Migration ist für ihn eine europäische Lebensrealität. Am Beispiel der Zuwanderung von polnischen Migrantinnen und Migranten ins Ruhrgebiet vor 150 Jahren schilderte er zunächst, wie Zuwanderungsmerkmale mit der Zeit zu verschwinden pflegen, um dann auf die Gegenwart einzugehen. Einen kurzen Einblick in die kulturelle Vielfalt Nürnbergs hatte zuvor das global art intermezzo „Einsamkeit – Das Leben im Netz“ geliefert. Bei dieser Improvisation griffen drei Genres experimentell ineinander: Fotografie, Pantomime und Musik.

Workshops

Entsprechen die Leitlinien zum Integrationsprogramm noch den aktuellen Herausforderungen? Wie erfolgreich wurden sie umgesetzt? Welche Formulierungen müssen angepasst, welche Themen neu aufgenommen werden? Darum ging es in den Workshops der Integrationskonferenz, denen in sechs Themenbereichen (Querschnittsaufgabe; Angebote; Vielfalt und Teilhabe; Interkulturelle Öffnung; Kooperation; gegen Rassismus und Diskriminierung) jeweils eine oder mehrere Leitlinien zugeordnet waren.

Die Teilnehmer diskutierten und bewerteten, was sich bisher bewährt hat, was noch offen oder ungelöst ist, welche konkreten Schritte empfohlen werden, um die Leitlinien weiter umzusetzen und was inhaltlich ergänzt werden müsste. **DK**

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...



„Wir sind die Champions, my friend. Erstmals haben wir mehr Ein- als Auspendler in der Stadt. Das zeigt, wie bärenstark und attraktiv der Gewerbestandort ist.“ Mein Chef, der Bürgermeister, hatte gerade die neuesten statistischen Zahlen in die Hand bekommen.

In der Tat waren wir lange eher eine verschlafene Stadt, deren Bewohner mehr oder weniger für sich gelebt und produziert haben. Dann wurden wir nach und nach wegen der guten Anbindung an Eisenbahn und Autobahn zur Schlafstadt für die nächste Großstadt, aus der die Leute scharenweise in das vermeintlich unberührte und heile Kleinstadtdyll zogen. Neue Siedlungen entstanden ebenso wie massive Verkehrsprobleme. Unser Chef wollte nicht nur Herbergsvater und Hotelportier für die umliegenden Gewerbestandorte sein, sondern machte mit einer aktiven Ansiede-

Trennung von Life and Work?

lungspolitik die Stadt für Unternehmen attraktiv. Gewerbegebiete entstanden, Gründerzentren und auch die Dienstleistungen wurden nicht vernachlässigt. Jetzt haben wir eine ganze Menge Arbeitsplätze mehr in der Stadt. Was geblieben ist, sind die Verkehrsströme, nur dass sie nicht mehr allein einseitig hinaus, sondern gegenseitig auch hineinfließen. Deutschland, einig Pendlerland.

Ich muss gestehen, ich wohne so nahe am Rathaus, dass es sich fast nicht rentiert, für die kurze Strecke das Fahrrad zu nehmen. Also fehlt mir die Erfahrung im Pendeln. Irgendwas muss ja dran sein. Oder gilt hier die scherzhafte Parole „Leute trinken Blut, Millionen Mücken können sich nicht irren“?

Pendeln stelle ich mir zunächst als gigantische Verschwendung von Lebenszeit vor. Man sitzt ein oder zwei Stunden am Tag im Auto oder in der Bahn. Gut, im Auto kann man seine Lieblings-Playlists oder ein Hörbuch hören, im Zug gemütlich lesen. Gemütlich? Immer wenn ich Zug fahre, ist der bis auf den letzten Platz besetzt und die Stuhlplatzbesitzer brauchen keine Haltevorrichtung, weil sie so dicht gedrängt stehen, dass sie eh nicht umfallen können. Dann

die dauernden Verspätungen! Und Auto fahren ist ja auch nicht stressfrei. Ich sage nur Staus, Baustellen, Idioten vor einem.

Warum pendelt man also? Wegen der Pendlerpauschale, wie einige vermuten, bestimmt nicht - die deckt nur einen Teil der Kosten. Weil man möglichst lange von zu Hause weg sein will? Ich empfehle Scheidung als Lösung. Oder weil es eine Notwendigkeit gibt? Fakt ist, dass die Wohnkosten umso mehr steigen, je größer und wirtschaftlich attraktiver die Stadt ist. Unsere Leute wohnen also bei uns günstiger, als wenn sie in die nächste Stadt ziehen würden und Arbeitnehmer unserer Firmen hätten bei uns mehr Kosten als bei sich auf dem Dorf.

Dann gibt es ja auch ganz andere Motive, etwa die Sehnsucht nach einem Leben im überschaubaren Rahmen, in dem man noch die Nachbarn auch in der übernächsten Straße kennt, statt der Anonymität in der Großstadt. Das Verwurzelsein in einem Dorf oder einer Stadt, die man nicht verlassen will, solange man die Arbeitsstätte noch mit einigermaßen Aufwand erreichen kann. Die relative Nähe zu Freizeitangeboten, die man auch mal nach Feierabend nutzen will, seien es Berge, Seen oder Radwege.

Außerdem hat der Abstand zwischen Arbeiten und Leben auch ein Gutes: Man wird von der Arbeit nicht so in Beschlag genommen. In der Landwirtschaft ist es heute noch so, bei den Handwerkern, die über der Werkstatt gewohnt haben, war es früher genauso: Leben und Arbeit gehen ineinander über. Ich gebe offen zu, dass ich auch manchmal samstags ins Büro komme, um etwas zu erledigen, das ich fein bis Montag aufgeschoben hätte, wenn ich auch noch eine Stunde ins Office hätte fahren müssen. Pendeln kann also auch Selbstschutz oder bewusste Trennung von Life and Work sein. Der Balance wegen.

Mein Chef, der Bürgermeister, wohnt auch keine zehn Minuten von Rathaus entfernt. Er braucht auch keinen Abstand, denn er hält es mit dem amerikanischen Schriftsteller John Steinbeck: „Die Kunst des Ausruhens ist ein Teil der Kunst des Arbeitens.“

the
Sabrina

Tag der Franken in Kitzingen

Zu einem Fest für die Franken wurde der Tag der Franken in Kitzingen. Bei idealem Volksfest-Wetter drängten sich Tausende von Besuchern hinunter zur Alten Mainbrücke und hinüber auf das Gartenschauland und erlebten Trachtentänzer, Volksmusiker, Theaterspieler und Mundart-Poeten. Auf dem Weg über den Main gab es rund 2.000 kleine Kunstwerke zu sehen, die im Rahmen eines Kunstprojekts aller Kitzinger Schulen von den Schülerinnen und Schülern am Geländer angebracht worden waren. Zeitgleich fand das Unterfränkische Musikschulfestival statt.

Begonnen hatte der Franken-Tag mit einem Festakt im Herzen der Stadt auf der Bühne des Bayerischen Rundfunks. „Franken ist ein starkes Stück Bayern“, zitierte Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel den bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer, der seine Teilnahme am Tag der Franken kurzfristig abgesagt hatte, um damit auszudrücken, „dass der bayerische Regierungschef zumindest gedanklich unter uns ist“. Er sei sich aber sicher, dass Seehofer „heute viel lieber bei uns in Kitzingen wäre als im fernen Berlin“, so Dotzel weiter. Unterfranken sei liebenswert und berechenbar – was man von Berlin nicht immer sagen könne!

Der Tag der Franken stehe 2017 unter der großen Überschrift „Kultur-Brücken“, erläuterte Dotzel. Dahinter stünde die Idee, dass Brücken die Menschen zusammenbringen. „Denn wo es Brücken gibt, werden Güter transportiert und Geschäfte abgeschlossen, dort findet Handel statt und werden Ideen ausgetauscht.“ Deswegen seien Brücken auch ein beliebtes Motiv in der Kunst und in der Literatur. Brücken ermöglichten Annäherung und zugleich Wandel. Brücken seien für den Fortschritt in einer modernen Welt einfach unverzichtbar.

Landrätin Tamara Bischof sah

den Tag der Franken in Kitzingen auch als einen „Brückenschlag zwischen Stadt und Landkreis“. Der Tag der Franken zeige die Lebensfreude, das Lebensgefühl und die Gastfreundschaft, die hier gepflegt würden. Moderne und Tradition gehörten zusammen, sagte die Landkreis-Chefin und verwies auf die exzellenten Weine aus dem Landkreis Kitzingen und die reizenden Vinotheken, die im Zusammenhang mit der Weinkultur entstanden seien. In Abwandlung des Seehofer-Zitates stellte sie fest: „Kitzingen ein starkes Stück Franken!“

Offen und tolerant

Oberbürgermeister Siegfried Müller lobte seine Stadt als „offen und tolerant“. In Kitzingen lebten Menschen aus 94 unterschiedlichen Ländern – „wenn man Oberbayern und Niederbayern dazu nimmt!“, sagte das Stadtoberhaupt augenzwinkernd. Diese Vielfalt fand wohl auch im reichen Kulturprogramm ihren Niederschlag. Insbesondere verwies Müller auf das Unterfränkische Musikschulfestival und das 25-jährige Bestehen der Städtischen Musikschule sowie das Kunstprojekt der Kitzinger Schülerinnen und Schüler auf der Mainbrücke. Einen großen Wunsch gab der Bürgermeister

den anwesenden Spitzenpolitikern mit nach München: Unterstützen Sie uns beim barrierefreien Ausbau unseres Bahnhofs!

Landtagspräsidentin Barbara Stamm sagte, dass „ihr das Herz aufgeht“ beim Blick auf das bunte Treiben in den Kitzinger Straßen. Insbesondere die Beteiligung der vielen jungen Menschen wertete sie als optimistischen Ausblick auf die Zukunft. Beim Tag der Franken gehe es nicht darum, den Oberbayern etwas zu beweisen, sagte sie. Vielmehr gehe es darum, zu zeigen, was in Franken geschehe, was hier möglich sei, wofür Franken stehe.

Nicht minder selbstbewusst zeigte sich Innenminister Joachim Herrmann. Er erinnerte in seiner Festansprache an den so genannten Glücksatlas, laut dem die Bayern ohnehin sehr zufrieden mit ihrer Lebenssituation seien. Innerhalb des Freistaats seien die Franken am glücklichsten, betonte Herrmann. Dies sei nach seiner Ansicht zurückzuführen auf die hohe Sicherheit, die Lebensqualität und die Zukunftschancen, die Nordbayern zu bieten habe.

„Wir fühlen uns wohl, wir leben gerne hier, und wir fühlen uns hier zu Hause“, lautete die Formel, auf die der Innenminister das fränkische Lebensgefühl brachte. Franken habe einen eigenen Charakter. „Wir hatten schon eine große Kultur, als es Bayern im heutigen Verständnis noch gar nicht gab!“ Stimmgewaltig zeigte sich Herrmann im Anschluss an seine Rede auch beim gemeinsamen Absingen des Frankenliedes – auch, weil er alle sechs Strophen auswendig kannte. □

Krisendienst Bezirksaufgabe:

Mittelfranken als Vorbild nicht nur in Bayern

Finanziert wird er vom Bezirk Mittelfranken, der Krisendienst im Rahmen der ambulanten sozialpsychiatrischen Betreuung. „Deutschlandweit einmalig“ ist das System für die Menschen rund um Nürnberg, Fürth, Erlangen oder Ansbach, da ist sich Bezirksstagspräsident Richard Bartsch sicher.

Die Aufgabe dieses Dienstes: „Er hilft verhindern, dass Menschen in einer akuten psychiatrischen Krise sofort in ein psychiatrisches Krankenhaus gebracht werden“, erklärt Richard Bartsch. So erreiche man den Krisendienst auch dann per Telefon, wenn die übrigen Beratungsstellen geschlossen haben, also nachts und am Wochenende.

Lebensqualität erhalten

Geschulte Fachkräfte, die bei Bedarf durch das Büro in Nürnberg verständigt – Bartsch nennt sie „Schläfer“ – stehen dafür in ganz Mittelfranken bereit. „Der Dienst hilft in jeder Lebenssituation, Lebensqualität zu erhalten“, stellt Mittelfrankens Bezirksstagspräsident heraus. Denn selbst im akuten Krisenfall müssen Betroffene nicht unbedingt ins Krankenhaus, werden also nicht drei, vier Tage aus dem Privatutemfeld herausgerissen.

Und wie funktioniert dieser Krisen-Notdienst praktisch? „Die haupt- und nebenberuflichen Fachkräfte übernehmen ei-

ne Art Notversorgung, bis sich die jeweilige Situation beruhigt hat. Wenn das klappt, ist es natürlich besser, als wenn wie



Richard Bartsch.

woanders die Polizei von der Nachbarschaft gerufen wird, um die Situation zu entschärfen oder für Ruhe zu sorgen“, erläutert Richard Bartsch.

Dass diese anerkannt beispielhafte sozialpsychiatrische Krisenversorgung im Bezirk

Mittelfranken entstehen konnte, lag nach Bartsch' Meinung vor allem an der Historie der Krankenhäuser für psychisch Kranke. Schon seit 170 Jahren gibt es in Erlangen eine solche Klinik. Nach dem 1. Weltkrieg bekam sie in Fürth eine Außenstelle und schon vorher in Nürnberg. Aus diesen Stellen entstanden später der Sozialpsychiatrische Dienst im Gesundheitsamt Nürnberg und jener des Bezirks in Fürth.

Gemeinsamkeit für die Patienten

Inzwischen gibt es auch in allen anderen Landkreisen und kreisfreien Städten solche Beratungsstellen. Diese werden von Verbänden der freien Wohlfahrtspflege und deren Organisationen getragen. Konkret arbeiten die arbeitsfreie AWO Nürnberg, die Stadtmission Nürnberg, der Sozialpsychiatrische Dienst der Stadt Nürnberg und der Dienst des Bezirks in Fürth für den Krisendienst Mittelfranken zusammen: Gemeinsamkeit für die Patienten statt Konkurrenzgedanken also.

Wobei der Freistaat den Bezirken die Aufgabe flächendeckend dichter Netze ambulanter Betreuung eigentlich schon Mitte der 1980er Jahre zugewiesen hat. Mittelfranken hatte das Ziel etwa zehn Jahre später geschafft, war damit Beispiel für andere Bezirke, und das nicht nur in Bayern.

Sehr wichtig sind Bartsch „auch die Sprechstunden mit muttersprachlichen Mitarbeitern, türkisch- oder russischsprachig beispielsweise. Die

haben sich viel Vertrauen erarbeitet.“ Entstanden sei dieses Netzwerk auf Initiative der Nürnberger Fachkräfte. „Die haben gemerkt, man kommt in Deutsch allein nicht weiter. Doch es dauert, bis es in die jeweiligen Kreise durchdringt, dass es solche Berater in den Beratungsstellen gibt“, auch das mussten die Mittelfranken erfahren.

Genauso wie für psychisch Kranke gibt es auch ein flächendeckendes Beratungsnetz für Menschen, bei denen eine Suchterkrankung das Hauptproblem ist. Was bedeutet: Zu den 60 Vollzeitstellen, die psychisch Kranke beraten und im Krisendienst tätig sind, kommen für die Suchtberatungsstellen noch einmal 75 Vollzeitstellen hinzu. Nicht zu vergessen: die zahlreichen Honorar- und ehrenamtliche Kräfte.

Klar, dass ein solches Netzwerk nicht umsonst zu haben ist. Für die Sozialpsychiatrischen Beratungsstellen gibt der Bezirk jedes Jahr 4,4 Mio. Euro Steuermittel aus. Dazu kommen vergleichsweise günstige 200.000 Euro für den Krisendienst. Die Suchtberatungsstellen schlagen mit weiteren 5,7 Mio. Euro zu Buche.

Wunsch nach mehr Angebot

Und auch klar: Bartsch würde sich mehr Angebote wünschen. „Aber wenn wir mehr wollen, müssen wir vom Freistaat und den Kommunen mehr erkämpfen, also politisch durchsetzen. Die Beratung für den hilfesuchenden Menschen ist in jedem Fall kostenlos. Denn die kommen, sind ja Bürger. Und wenn nicht wir, dann müssten die Städte oder Landkreise die Betreuung selber anbieten.“ Für ihn steht die Notwendigkeit außer Frage. Und das Geld kommt letztlich ohnehin vom Steuerzahler, egal welche staatliche Stelle die Beratung anbietet.

Heinz Wraneschitz

Beilagenhinweis

Einem Teil dieser Ausgabe liegt die Zeitschrift MIKADO bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.



V.l.: Evang. Dekan Dr. Wolfgang Bub, Hanns und Gerlinde Dorfner, Landrat Franz Meyer, Kirchhams Bürgermeister Anton Freudenstein und Altbischof Wilhelm Schraml.

Verneigung vor einem „Grandseigneur der Politik“

Altlandrat Hanns Dorfner feierte 75. Geburtstag Empfang von Landkreis und Heimatgemeinde

Enge Freunde, politische Weggefährten, hochrangige Vertreter aus Kirche, Politik und Gesellschaft sowie ehemalige und jetzige Mitarbeiter des Landratsamtes Passau: Aus vielen Bereichen kamen die Gratulanten, die Altlandrat Hanns Dorfner bei einem Empfang von Landkreis Passau und Gemeinde Kirchham im Bürgerhaus der Gemeinde zu seinem 75. Geburtstag die Ehre gaben.

Landrat Franz Meyer dankte seinem Amtsvorgänger unter anderem für ein „wohlbestelltes Haus“, das er 2008 übernehmen konnte und würdigte Dorfners „auch jetzt tragende und aktive Rolle in der Landkreisfamilie“.

Beim Empfang, der vom Spielmanszug Kirchham umrahmt wurde, konnte Bürgermeister Anton Freudenstein u. a. Altbischof Wilhelm Schraml, Dekan Dr. Wolfgang Bub, Dompropst Dr. Michael Bär, Bezirksstagsvizepräsident Max Brandl, Vilshofens Altbürgermeister Hans Gschwendtner und den ehemaligen Präsidenten

der Uni Passau, Prof. Dr. Walter Schweitzer, begrüßen.

Dorfners Vorbildrolle als Politiker, der im Glauben ruhe und ihn verkörpere, stellte Michael Bär in den Mittelpunkt. „So wahr mir Gott helfe“ sei ein zentrales Motto Dorfners im politischen wie privaten Leben.

Der Jubilar selbst sah seinen Wunsch, nicht zuviel Aufhebens um seinen Geburtstag zu machen, nicht ganz erfüllt, stellte aber dennoch mit einem Augenzwinkern fest, dass Feiern immer die richtige Wahl sei. „Und dazu ist man nicht zu alt, ganz im Gegenteil!“

Vorschau auf GZ 14

In unserer Ausgabe Nr. 14, die am 27. Juli 2017 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunale Energiethemen
- Öffentliche Beleuchtung · Straßenbeleuchtung
- Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV
- Winterdienst-Planung · Kommunalfahrzeuge

LIEFERANTEN - GZ - NACHWEIS

Absperrpfosten



Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@knoedler.de
Internet: www.knoedler.de

Abzeichen



Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Postfach 1654
96406 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de

Bau



ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com



Qualität aus Deutschland

Energiedienstleistung



Fahnenmaste + Fahnen



Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Postfach 1654
96406 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de

Fahnenmaste + Fahnen



FAHNEN KÖSSINGER
• Fahnen
• Maste
• Roll-Ups
• Bekleidung
• und vieles mehr
www.fahnen-koessinger.de
Telefon: 09451 / 9313-0



Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@knoedler.de
Internet: www.knoedler.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

CONSTANZE VON HASSEL
Telefon 081 71.93 07-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Gewerbepbau



Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500

Kindergärten · Turnhallen · Mehrzweckhallen
Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

www.laumer.de . info@laumer.de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg-Lengfeld, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:

www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Schacht-Ausrüstungen

Schachtdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme



Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218
Telefon: (02773)821256 · www.hailo-professional.de

Sitzmöbelhersteller



Walter Krenzer GmbH & Co KG · Industriestraße 26 · 35684 Dillenburg (Frohnhäusen)
Tel.: 02771/3208-0 · E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de · www.krenzer-sitzmoebel.de

Wissen was für bayerische Kommunen wichtig ist:

Ihr ABO der
BAYERISCHE
Gemeindezeitung
www.gemeindezeitung.de

Weihnachtsbeleuchtung



Wir liefern in 8-14 Tagen -
und das bis kurz vor Weihnachten!

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de

Juni 2017
edition

ISSN 0944-5749
14,80 €

Organ von



HOLZBAU
DEUTSCHLAND
BUND DEUTSCHER
ZIMMERMEISTER

Förderpartner
DEUTSCHER
HOLZBAU

mikado

Unternehmermagazin für Holzbau und Ausbau

Kommunaler Holzbau

REFERENZ FÜRS
REFERAT

mikado edition 2017 // Inhalt



ARCHITEKTURWERKSTATT VALLENTIN

München baut Mustersiedlung ganz aus Holz

Im Prinz-Eugen-Park in München entsteht ein Quartier ganz aus Holz. Zwei Architekturbüros, die Architekturwerkstatt Vallentin (München) und Johannes Kaufmann (Dornbirn), haben sich in einer ARGE zusammengetan, um gemeinsam ein Baufeld des Prinz-Eugen-Parks zu gestalten.

Seite 14



JULIA SCHAMBECK, MÜNCHEN

Aus drei mach eins

Im oberbayerischen Erding sollte in der Mitte eines zukünftigen Wohngebietes eine sechsprüppige Kindertagesstätte entstehen. Die Stadt lobte hierfür einen Wettbewerb aus und entschied sich, das „Häuser-Haus“ aus drei Satteldachbaukörpern von Hirner & Riehl Architekten zu realisieren.

Seite 28

Einführung

6 // Klimaschutz

Peter Aicher erklärt, warum Kommunen noch öfter auf Holz als Baustoff zurückgreifen sollten.

8 // Akustik

Die Entscheidung über gute oder keine Akustik bei Bauprojekten fällt häufig innerhalb weniger Minuten. Gerade in Räumen für Bildung geht es in diesen Minuten ganz wesentlich um Gesundheit.

12 // Stadtplanung

Im Prinz-Eugen-Park werden 488 Wohneinheiten in Holzbauweise entstehen. *mikado* sprach darüber mit der Münchner Stadtbaurätin Elisabeth Merk.

Wohnen

14 // München

Mit der ökologischen Mustersiedlung in der Prinz-Eugen-Kaserne wagt sich die Stadt München auf ein völlig neues Gebiet.

20 // Tirol

Interessanter Vergleich: Eine Studie stellt einen neu errichteten Stahlcontainerbau einer Lösung in Holzbauweise gegenüber.

Kindertagesstätte

24 // Schwemlingen

Bei der Planung des Kreativhauses musste der Holzbauer flexibel sein.

28 // Erding

Die Überlegungen der Architekten galten zuerst dem zukünftigen Umfeld. Das Kinderhaus wird von Wohngebäuden mit Satteldächern umgeben sein.

32 // Wuppertal

Eine Fassade aus robusten Faserzementtafeln trotz aufprallenden Bällen oder Stößen.

34 // Bonn

Den Eltern der Kindergartenkinder war die Verarbeitung nachhaltiger Materialien ein Anliegen.

38 // Geesthacht

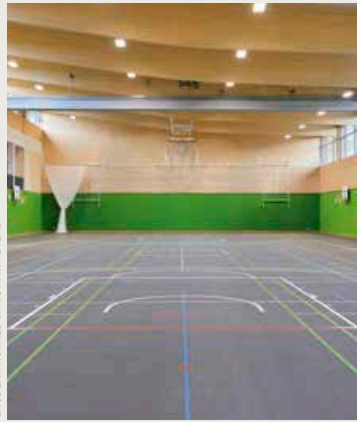
Eine Gipsfaser-Platte schützt vor Schadstoffen in der Raumluft.

Bildung

42 // Nürnberg

Die Gebäude der Maria-Ward-Schule hatten ausgedient. Die Bauarbeiten sind in vollem Gange.

Abdichtung nach Maß – genau mein Plan.



GRUBER/MICHAEL CHRISTIAN PETERS

Sportlich unterwegs

Eine neue Turnhalle mit Platz für den sämtlichen Vereins- und Schulsport. Das war der Wunsch der Stadt Rötz im Landkreis Cham in der Oberpfalz. Dem gegenüber stand ein begrenztes Budget. **Seite 62**

Titel:
Martin Cleveland

Ein Magazin der
WEKA MEDIA
GmbH & Co. KG



46 // Detmold

Ein besonders ehrgeiziges Vorhaben hatte sich der Kreis Lippe bei der energetischen Sanierung zweier Berufskollegs vorgenommen.

62 // Rötz

In der Stadt Rötz im bayerischen Landkreis Cham entstand eine Sporthalle aus regionalem Holz.

66 // Gloucestershire

Aus einem ehemaligen Atomforschungsgebäude in Berkeley (UK) ist ein Forschungszentrum für erneuerbare Energien entstanden.

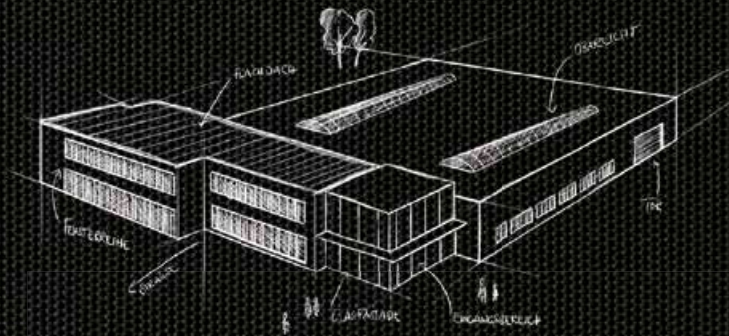
Rubriken

- 3 // Editorial
- 50 // Branchenführer
- 57 // Produkte
- 60 // Inserenten
- 70 // Vorschau/Impressum

Weitere News finden Sie auf:

 www.facebook.com/dieholzbauseite

www.mikado-online.de



CARLISLE® – WASSERDICHTER LÖSUNGEN FÜR IHRE VISIONEN.

- Extrem langlebige EPDM-Abdichtungen für Dach, Fassade, Bauwerk
- Maßgeschneiderter Service: von Ausschreibung bis Fertigstellung
- CARLISLE® ACADEMY Architektenseminare

Jetzt beraten lassen: www.ccm-europe.com

CARLISLE
CM EUROPE



▲ Eine Klimaschutzmaßnahme mit niedrigen CO₂-Vermeidungskosten: Im Prinz-Eugen-Park fördert München jedes verbaute Kilogramm Holz mit bis zu 2 Euro

„Holzbau ist Klimaschutz.“

Die Holzbauweise ist mit großem Abstand die klimafreundlichste Bauweise. Im Gegensatz zu künstlich hergestellten Baumaterialien bindet Holz große Mengen des Treibhausgases CO₂.

Peter Aicher ist Vorsitzender von Holzbau Deutschland – Bund Deutscher Zimmermeister im Zentralverband des Deutschen Baugewerbes. Im Interview mit *mikado* erklärt er, warum Kommunen und andere Bauträger noch öfter auf Holz als Baustoff zurückgreifen sollten.

***mikado:* Herr Aicher, welche Vorteile ergeben sich für Bauherren, wenn sie bei öffentlichen Einrichtungen auf Holz als Baustoff zurückgreifen?**

Peter Aicher: Holzgebäude haben eine hohe Akzeptanz – sowohl bei den späteren Nutzern, die sich darin meist sehr wohl fühlen, als auch bei den Bürgern. Manchmal gibt es am Anfang noch Vorbehalte, weil irgendwelche Irrtümer und Bilder in den Köpfen rumschwirren, aber wenn das Gebäude fertig ist, dann verstummen diese meist und es herrscht große Einigkeit, dass die Entscheidung für Holz richtig war. Ein weiterer großer Vorteil sind die kurzen Bauzeiten. Aber gerade die öffentliche Hand

sollte nicht nur an eigene Vorteile denken, sondern auch an ihre besondere Verantwortung. Die Holzbauweise ist nun einmal die mit großem Abstand klimafreundlichste Bauweise, weil im Holz große Mengen des Treibhausgases CO₂ gebunden sind, während künstlich hergestellte Baumaterialien große Mengen CO₂ freigesetzt haben. Holz nimmt innerhalb der Baumaterialien deshalb eine Sonderrolle ein. Holzbau ist aktiver Klimaschutz. Es wäre inkonsequent, wenn eine Kommune einen Klimaschutzmanager einstellt, beim Bauen der Klimaschutz aber keine Rolle spielen darf. Gerade beim Bauen existieren ja ganz große CO₂-Einsparpotenziale zu geringen CO₂-Vermeidungskosten. Vor allem wird das CO₂ sofort eingespart, nicht erst über einen langen Zeitraum von 50 oder 100 Jahren. Das ist entscheidend, denn der Klimaschutz ist eine dringende Aufgabe. Es geht darum, in den nächsten Jahrzehnten die CO₂-Emissionen so stark wie möglich zu senken, damit die Ökosysteme Zeit haben, sich an die Klimaerhitzung anzupassen – das wird heute leider oft vergessen. Die nächsten Jahrzehnte sind entscheidend, nicht

die Bilanz am Ende unseres Jahrhunderts. So betrachtet bietet die Holzbauweise tatsächlich einen weiteren großen Vorteil: Klimaschutzziele lassen sich besonders schnell und kostengünstig erreichen.

Stimmt es, dass ein Holzbau immer teurer ist als konventionelle Neubauten?

Nicht immer. Der Münchner Architekt Holger König, Pionier auf dem Gebiet der Lebenszyklusanalyse, hat vor zwei Jahren die CO₂-Vermeidungskosten von fünf Holzgebäuden errechnet – darunter zwei öffentliche Verwaltungsgebäude, eine Hochschule und eine Behindertenwerkstatt – und dabei festgestellt, dass die Baukosten bei der realisierten Holzbauweise oft geringer waren, als sie bei der Standardbauweise gewesen wären. Die CO₂-Vermeidungskosten sind das Verhältnis der Mehrkosten zur erzielten CO₂-Einsparung. Mehrkosten sind aber wie gesagt gar nicht immer der Fall. Wie häufig sie der Fall sind, lässt sich schwer sagen, weil ja kein Architekt Gebäude parallel in der einen und in der anderen Bauweise durchplant und dann ausschreibt. Von daher gibt keine statistisch repräsentative Erfassung der Kostenunterschiede. Für den Wohnungsbau ließ die Stadt München deshalb vor Kurzem eine wissenschaftliche Untersuchung durchführen, geht bei ihrer ökologischen Mustersiedlung im Prinz-Eugen-Park von Mehrkosten aus und fördert bei Gebäuden mit zwei und drei Geschossen jedes Kilogramm verbautes Holz mit 70 Cent und bei Gebäuden mit vier oder mehr Geschossen mit 2 Euro. Der Unterschied rührt daher, dass aktuell die Brandschutzbestimmungen ab vier Geschossen strenger sind, was die Baukosten erhöht.

Brandschutz ist bei Gebäuden, die Kitas, Schulen oder auch Pflegeeinrichtungen beherbergen, ein wichtiges Thema. Wie kann dieser bei Holzbauten sichergestellt werden?

Brandschutz ist ein komplexes Thema. Grundsätzlich ist immer sicherzustellen, dass bei einem Brand alle Nutzer das Gebäude in kurzer Zeit verlassen können. Holz brennt sehr langsam ab und bildet dabei eine schützende Rußschicht. Große Brände mit giftiger Rauchentwicklung entstehen meist, weil sich Teppichböden, Vorhänge oder andere leicht entflammable Materialien entzünden. Die Brandschutzvorschriften schreiben vor, dass bestimmte Bauteile im Brandfall für mindestens 30, 60 und 90 Minuten kein Feuer fangen bzw. weiterleiten dürfen. Um dies zu erreichen, gibt es zwei gängige Methoden: Entweder verkleidet man das Holz mit Gipsplatten. Oder man führt das Bauteil in Stahlbeton oder Mauerwerk aus.

Der Holzbau verspricht ein gesundes Raumklima. Warum ist das so wichtig und wie trägt Holz dazu bei?

Auch das ist ein komplexes Thema. Es geht dabei zum einen um die sogenannten „VOCs“, also „Flüchtige organische Verbindungen“, zum anderen um die Raumluftfeuchte. Holz reguliert die Raumluftfeuchte. Wenn die Raumluft übermäßig feucht ist,



▲ Peter Aicher, Vorsitzender von Holzbau Deutschland – Bund Deutscher Zimmermeister im Zentralverband des Deutschen Baugewerbes

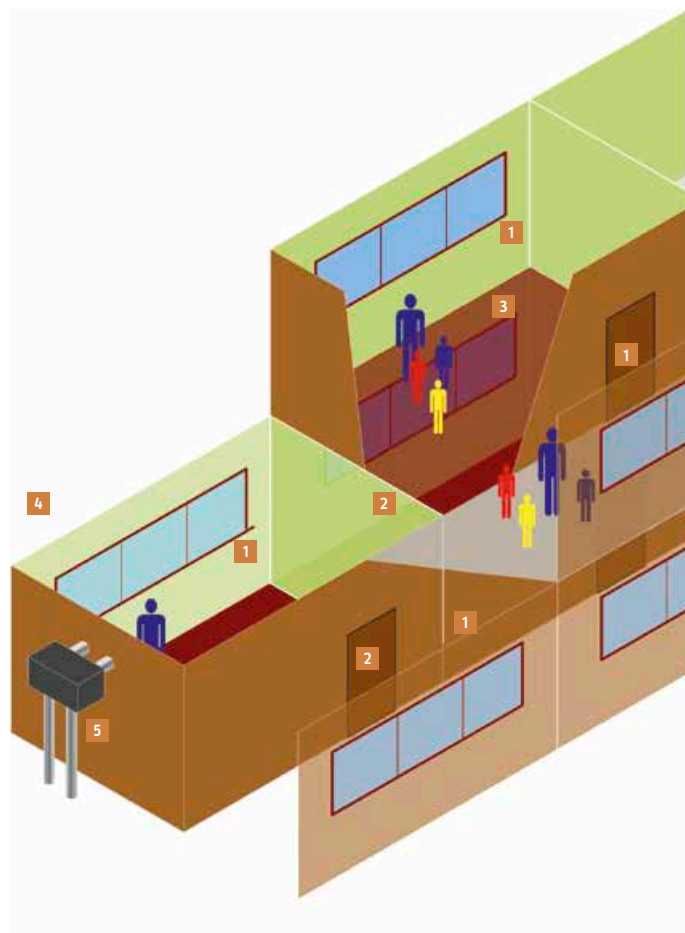
„saugt“ das Holz sozusagen einen Teil der Feuchte auf, wenn sie trockener wird, gibt das Holz die Feuchte wieder an die Raumluft ab. Das verhindert, dass die Raumluft zu trocken oder zu feucht wird. Für die Gesundheit ist das wichtiger, als die meisten Menschen denken. Bei mehr als 60 Prozent Luftfeuchte nehmen nämlich die Probleme mit Pilzen und Milben zu, bei unter 40 Prozent die Probleme mit Bakterien und Viren. Außerdem beeinträchtigt trockene Luft die Atemwege. Deshalb ist ein ausgewogenes Raumklima mit einer Luftfeuchte zwischen 40 und 60 Prozent wichtig. Bei den VOCs ist das Messen schwieriger, denn da gibt es sehr viele verschiedene. Oft werden VOCs nur quantitativ gemessen – ohne zwischen krankmachenden, unschädlichen und gesundheitsfördernden zu unterscheiden. Besonders frisch verbautes Holz dünst bekanntlich viel VOC aus, doch das ist noch lange nicht ungesund – ganz im Gegenteil. Terpene, die für den charakteristischen Holzgeruch sorgen, den die meisten Menschen als sehr angenehm empfinden, wirken sich positiv auf die Gesundheit aus. Kein Wunder, denn im Lauf der Evolution hat unser Körper gelernt, was ihm gut tut und was nicht. Auf das, was ihm gut tut, reagiert er positiv. Bei den unzähligen modernen, künstlich hergestellten Materialien kann der Körper auf keine angeborenen Erfahrungswerte zurückgreifen, deshalb kommt es hier oft zu Irritationen. Der österreichische Medizin-Professor Maximilian Moser hat in einer einjährigen Studie mit vier Schulklassen nachgewiesen, dass die Schüler in Klassenzimmern mit viel Holz deutlich gesünder, entspannter und weniger aggressiv waren als die Schüler in Klassenzimmern ohne Holz. Eine genaue Erklärung für dieses Phänomen kann die Wissenschaft noch nicht liefern, da steht die Forschung noch am Anfang.

Was kann der einzelne Holzbauunternehmer tun, um den Anteil von Holzneubauten im öffentlichen Bereich zu erhöhen?

Er kann die Verantwortlichen – also Bürgermeister, Stadt- oder Gemeinderäte, Bauamtsleiter, Schulamtsleiter, Klimaschutzmanager usw. – über die Vorzüge der Holzbauweise aufklären. Der Bayerische Zimmererverband, dessen Präsident ich auch bin, hat beispielsweise die Schriftenreihe „STOP CO₂“ mit Experteninterviews aus Wissenschaft und Architektur herausgegeben. Die PDFs kann jeder von der Website www.stopco2.jetzt herunterladen. Es gibt aber auch noch andere gute Informationsmaterialien vom Deutschen Holzwirtschaftsrat und anderen Holz-Organisationen. Holzbau ist aber glücklicherweise nicht nur ein Gebot der Vernunft, sondern auch ein ästhetischer Genuss. Das beweist beispielsweise immer wieder der Deutsche Holzbaupreis, der letzten Monat auf der Messe „Ligna“ vergeben wurde. Die vier Siegerprojekte sowie die rund 200 anderen Einreichungen sind alle in einer Broschüre dokumentiert. Die kann jeder bei Holzbau Deutschland auch in größeren Mengen bestellen. Bestellt werden kann dort auch die Informationsdienst-Holz-Broschüre „Holzbau für kommunale Aufgaben“. ■

Unerhörte Bildungsräume

Die Entscheidung über gute oder keine Akustik bei Bauprojekten fällt häufig innerhalb weniger Minuten.



Gerade in Räumen für Bildung und Weiterbildung, in Räumen für Konzentration und Kommunikation, geht es in diesen wenigen Minuten ganz wesentlich um Gesundheit, Wohlbefinden und Leistungsfähigkeit. Vor dem Hintergrund der jahrzehntelangen Nutzung durch Generationen von Lernenden und Lehrenden lohnt sich die Investition in eine gute Akustik. Die Bedeutung der akustischen Umgebungsbedingungen für das Lehren, Lernen und Leben ist wissenschaftlich und praktisch bewiesen. Schlechte Akustik in Bildungseinrichtungen und -räumen beeinträchtigt Gesundheit und Wohlbefinden, Leistungsfähigkeit, Sicherheit und sogar sozial-emotionale Faktoren.

Die zentralen Ziele akustischer Gestaltung sind Vermeidung von Lärm, Minimierung von Störungen und Gewährleistung von Sprachverständlichkeit. Die wesentlichen Gestaltungskategorien umfassen den baulichen und technischen Schutz vor Lärmquellen außerhalb und innerhalb des Gebäudes, die Reduzierung der nutzungsbedingten Geräusche und die Gewährleistung guter Kommunikation.

Gute Akustik ist Teil der ganzheitlichen Bauplanung unter Berücksichtigung des baulichen und technischen, organisatorischen und didaktischen Spielraumes. Allein die Wirtschaftlichkeit gebietet diesen integralen Ansatz für gute Akustik im Kontext anderer baulicher Belange, wie z.B. Brand-, Wärme- und



Feuchteschutz, Beleuchtung und Belüftung, Hygiene und Energieeffizienz. Das verfügbare Planungs- und Gestaltungswissen sowie das Angebot an Bauteilen und Bausystemen reichen aus, um gute Akustik in Bildungsräumen auch praktisch umzusetzen. Außen- und Innenwände, Fenster und Türen, Decken und Böden, technische Anlagen und auch schallabsorbierende Elemente bieten Vielfalt und Spielraum für individuelle und intelligente Lösungen.

Gute Akustik kostet Geld, genauso wie gute Luft und gutes Licht. Bei Neubauten und umfassenden Sanierungen liegen die Zusatzkosten für nutzungsgerechte Akustik bei 1 Prozent der Bausumme. Besserer Schallschutz ist bei Leichtbauwänden etwa 10 Euro pro Quadratmeter teurer als die einfachste Version und pro Tür kostet eine automatische Absenkdichtung etwa 30 bis 100 Euro. Für die Raumakustik gilt: 1 m² Raum kostet so viel wie die Akustikdecke für einen ganzen Unterrichtsraum.

Wirkung von Lärm und Nachhall

Lärmbedingt beeinträchtigte Wahrnehmung und Aufmerksamkeit stören die Informationsaufnahme und -verarbeitung. Sind Störgeräuschpegel zu hoch und Nachhallzeiten zu lang, werden Sprachsignale verzerrt und falsch oder gar nicht verstanden. Schlechte Umgebungsakustik beeinflusst auch das emotionale Erleben und Sozialverhalten. Lärm setzt z.B. die Bereitschaft zu prosozialem Verhalten herab und beeinträchtigt das Miteinander. Die Freundlichkeit und Geduld des Lehrpersonals nimmt in Räumen mit schlechter Akustik schneller ab. Auch besteht ein Zusammenhang zwischen zu langen Nachhallzeiten in Klassenräumen und den Fehlzeiten der Lehrerinnen und Lehrer. Unbestritten ist, dass optimale akustische Bedingungen insbesondere dann erforderlich sind, wenn eine höhere Empfindlichkeit besteht, etwa bei Menschen mit Hörschwierigkeiten.

◀ Prof. Dr.-Ing. Philip Leistner,
Fraunhofer-Institut für Bauphysik IBP



BEI JEDEM GEBÄUDE GIBT ES VIELE INNERE UND ÄUSSERE STÖRQUELLEN

- 1 Nachhaltigkeit
- 2 Schallschutz von Wänden, Türen etc.
- 3 Trittschallschutz von Decken
- 4 Schallschutz von Außenbauteilen
- 5 Geräusche von haustechnischen Anlagen

Nutzungsgerechte Akustik im Kontext

Der zentrale Arbeits- und Lebensbereich sind die Unterrichts- und Arbeitsräume, ob als kleinerer Seminarraum oder größerer Vorlesungssaal, ob als EDV-Labor, Werkstatt oder Maschinenhalle. Hier müssen die Sprachverständlichkeit erhöht und selbst erzeugte sowie externe Störpegel minimiert werden. Es gibt aber in Bildungsgebäuden noch andere Räume mit akustischen Ansprüchen. Cafeteria, Mensa oder Betriebsrestaurant sollen trotz vieler Nutzer und lauter Nutzergeräusche eine Erholungsmöglichkeit bieten. Ein ebenso zentraler Ort kann eine Bibliothek sein, in der akustische Rahmenbedingungen konzentrierte geistige Arbeit möglich machen. Eine geeignete Raumstruktur mit abschirmenden Elementen sowie eine ruhefördernde Raumakustik sind dafür die richtigen Maßnahmen.

Das Gehör gilt als das Alarmorgan des Menschen und ist daher für die meisten technischen Notfallsysteme die Grundvoraussetzung. Daher müssen passende akustische Bedingungen auch in Fluren und Fluchtwegen hergestellt werden, um hörbare und verständliche Signale und Informationen zu gewährleisten.

WEITERE INFORMATIONEN

Mehr zum Thema Akustik in Lebensräumen für Erziehung und Bildung gibt es in der gleichnamigen Richtlinie des Fraunhofer Instituts für Bauphysik IBP.

Am 14. und 15. November 2017 findet in der Carl-Benz-Arena in Stuttgart zudem der 5. Kongress „Zukunftsraum Schule“ statt. Unter www.zukunftsraum-schule.de finden Sie weitere Informationen zu der Veranstaltung.

www.mikado-online.de

ALUCOBOND®

Aluminiumverbundplatten für die vorgehängte hinterlüftete Fassade.



MODERNES DESIGN

IN HOLZBAUWEISE

- ▶ Wirtschaftliche und nachhaltige Fassadenlösungen
- ▶ Leichte Verarbeitung und Formbarkeit mittels Fräskanttechnik
- ▶ Problemlos großformatig um die Ecke planen



3A Composites GmbH
Alusingenplatz 1
78224 Singen, Deutschland
Tel +49 7731 - 941 2060
info.eu@alucobond.com



www.alucobond-auf-holz.de

TÜREN ZÄHLEN ZU DEN AKUSTISCHEN SCHWACHSTELLEN



Anforderungen

Bei nutzungsbezogenen akustischen Anforderungen bieten der Grundriss sowie die Orientierung des Gebäudes und der jeweiligen Räume wesentliche Möglichkeiten, den baulichen Aufwand z. B. für den Schallschutz zu minimieren. Ein weiterer Schritt in diesem Sinne ist die Verwendung standardisierter baulicher Elemente. Allein aus baupraktischen Gründen sollten nicht jede Wand, jede Tür oder die schallabsorbierenden Elemente für jeden Raum anders dimensioniert werden.

Schallabsorber

Die Wahl der passenden Schallabsorber für gute Raumakustik ist nicht nur eine akustische Entscheidung, sie besteht in der passenden Kombination der Gebrauchseigenschaften je nach Nutzungsprofil und Raumeigenschaften. Auch aus gestalterischen Gründen gibt es nicht den schallabsorbierenden Allrounder. Vielmehr ist ein breites Angebot technologisch ausgereifter, funktional integrierbarer und architektonisch gestaltbarer Lösungen gefragt. Bei richtiger Wahl der Stoffeigenschaften können an sich alle porösen Schichten gleichermaßen breitbandig Schall absorbieren. Lediglich die Dicke oder Einbauhöhe begrenzt in der Praxis die akustische Leistungsfähigkeit. Die wesentlichen Unterschiede resultieren daher aus Gesichtspunkten wie Brandschutz und Hygiene, Gewicht und natürlich Kosten.

Die akustische Wirkung von Flächengebilden mit Decken- oder Wandabstand, d. h. voll- und teilflächig abgehängte Unterdecken, ist meist auf einen Frequenzbereich beschränkt, der vom gewählten Wandabstand abhängt. Steht im Raum nur begrenzt Oberfläche zur akustischen Verfügung, so bieten sich hochabsorbierende, im gesamten Frequenzspektrum wirkende Schallabsorber an. Umgekehrt sind bei ausreichender Fläche Abstriche beim Absorptionsvermögen akzeptabel.

Ausführung und Platzierung der Schallabsorber sollten unter verschiedenen Gesichtspunkten bewertet werden. Einerseits bewirken die meisten Absorberbauteile in den Raumecken und -kanten mehr als auf Wand- und Deckenflächen. Andererseits können z. B. eingeschränkte Befestigungsmöglichkeiten in denkmalgeschützten Gebäuden, thermisch aktive Betondecken, die nicht vollständig verdeckt werden dürfen, und andere Randbedingungen eine geschlossene Akustikdecke ausschließen. In diesen Fällen sind schallabsorbierende Segel oder andere Einzelelemente an verschiedenen Raumflächen realisierbar. Schließlich können in Lernlandschaften oder anderen offenen Arbeitsbereichen auch Stell- bzw. Schirmwände sowie das Mobiliar gezielt zur Schallabsorption beitragen. Letztlich führen der Bezug zur Nutzung und die darauf abgestimmte Gesamtschau aller wirksamen Elemente zum Ziel. Daher sind in der Praxis ganzheitlich tragfähige Lösungen gefragt – und nur selten Schallabsorber mit Rekordwerten. ■

PRAKTISCHE GESTALTUNGSHINWEISE

Die akustische Schwachstelle nach außen sind Fenster, weshalb an Hauptstraßen auf Schallschutzfenster und schallgedämmte Lüftungseinrichtungen zu achten ist. Bereits ein einziger Schwachpunkt kann den resultierenden Schallschutz des Gesamtsystems beeinträchtigen.

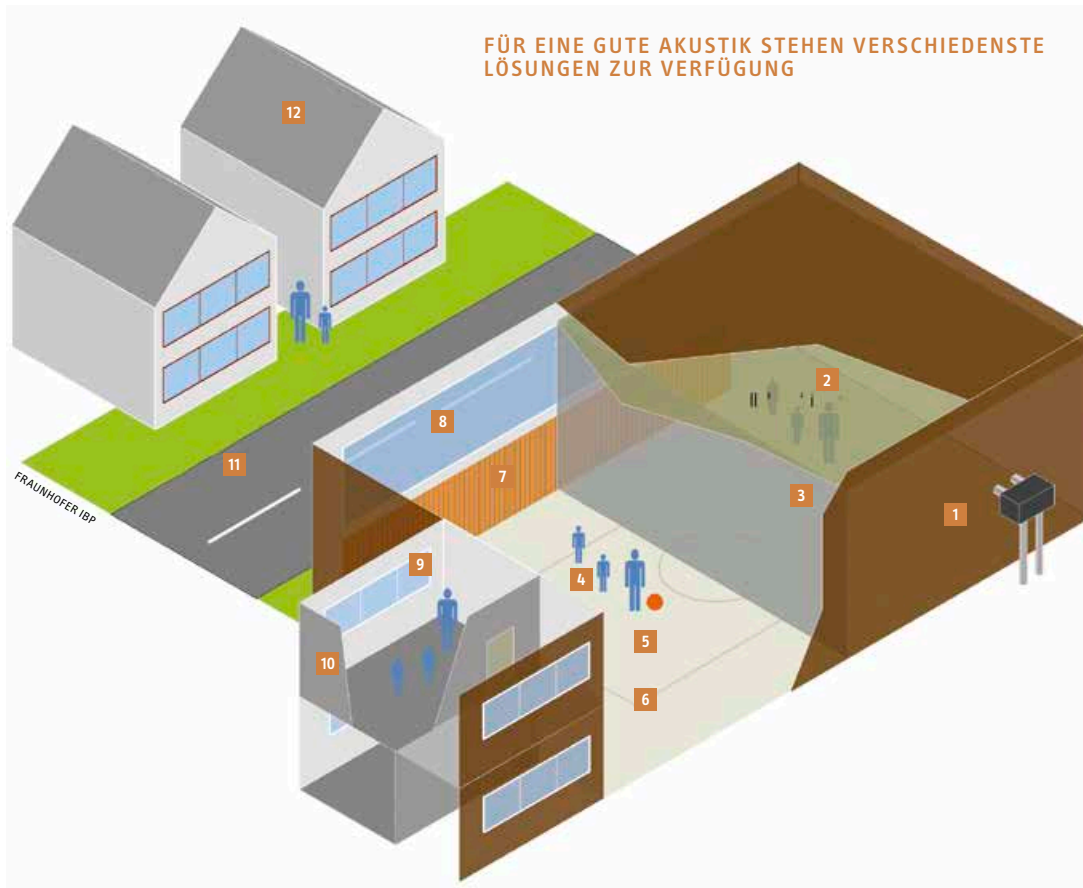
Neben der Schalldämmung sollte bei Fassaden noch ein anderer akustischer Aspekt beachtet werden: die Schallentstehung durch mechanische Einrichtungen. So hat etwa das geräuschvolle Knirschen automatisch gesteuerter Sonnenschutzanlagen ein beachtliches Störpotenzial.

Im Gebäude sind Türen in der Regel der bauakustische Brennpunkt. Schallschutz bedarf einer bestimmten Masse, aber die Türen dürfen nicht zu schwer sein. Schallschutz erfordert eine dauerhafte Dichtigkeit, aber die Türen müssen sich häufig und

leicht öffnen und schließen lassen. Meist liegen die Ursachen für unzureichende Wirkung im Einbau und anschließend in der zu seltenen Pflege und Wartung trotz starker Beanspruchung.

Eine Herausforderung in älteren Bildungsgebäuden sind Trittschall und Gehgeräusche aus Fluren und Treppenhäusern, die als Schwingungen über die Baustruktur Unterrichtsräume erreichen und dort abgestrahlt werden. Eine drastische Lärmbelastung in Räumen mit ständigem Setzen und Aufstehen sind Geräusche durch Stuhlrücken. Dagegen hilft nur die richtige Kombination von Stuhlgleitern und Bodenbelag.

Größere Auditorien nutzen nahezu alle Beschallungsanlagen, die im Abgleich mit der Raumakustik auf gute Sprachverständlichkeit einzustellen sind. Lüftungsgeräusche und laute Projektoren sollten grundsätzlich aus den Räumen verbannt werden.



- 1 Haustechnik
leise, unauffällig
- 2 Decke
schallabsorbierend
- 3 Trennvorhang
schalldämmend, schallabsorbierend
- 4 Personen
- 5 Sportgeräte
leise(r)
- 6 Boden
leise(r)
- 7 Prallwand
geräuscharm, schallabsorbierend
- 8 Fassade
schalldämmend
- 9 Trennwand
schalldämmend
- 10 Unterricht
mögliche Störungen
- 11 Außenlärm
z. B. Verkehr als mögliche Störquelle
- 12 Wohnungen
mögliche Störungen bei Wettkämpfen
oder Veranstaltungen

ADLER Lignovit Terra. Im Gleichgewicht mit der Natur.



Mit Lignovit Terra ist es ADLER gelungen, ein Holzöl speziell für umweltbewusste Bauherren zu entwickeln. Auf Basis ausgewählter und überwiegend nachwachsender Rohstoffe ist ADLER Lignovit Terra frei von Lösemitteln sowie chemischem Holzschutz. Der ökologische Schutzanstrich eignet sich dank des integrierten Wasserschutzes und der langen Haltbarkeit bestens für den Außenbereich. Lignovit Terra verleiht dem Holz eine samtig matte Oberfläche und sorgt im Innenbereich für ein angenehm natürliches Wohnklima.

ADLER
In unseren Adern fließt Farbe.

Von der Theorie zur Praxis

Klimaschutz ist für München nicht nur ein theoretisches Bekenntnis. Im Prinz-Eugen-Park entstehen 488 Wohneinheiten in Holzbauweise.

► Die GWG realisiert in der Mustersiedlung im WA 14 West ebenfalls einige Gebäude in Holzbauweise



Die Stadt München hat in ihre Bauvorhaben ein Handlungskonzept zum Thema Nachhaltigkeit integriert. Bei der neuen Mustersiedlung in der ehemaligen Prinz-Eugen-Kaserne geht sie noch einen Schritt weiter. *mikado* sprach darüber mit der Münchner Stadtbaurätin Elisabeth Merk.

***mikado:* Frau Merk, die betreffenden Grundstücke in der ökologischen Mustersiedlung wurden bereits mit der Auflage vergeben, dass die darauf entstehenden Projekte in Holzbauweise errichtet werden müssen. Welche Gedanken stehen hinter diesem Entschluss, eine Siedlung ganz aus Holz zu bauen?**

Elisabeth Merk: Holzbauweise ist ja grundsätzlich immer möglich, und es gibt auch sehr gute einzelne Projekte. Doch eine durchgängige Holzbausiedlung in der von der Stadt München nun geplanten Größenordnung gab es bis dato hierzulande nicht. Wenn jedoch mehrere Häuser eines Quartiers in Holzbauweise erstellt werden, kann man hinsichtlich Brandschutz und Energieversorgung eine höhere Durchdringung erreichen als bei Einzelobjekten. Dieses Ziel haben wir uns gesetzt.

Welche Aspekte legen Sie einer erfolgreichen Umsetzung zugrunde?

Zum einen haben wir den gewünschten Holzbau genau definiert. Dazu haben wir mithilfe eines DBU-Forschungsprojekts Zielwerte zum CO₂-Äquivalent von Baukonstruktionen beschrieben. Diese sind Bestandteil der Grundstücksvergaben.

Was haben Sie genau festgelegt?

Wir haben die Mindestanteile nachwachsender Rohstoffen pro m² Wohnfläche definiert. Kleine Gebäude vom Typ A (Atriumhäuser

und Reihenhäuser) müssen mindestens 150 kg nawaros (Nachwachsende Rohstoffe)/m² Wohnfläche aufweisen. Beim Geschosswohnungsbau Typ B müssen 50 kg nawaros/m² Wohnfläche eingehalten werden. Auf diese Weise können wir garantieren, dass auch die in der Siedlung entstehenden Hybridbauten die gewünschte Qualitätsstufe in Bezug auf Ökologie und Nachhaltigkeit haben.

Holzbauten sind derzeit in der Regel noch mit Mehraufwendungen gegenüber Massivbauten verbunden. Wie sind Sie im Hinblick auf eventuelle Mehrkosten vorgegangen?

Wir haben ein spezielles Zuschussprogramm für die ökologische Mustersiedlung eingeführt. Die Förderung bezieht sich auf kg nawaros. Kleine Gebäude Typ A (Atriumhäuser und Reihenhäuser) werden mit bis zu 0,70 Euro/kg nawaros gefördert, der Geschosswohnungsbau Typ B mit bis 2,00 Euro/kg nawaros.

Wie kontrollieren Sie die Einhaltung der Bauqualität?

Da viele Bauherren beziehungsweise Planer der Mustersiedlung erstmals mit Holz bauen und wir Gebäude der Gebäudeklasse 2–5 (BayBO) errichten, haben wir zusammen mit der TU München ein Beratungskonzept entwickelt. Es gibt ein speziell eingerichtetes Gremium mit Experten, die den Akteuren zu Brandschutz, Tragwerk und Schallschutz im mehrgeschossigen Holzbau beratend zur Seite stehen. Zudem haben sich die Bauherren zu einem integrierten Planungsansatz mit allen an der Planung und Umsetzung des Vorhabens beteiligten Fachleuten und Firmen verpflichtet. Unser erster Eindruck ist, dass dieses Angebot sehr gut angenommen wird.



Was verspricht sich die Stadt von der Mustersiedlung?

Wir glauben, dass mit der Siedlung ein architektonisch und energetisch äußerst spannendes Quartier entstehen wird und dass die unterschiedlichen Erfahrungen während der Planung und Realisierung anderen Vorhaben nützlich sein werden. Schon jetzt profitieren wir von Erkenntnissen einiger Bauunternehmen aus früheren Projekten, zum Beispiel in Bad Aibling. Langfristig verspricht sich die Stadt vom Holzbau kürzere Bauzeiten und Baustellen. Auch die Verkehrsbelastung dürfte dank der möglichen Vorfertigung geringer sein, sodass sich die Feinstaubbelastung für die Anwohner während der Bauphase reduziert. Nicht zuletzt verspreche ich mir in meiner Funktion als Stadtplanerin und Architektin einen neuen gestalterischen und ästhetischen Beitrag für die Stadt. Dies ist umso bedeutender, als es immer wieder Klagen gibt, dass heutige Neubausiedlungen zu einheitlich gestaltet sind. Holz verspricht hier komplett neue Möglichkeiten, die wir gerne ausschöpfen wollen. ■



LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Architektin einen neuen gestalterischen und ästhetischen Beitrag für die Stadt. Dies ist umso bedeutender, als es immer wieder Klagen gibt, dass heutige Neubausiedlungen zu einheitlich gestaltet sind. Holz verspricht hier komplett neue Möglichkeiten, die wir gerne ausschöpfen wollen. ■

◀ Münchens Stadtplanerin Prof. Dr. Elisabeth Merk erhofft sich von der Mustersiedlung positive Anregungen für die Architektur in München

JETZT FÜR DEN NEUEN PRÄMIEN-SHOP ANMELDEN



Jetzt registrieren:
im neuen
Prämien-Shop:
praemien-liga.de

Playstation (PSP 4 Slim)

7.700
Prämienpunkte



ACTIVA Edelstahl-Säulegrill Pisa

1.250
Prämienpunkte



JBL Bluetooth-Lautsprecher

4.025
Prämienpunkte



Apple iPad Pro 9,7 Zoll

22.525
Prämienpunkte



Beispielprämien

Dörken bietet jetzt einen attraktiven Prämien-Shop für echte Macher, der es in sich hat. Mit Dörken arbeiten, lohnt sich jetzt doppelt und dreifach. Tolle Prämien winken!

Also: Gleich reinschauen und registrieren im neuen Prämien-Shop unter: www.praemien-liga.de

PROJEKT 01 Wohnen
München



► Ausblick:
So wohnt
es sich
mit Holz



Hölzerne Siedlung

Im Prinz-Eugen-Park entsteht ein Quartier ganz aus Holz. Zwei Architekturbüros haben sich zusammengetan und gestalten gemeinsam ein Baufeld in München.

Mit der ökologischen Mustersiedlung in der Prinz-Eugen-Kaserne wagt sich die Stadt München auf ein völlig neues Gebiet: Sie lässt 488 Wohneinheiten komplett in Holz- oder Holzhybridbauweise errichten und realisiert damit die bundesweit größte Siedlung ganz aus Holz. Alle Grundstücke der bis zu sieben Stockwerke hohen Mustersiedlung sind bereits vergeben. Mittlerweile hat die intensive Planungsphase begonnen und Bauherren, Architekten und Fachingenieure arbeiten gemeinsam an ihren jeweiligen Bauvorhaben. Bis 2019 sollen alle Baufelder fertiggestellt sein. In diesem Jahr beginnen die ersten Bauarbeiten.

Um die Qualität des Holzbaus in der Siedlung zu sichern und die verschiedenen Player auf dem Gelände zu begleiten, hat die Stadt ein Ratgeber-Gremium mit vier Experten gebildet. Die beantworten kompetent Fragen zu Statik, Brandschutz, integrierten Planungsansätzen und Ressourceneffizienz. Mit ihrer Unterstützung baut die städtische Wohnungsgesellschaft GEWOFAG zusammen mit B&O sowie den Planern Pakula + Fischer und Fink & Jocher 180 Wohnungen und eine Kindertagesstätte. Die zweite Wohnungsgesellschaft der Stadt München, GWG, ist verantwortlich für weitere 60 Wohnungen und eine Kindertagesstätte. Sie werden von MüllerBlaustein mit Brüggemann realisiert und vom

Architekturbüro Rapp geplant. Auf die Planungsgemeinschaft München GbR Architekten mit H2R Architekten entfallen 45 Wohneinheiten, auf die Baugemeinschaft „gemeinsam größer II“ mit Agmm Architekten 40 Einheiten, auf den Bürgerbauverein e.V. mit Kaden & Lager Architekten 70 Einheiten. Die Baugemeinschaft „Der kleine Prinz“ GbR mit Dressler Mayerhofer Architekten plant 45 Einheiten.

Zwei Büros, ein gemeinsames Ziel

Weitere 36 Wohnungen sind von den Initiativen „Architektur Natur“, „Holzbau findet Stadt“ und „Wohnen ohne Auto“ entwickelt worden. Als Baugemeinschaft team³ planen sie gemeinsam mit dem Projektsteuerer Contemplan/Regensburg das Baufeld WA 14 Ost. Mit der ArchitekturWerkstatt Vallentin und Johannes Kaufmann Architekten bringen die hinter der Initiative stehenden Büros viel Know-how im Holzbau ein. Im Prinz-Eugen-Park wollen sie ihre bisherigen Erfahrungen im großen Kontext zusammenführen und haben sich auch auf einen für beide Büros gültigen Gestaltungskanon geeinigt. „Die einzelnen Projekte werden allerdings nicht gleichförmig aussehen. Stattdessen sollen sie die Handschrift der jeweiligen Architekturbüros ausstrahlen“, erzählt Architekt Gernot



ARCHITEKTURWERKSTATT VALLENTIN

▲ Unterschiedlich breite Schalung lässt die Fassade lebendig wirken

Vallentin. Auch die Grundrisse sind bewusst unterschiedlich gehalten. Sie weisen verschiedene Charaktere und Größen auf, sodass die sieben von der ARGE geplanten Gebäude, darunter zwei Stadthäuser mit je acht Wohnungen, eine Stange mit zwölf Wohnungen und acht Gartenhofwohnungen, den individuellen Wünschen und Bedürfnissen der künftigen Bewohner und der Planer gerecht werden. Gemeinsam ist den Bauvorhaben ein starker Bezug zum Thema Grün in der Stadt: Sämtliche Wohnungen verfügen über eine großzügige Loggia, eine Dachterrasse oder einen Garten. Neben dem Außenkontakt zieht sich das Thema Holz als Leitlinie



ARCHITEKTURWERKSTATT VALLENTIN

▲ Stahlbänder trennen die einzelnen Geschosse voneinander und verhindern den Brandüberschlag

durch alle Projekte hindurch. Innen wollen die Architekten bei den Stadthäusern durchgängig mit Holzmassivbauweise arbeiten. Die Gartenhofwohnungen werden mit Holzstegträgern realisiert. In den beiden unter die Gebäudeklasse IV fallenden Stadthäusern sind auch Treppenhäuser und Aufzüge in Holzbauweise geplant. Die tragenden Wände werden gekapselt. Die Decken sind als von unten sichtbare Brettspertholzdecken vorgesehen.

Die Außenhüllen sämtlicher Bauten sind in Holzständerbauweise konzipiert. Alle Fassaden sind mit einer senkrechten Holzverschalung beplankt. Stahlbänder trennen die einzelnen Geschosse voneinander. „Diese Bänder aus wetterfestem Stahl benötigen wir im Stadthaus und in der Atriumszeile, um den geschossweisen Brandüberschlag zu verhindern. Wir nutzen sie zudem, indem wir in Winkeln, die in die Bänder integriert sind, Schiebeläden führen“, erklärt Vallentin. „Und wir nutzen sie gestalterisch, um mit ihrer Hilfe dem von uns beplanten Baufeld ein einheitliches Gesicht zu verleihen.“ Um eine gleichmäßige Patina zu erhalten, wird die Holzschalung vorvergraut.

Den Abschluss der Atriumszeile bildet das Gemeinschaftshaus, das direkt am gemeinsamen Dorfplatz liegt. Hier befinden sich auch die Gemeinschaftsräume der Baugemeinschaft, darunter die Gemeinschaftsküche, das Gästeappartement sowie der Co-Working- und Versammlungsraum. Die zweigeschossige Atriumszeile bietet zudem drei Dachaufsätze mit privaten und öffentlichen Dachgärten.

Auch energetisch denkt das Planungsteam grün: Die Häuser werden hocheffizient gedämmt, erhalten ein Gründach und optional eine Photovoltaikanlage. Dezentrale Lüftungsgeräte mit Wärmerückgewinnung ergänzen das Klimakonzept. Im Herbst 2019 könnten dann, wenn alles nach Plan verläuft, die ersten Bewohner in die Mustersiedlung einziehen.

Christine Ryll, München ■

Lange überfällig

Gernot Vallentin ist sich sicher:

„Holzbau ist die Bauweise der Zukunft.“

Gemeinsam mit Johannes Kaufmann

entwickelt er ein komplettes Baufeld.

In Einzelprojekten hat Gernot Vallentin bereits gezeigt, welche Qualitäten die Holzbauweise zu bieten hat. Im Prinz-Eugen-Park darf er seine Erfahrungen im großen Zusammenhang darstellen.

mikado: Welche Chancen bietet der Prinz-Eugen-Park Ihrer Meinung nach?

Gernot Vallentin: Ein Projekt wie die ökologische Mustersiedlung im Prinz-Eugen-Park ist schon lange überfällig. Hier können wir im großen Stil zeigen, was wir in unseren Einzelprojekten seit geraumer Zeit verfolgen. Wir haben uns daher sehr gefreut, dass die Stadt München den Themen „Energieeffizienz im Bauen“, „Ökologie“ und dem „Holzbau“ in diesem Entwicklungsgebiet einen großen Stellenwert einräumt.

Was kann der Holzbau im Wohnungsbau leisten?

Nun, er ist – hier in Bayern – regional stark. Er ist ökologisch und führt nicht zuletzt zu einer großen Präzision im

Bau. Darüber hinaus ist der Holzbau natürlich auch emotional stark positiv besetzt. Das Wohnklima in einem Holzbau ist hervorragend. Auch die Aspekte Wohnlichkeit, Nachhaltigkeit, städtisches Bauen, Architektur, Natur und nicht zuletzt die Bauqualität lassen sich mit einem Holzbau hervorragend abdecken.

Wie bewerten Sie den qualitativen Aspekt des Holzbaus?

Er hat für uns eine sehr große Bedeutung. Wir sprechen ja hier von der Situation der Stadt München. Hier boomt der Immobilienmarkt und man kann sozusagen alles verkaufen, egal wie gut oder schlecht die Qualität des eigentlichen Bauvorhabens ist. Nicht zuletzt die hohen Grundstückspreise führen dazu, dass die verkauften Lagen zwar sehr teuer sind, aber die Qualität der Projekte nicht immer hervorragend ist. Daher freuen wir uns, dass sich die Stadt bei dieser Siedlung klar zur Verwendung nachwachsender Rohstoffe bekennt und auch den energetischen und architektonischen Aspekt der Bauten in den Fokus stellt. Sie schließt damit eine Lücke im Bereich des ökologischen Bauens und zeigt auf, wie man es auch – besser – machen kann. Daher haben wir uns mit der ARGE gemeinsam mit dem Büro von Johannes Kaufmann auch um ein Grundstück beworben. ■

◀ Gernot Vallentin, Architekturwerkstatt Vallentin, gestaltet zusammen mit Johannes Kaufmann Architekten im Rahmen der Baugemeinschaft team3 das Baufeld WA 14 Ost



ARCHITEKTURWERKSTATT VALLENTIN



Die Bässe im Griff!

LIGNATUR dämmt mit **silence12** tiefe Töne

trägt über **grosse Spannweiten**

widersteht Brandeinwirkungen mit **Feuerwiderstand REI90**

überzeugt das Auge mit **sichtbaren Holzoberflächen**

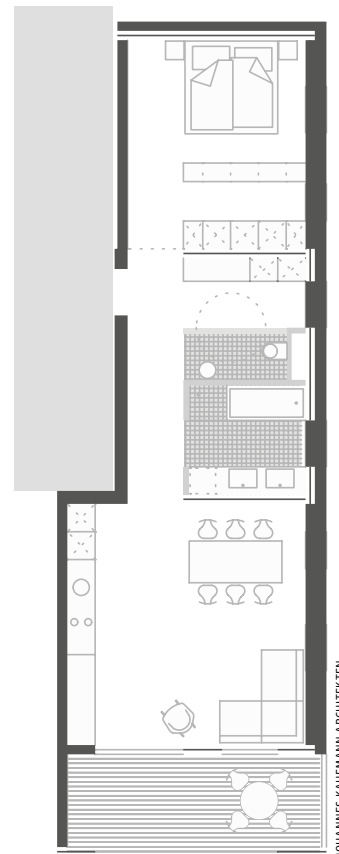
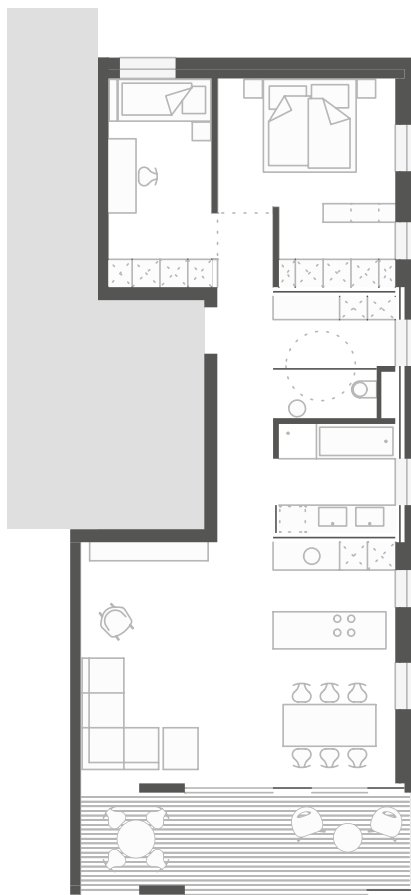
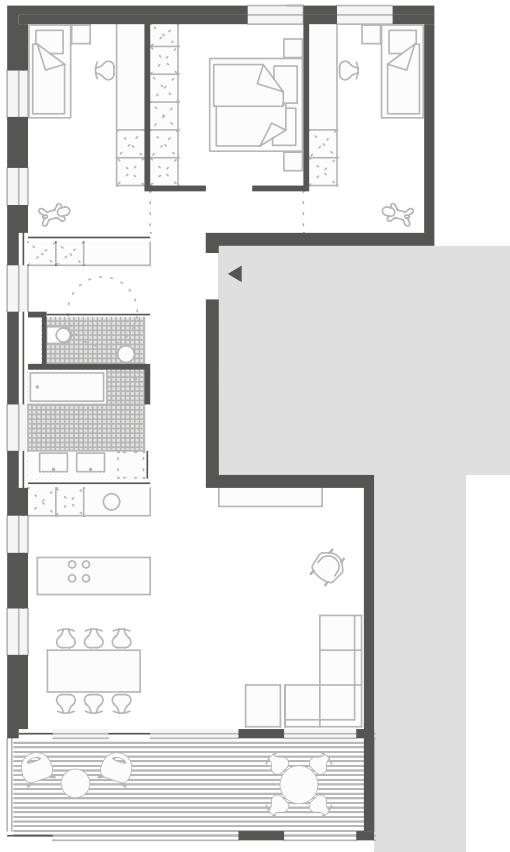
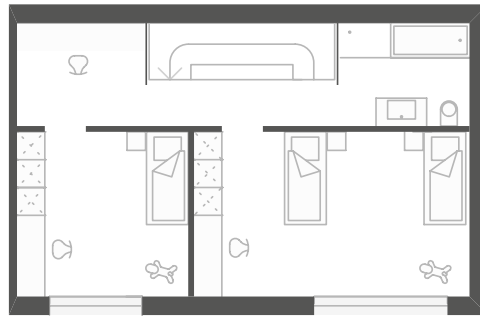
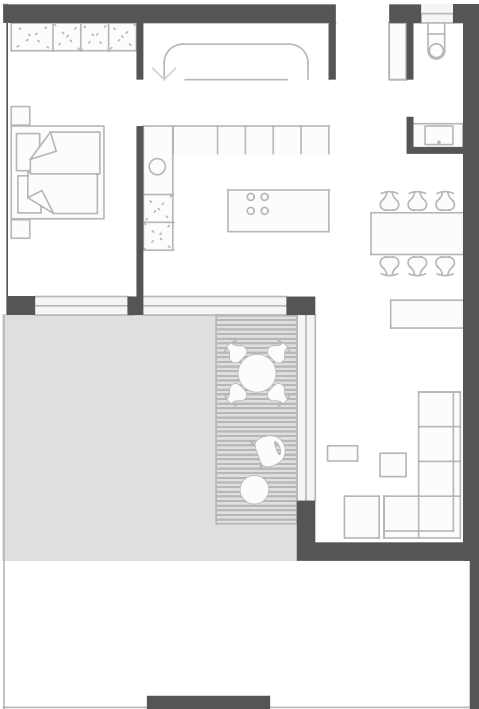
verwandelt mit **Absorbern** den Raum in einen Konzertsaal

steht für **gesundes Bauen**

Interessiert? Rufen Sie uns an:
+41 (0)71 353 04 10

LIGNATUR®

GRUNDRISSVARIANTEN



JOHANNES KAUFMANN ARCHITEKTEN



ALLE FOTOS: PAPE ODER SEMKE ARCHITEKTURBÜRO, HARALD SEMKE

▲ Die Modernisierung ist eines der größten Modellprojekte in Deutschland zur energetischen Sanierung von Schulgebäuden

Holz für zwei Schulen

Ein ehrgeiziges Vorhaben hatte sich der Kreis Lippe bei der Sanierung der Berufskollegs „Felix Fechenbach“ und „Dietrich Bonhoeffer“ vorgenommen.

PROJEKT 09

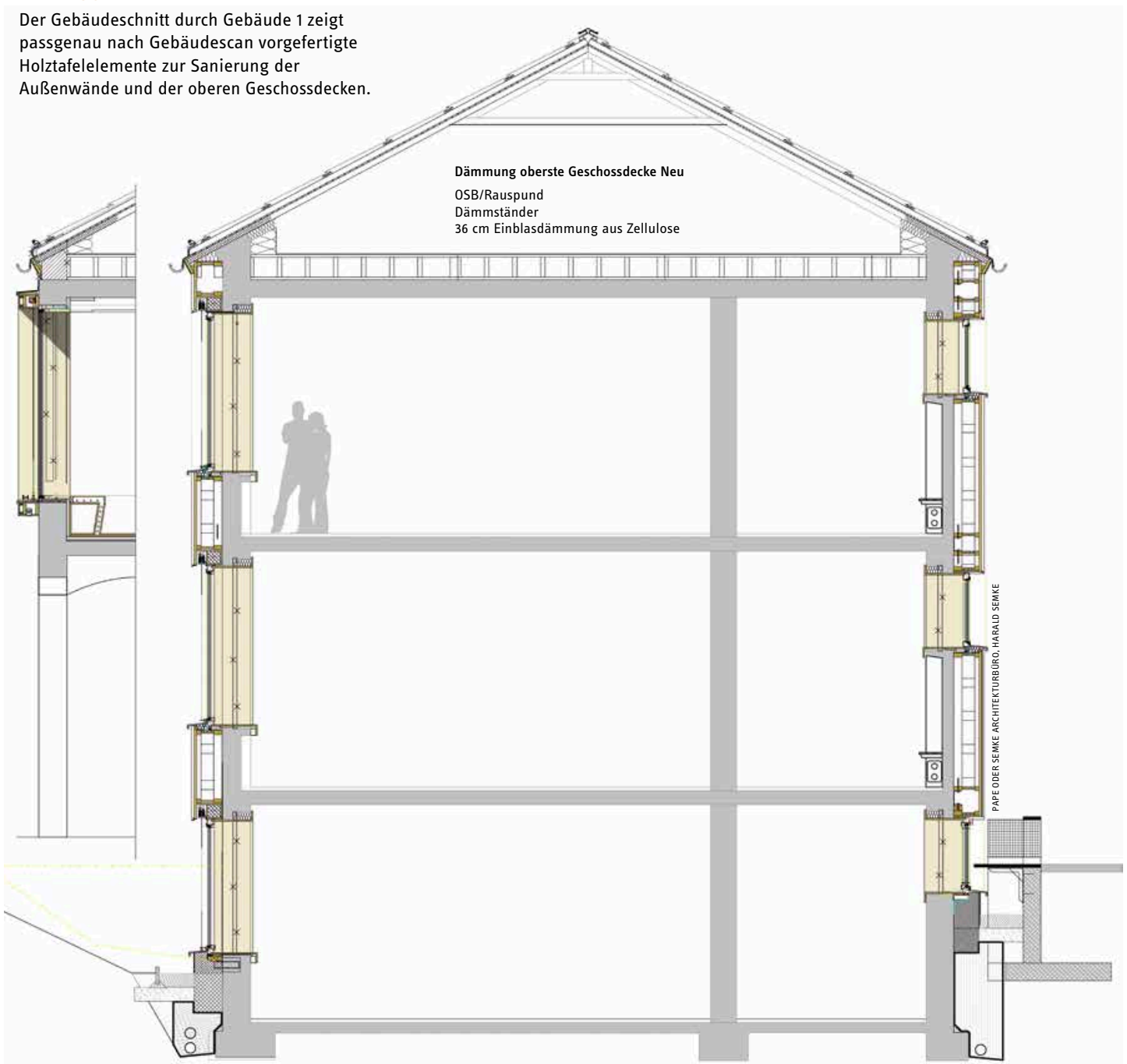
Bildung Detmold

► Die durchgehenden Fensterbänder enthalten Verbundelemente, die passend zu den Farbkonzepten Akzente setzen



DETAILSCHNITT

Der Gebäudeschnitt durch Gebäude 1 zeigt passgenau nach Gebäudescan vorgefertigte Holztafelelemente zur Sanierung der Außenwände und der oberen Geschossdecken.



Die drei 1957 erstellten Gebäude sowie die zum Campus gehörende Sporthalle mussten dringend an heutige Maßstäbe angepasst werden. Die Aufenthaltsqualität, der Raumkomfort und die Gebäudeenergieeffizienz sollten sich entscheidend verbessern. Zu den Sanierungsobjekten des Campus in Detmold, Nordrhein-Westfalen, gehören drei Bestandsgebäude, die parallel zueinander angeordnet und durch Verbindungsgänge miteinander verknüpft sind.



▲ Die drei Schulgebäude sind architektonisch stark gegliedert

Um eine überdurchschnittliche Energieeffizienz zu erreichen, legte der beauftragte Planer bei der Ausarbeitung des Sanierungskonzeptes die Schwerpunkte auf die optimale Wärmedämmung durch ökologische Fassadensysteme, das effektive Zusammenspiel von Fensterverglasung und Lichtsystemen sowie die leistungsfähige Belüftung mit Wärmerückgewinnung. Für eine übersichtliche Betriebsführung setzten die Experten auf eine moderne Regelungstechnik und Gebäudeautomation unter effizienter Einbindung bereits bestehender Komponenten. Das Gebäudeleitsystem ist online zugänglich und liefert die Daten für ein wissenschaftliches Monitoring. So können Optimierungen vorgenommen und überwacht werden.

Leistungsschwerpunkt Fassadensanierung

Die Transmissions- und Lüftungswärmeverluste wurden drastisch reduziert und der benötigte Restenergiebedarf weitgehend regenerativ bereitgestellt, um Plusenergie-Niveau zu erreichen. Die Handwerker montierten vorgefertigte Module in Holztafelbauweise mit wärmebrückenoptimierten Holzstegträgern auf die Außenwände. Die Zwischenräume füllte man mit einer 36 cm starken Zellulosewärmesdämmung. Durch die dreidimensionale Erfassung der Gebäudekomplexe konnte man die modularen Holztafelelemente passgenau vorfertigen.

Der Wärmeschutz der Außenwände ließ sich mit der Konstruktion entscheidend verbessern. Die vorgefertigten Wandbauteile weisen gegenüber herkömmlichen Dämmsystemen einen Bauzeitvorteil von circa zwei Monaten auf. So konnte für die Sanierung im laufenden Schulbetrieb der größte Teil dieser Leistung in den Sommerferien erfolgen.

Im Zuge der Gesamtanierung hat man die neue LED-Technik auf alle unsanierten Bereiche erweitert. Aber das allein reichte den Experten nicht aus. Sie schafften es, den vorhandenen Verglasungsanteil der Fassade durch neu entwickelte Passivhaus-Fenster sehr hoch zu halten und mit besonders schmalen Profilen viel Tageslicht einzufangen und dadurch Energie zu sparen. Mit baulich einfachen, aber technisch hochwertigen, tageslichtoptimierten Glasfaserge-webe-Elementen sowie Lamellenbehängen wird das einfallende Tageslicht reguliert, um sowohl den Blendschutz als auch einen sommerlichen Wärmeschutz zu gewährleisten. Für die innen liegenden Flure lässt sich das Lichtspektrum je nach Tageslichtsituation variieren. Die Architektur sollte ein zukunftsweisendes menschen-

freundliches Gebäude hervorbringen, das – als sprichwörtlicher dritter Pädagoge – lern- und gesundheitsfördernde Eigenschaften aufweist.

Plusenergiebilanz

Um eine ergiebige und kostenpositive Energiebilanz zu erreichen, wurde auf den flach geneigten Dächern eine Photovoltaikanlage integriert. Allein dadurch ist es gelungen, den Primärenergiebedarf um 85,66 Prozent auf 3,76 kW/(m² × a) zu reduzieren, wenn nur der derzeit nach EnEV anrechenbare Solarstrom

berücksichtigt wird. Bei voller Anrechnung des regenerativ erzeugten Solarstromes ergibt sich ein spezifischer Primärenergiebedarf von – 11,96 kW/(m² × a) und damit eine Reduktion des Primärenergiebedarfs von 97,4 Prozent als Ergebnis der Plusenergiebilanz. Mittels innovativer Sanierung der Hüllflächen, Reduktion der Stromverbräuche, Solarstromerzeugung und weiterer Nutzung von Fernwärme aus überwiegend Biomasse und Kraft-Wärme-Kopplung haben die Gebäude Plusenergie-Niveau erreicht.

Eva Maria Mittner, Isen ■

Das Projekt wird umfassend in mikado 7.2017 vorgestellt.

STECK BRIEF

PROJEKT:

Sanierung und Erweiterung des Detmolder Berufskollegs zur Plusenergieschule

SCHULEN:

Felix-Fechenbach Berufskolleg und Dietrich-Bonhoeffer Berufskolleg

SCHULTRÄGER UND AUFTRAGGEBER:

Kreis Lippe, Eigenbetrieb Schulen

PLANER:

pape oder semke Architekturbüro
Dipl.-Ing. Harald Semke, Architekt AKNW
D-32758 Detmold | www.papeodersemke.de

HOLZBAU:

Brüggemann Holzbau GmbH & Co. KG | D-48485 Neuenkirchen
www.brueggemann-holzbau.de

BAUZEIT:

Januar 2014 bis März 2016

BAUKOSTEN:

18 Mio. Euro

mikado TV

Nachrichten, Interviews mit Meistern und Holzbauunternehmer

NEWS

REPORTAGEN

TUTORIALS



mikadoTV BEGRÜSST SEINEN NEUEN FÖRDERPARTNER

mafell

Das 1899 gegründete Familienunternehmen ist Premiumhersteller für handgeführte Maschinen und Elektrowerkzeuge zur professionellen Holzbearbeitung insbesondere für das Zimmerei- und Schreinerhandwerk.

Mit anerkannter Werkstoff- und Technologiekompetenz und gelebtem Qualitätsbewusstsein stellt MAFELL Produkte her, die den Anwender durch innovative Lösungen, Leistung, Präzision und Langlebigkeit überzeugen.

**JETZT
KENNEN-
LERNEN**



quick-mix 

ERLUS^e
Qualität aus Deutschland

WEKA

SIRADOS

www.mikado-tv.de